



Plenarprotokoll

47. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 12. Dezember 2001

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten und Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg	3478	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1437	
Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudie PISA	3479	Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 15/1436 und 15/1451	
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1433		Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 15/1442 und 15/1449	
Holger Astrup [SPD]	3479	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1448	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 23 a in die Tagesordnung einge- reicht	3479	Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksachen 15/1450 und 15/1456	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Haus- haltsbegleitgesetzes zum Haushalt 2002 (Haushaltsbegleitgesetz 2002)	3479	Ursula Kähler [SPD], Berichterstatterin.	3479
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1150		Lothar Hay [SPD]	3481
Bericht und Beschlussempfehlung des Fi- nanzausschusses Drucksache 15/1404		Martin Kayenburg [CDU]	3487, 3545
		Wolfgang Kubicki [FDP]	3493, 3529, 3542, 3546
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3502, 3547
		Anke Spoorendonk [SSW]	3512
		Heide Simonis, Ministerpräsidentin	3519
		Rainer Wiegard [CDU]	3526
		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3528

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	3530, 3546
Thomas Stritzl [CDU]	3534
Klaus Klinckhauer [CDU].....	3535
Torsten Geerds [CDU]	3536
Uwe Eichelberg [CDU]	3537
Peter Jensen-Nissen [CDU].....	3538
Thorsten Geißler [CDU].....	3539
Lars Harms [SSW].....	3540
Günter Neugebauer [SPD].....	3540, 3544, 3552
Werner Kalinka [CDU]	3542
Beschluss: Verabschiedung.....	3553
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung	3553
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1413	
Beschluss: Überweisung an den Sonderausschuss „Kommunales“	3553
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung	3553

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10.02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie und eröffne die 18. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch. Ich wünsche ihr von dieser Stelle aus eine gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 23. November verstarb im Alter von 73 Jahren der ehemalige Landtagsabgeordnete und Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein Dr. Gerhard Stoltenberg. Herr Dr. Stoltenberg hat dem Schleswig-Holsteinischen Landtag in den Jahren 1954 bis 1957 als Abgeordneter und von 1971 bis 1982 als Ministerpräsident und Abgeordneter angehört. Er war Mitglied der Bundesregierung von 1965 bis 1969 als Minister für Wissenschaft und Forschung, von 1982 bis 1989 als Minister für Finanzen und von 1989 bis 1992 als Minister der Verteidigung. Herr Dr. Stoltenberg hat die Politik unseres Landes über viele Jahre hinweg wesentlich geprägt. Mit ihm verliert das Land Schleswig-Holstein einen seiner führenden Politiker der Nachkriegsgeschichte. Seine außerordentlich hohe Sachkompetenz, seine Fairness und seine persönliche Integrität haben große Anerkennung und hohen Respekt in der Politik ebenso wie durch die Bürgerinnen und Bürger erfahren. Gerhard Stoltenberg war eine herausragende Persönlichkeit, die stets im Sinne der Sache und mit vorbildlichem politischen Anstand gehandelt hat. Wir trauern um einen Mann, der sich um das Land Schleswig-Holstein und um die Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße verdient gemacht hat. Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt Dr. Stoltenberg in Dankbarkeit. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der Antrag liegt Ihnen als Drucksache vor. Ich rufe den Antrag zur Beratung der Dringlichkeit auf:

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ergebnisse der Leistungsvergleichsstudie PISA

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1433

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Offensichtlich ja. Das Wort hat Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit dem Stichwort PISA und der Tatsache, dass auch die CDU-Fraktion eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema hat beantragen wollen, die wir bekanntermaßen bei Haushaltsberatungen aber nicht durchführen, scheint es uns angezeigt zu sein, dass wir in dieser Debatte einen ersten Überblick und eine erste Diskussion über ein Thema haben werden, das uns möglicherweise die nächsten Jahre begleiten wird. Wir bitten Sie um Zustimmung zur Dringlichkeit dieses Antrages und schlagen zugleich vor, wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen, dieses Thema am Freitag nach dem Tagesordnungspunkt 14 - so meine ich - zu einer prominenten Zeit zu diskutieren.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es lag ein Antrag der CDU-Fraktion zur Aktuellen Stunde vor, der angesichts der Geschäftslage einvernehmlich zurückgezogen worden ist. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir über die Dringlichkeit abstimmen. Ich weise auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin, nach der eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 23 a in die Tagesordnung aufzunehmen. Ich bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag für den Zeitpunkt des Aufrufens zu machen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, Sie haben eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt bekommen. Der Ältestenrat hat sich darüber verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4, 10, 15, 18, 21 bis 23, 27 bis 31, 33, 36, 38 und 39 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 11 und 37. Ebenfalls müssen wir den Tagesordnungspunkt 35 - Grenzüberschreitende Zusammenarbeit - von der Tagesordnung absetzen,

weil der Europaausschuss seine Beratungen noch nicht abschließen konnte.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Punkte 9 und 41 bis 43 - Landespflegegesetz, Qualität in der Pflege- und Heimaufsicht -, die Punkte 12 und 13 - Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung - sowie die Punkte 38 und 39 - Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 18. Tagung.

Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne begrüße ich die Besucherinnen und Besucher. Es sind Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern von der Realschule Büchen sowie Mitglieder des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Schleswig-Holstein. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushalt 2002 (Haushaltsbegleitgesetz 2002)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1150

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 15/1404

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1437

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 15/1436 und 15/1451

Änderungsanträge der Fraktion der FDP
Drucksachen 15/1442 und 15/1449

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1448

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksachen 15/1450 und 15/1456

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Finanzausschusses, der Frau Abgeordneten Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der Landtag am 26. September über den von der Lan-

(Ursula Kähler)

desregierung eingebrachten Haushaltsentwurf 2002 debattiert hat, beraten wir heute in zweiter Lesung über den Haushalt des kommenden Jahres, zu dem der Finanzausschuss dem Landtag eine Reihe von Änderungen empfiehlt.

Der Ausschuss hat sich in insgesamt zwölf Sitzungen, zuletzt am 6. Dezember, mit dem Haushaltsplan 2002 beschäftigt und zunächst nach bewährter Form die Einzelplanberatung gemeinsam mit den jeweils zuständigen Fachausschüssen durchgeführt. Ich darf mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen für die zügige und ergebnisorientierte Beratung bedanken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Nach meiner Auffassung hat sich das von mir vorgeschlagene und dann von uns praktizierte Verfahren, den größten Teil der Fragen schriftlich an die Ministerien zur schriftlichen Beantwortung zu richten, außerordentlich bewährt. Dementsprechend war neben dem Haushaltsplan und dem Haushaltsbegleitgesetz eine Vielzahl von Umdrucken, insbesondere Vorlagen der Ministerien, Grundlage der Beratung.

Am 22. November behandelte der Ausschuss die von der Landesregierung im Wege der so genannten Nachschiebeliste eingebrachten Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf. Zur Finanzausschusssitzung am 29. November legten die Fraktionen ihre Änderungsanträge zum Haushalt 2002 vor, die CDU-Fraktion einen Tag später. Letzten Donnerstag schließlich, am 6. Dezember, stimmte der Finanzausschuss über die vorliegenden Änderungsanträge ab. Dabei wurden die Änderungsvorschläge der Landtagsverwaltung - Einzelplan 01 - und des Landesrechnungshofs - Einzelplan 02 - einstimmig angenommen, die Änderungsanträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Nachschiebeliste der Regierung mehrheitlich angenommen und die Haushaltsanträge von CDU, FDP und SSW mehrheitlich abgelehnt.

Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass aus dem Antragspaket des SSW und aus dem Antragspaket der FDP Einzelanträge in modifizierter Form angenommen wurden und dass sich die von allen Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge zum Teil überlagern.

Lassen Sie mich kurz auf die Diskussionsschwerpunkte und auf die im Rahmen der Beratungen vorgenommenen Veränderungen eingehen. Nach der Beschlussfassung des Finanzausschusses gehen die Ausgaben des Landes gegenüber dem Regierungsentwurf leicht zurück und die Steigerungsrate wird von 0,7 weiter auf 0,6 % gesenkt. Die Investitionsquote erhöht sich leicht von 9,3 auf 9,4 %, die Personalkostenquote

von 37,9 auf 38,1 %. Die gemäß Artikel 53 unserer Landesverfassung zulässige Verschuldungsgrenze wird unter Berücksichtigung des Liegenschaftsmodells um über 5 Millionen € unterschritten.

In den Einzelplänen 04 und 09 geht es unter anderem um die Auswirkungen der Sicherheitslage nach dem 11. September. In Einzelplan 05 ist es das gemeinsame Ziel von Regierung, allen Fraktionen und Rechnungshof, die Personallage der Steuerverwaltung zu verbessern. Daher werden hier zusätzliche Anwärterstellen geschaffen und kw-Vermerke aufgehoben.

Knackpunkt im Einzelplan 07 war die Förderung der Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Auch hier konnte nach zähen Verhandlungen eine zufrieden stellende Lösung gefunden werden: Die Schülerkostensätze für die privaten allgemein bildenden Schulen werden für die beiden nächsten Jahre auf der Basis des Jahres 2001 berechnet. Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich, dass dies nicht für die privaten berufsbildenden Schulen gilt. Im Jahr 2004 werden die jährlichen Steigerungen der Beamtenbesoldung zugrunde gelegt. Mit dem Haushalt des nächsten Jahres werden auch 200 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und 100 zusätzliche Stellen für Referendare geschaffen.

Im Sozialbereich wird die Deckelung der Zuschüsse für die Kindertagesstätten zurückgenommen. In Einzelplan 08 wird mit Unterstützung der Kommunen erreicht, dass über 400 in Aussicht gestellte Projekte der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen entsprechend der Planung mit bis zu 50 % gefördert werden können. Ferner billigte der Ausschuss das vom Umweltministerium vorgelegte Landeslaborkonzept. Wieder aufgenommen wurden Zuschüsse für die Aufstellung von Landschaftsplänen, allerdings nur zur Abwicklung der bis zum Sommer dieses Jahres gestellten Anträge.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, etwas höflicher zu sein und der Frau Berichterstatterin etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Ursula Kähler [SPD]:

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine Korrektur vornehmen. Der Finanzausschuss hatte laut dem Umdruck 15/1689 - das sind die Änderungsvorschläge der Regierungsfaktionen - zu Kapitel 13 03 Titel 425 30 - Vergütung der Angestellten - eine Erhöhung um 100.000 € beschlossen. Diese tauchen auch in der Drucksache 15/1404 auf. Die Drucksache weist jedoch im Stellenplan auf der Seite 321 diese Veränderungen

(Ursula Kähler)

nicht aus, sodass ich an dieser Stelle für den Finanzausschuss den Austausch der Seite 321 veranlassen muss. - Herr Präsident, ich gebe Ihnen die alte Fassung und die vom Finanzausschuss beschlossene Fassung.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das ist der kurze Dienstweg.

(Heiterkeit)

Ursula Kähler [SPD]:

Das ist wohl bei der Landtagsverwaltung irgendwo - in welchen Kanälen auch immer - verschwunden.

Um der nachfolgenden Aussprache nicht weiter vorzugreifen, schließe ich den Bericht für den Finanzausschuss an dieser Stelle ab. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Ihnen vorliegenden Drucksache anzunehmen. Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Des Weiteren schlägt der Ausschuss vor, den Gesamtplan (Anlage zum Gesetz) in der nachstehenden Neufassung, die Einzelpläne des Haushalts einschließlich der Erläuterungen mit den in der Anlage 1 zusammengefassten Änderungen und Ergänzungen zum Sachhaushalt und die als Anlage 2 beigefügten Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2002 - Stellenpläne und Stellenübersichten - anzunehmen.

Zur Information beigefügt sind der Gruppierungsplan unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge des Finanzausschusses zum Sachhaushalt und vom Finanzausschuss beschlossene Änderungen von Erläuterungen zum Sachhaushalt.

Letztlich bleibt mir nur, noch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und insbesondere in der Landtagsverwaltung für die zügige und gute Zuarbeit zu danken. Das gilt insbesondere für unseren neuen Geschäftsführer, Herr Schmidt. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für den ausführlichen Bericht. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Einzelberatung und erteile das Wort zunächst Herrn Fraktionsvorsitzenden Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schlagzeilen in den Medien wurden in den letzten Tagen bundesweit vom Thema „PISA“ geprägt. Der Name PISA ist besonders symbolträchtig, weil er zumindest für Deutschland auch die **Schiefelage unseres Bildungssystems** skizziert. Aber statt erst einmal die Studie in aller Gründlichkeit zu prüfen, sich kritisch mit den Ergebnissen auseinander zu setzen, mit Besonnenheit zu reagieren, gab es aus meine Sicht übereilte Reaktionen, die niemandem nutzen, außer den Printmedien, die Schlagzeilen haben. Nichts ist mehr zu befürchten, als vermeintliche Patentrezepte gegen die Bildungsmisere.

Wenn die Kultusminister, die mit Bestürzung reagierten, um dann überstürzt zu agieren, genau einen Tag brauchten, um Lösungen aus der Schublade zu holen, so kann ich nur sagen: Das ist der falsche Weg!

(Beifall bei der SPD)

- Keine Sorge, auf Frau Erdsiek-Rave als rühmliche Ausnahme werde ich noch eingehen; Sie brauchen sich nicht aufzuregen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei CDU und FDP)

Das Thema ist mir einfach zu ernst, um im parteipolitischen Streit damit umzugehen. Ich nenne jetzt einige Beispiele von allen politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland, die skizzieren, wie **Schnellschüsse** zustande gekommen sind. Die Vorschläge reichten von der Verlängerung der Grundschulzeiten - SPD-Fraktionsvorsitzender in Nordrhein-Westfalen -, Bildungsgipfel beim Bundeskanzler, Rahmenkompetenz des Bundes in Bildungsangelegenheiten - FDP-Politiker Möllemann -, Begrenzung der Einwanderung - bayerischer Ministerpräsident - bis hin zu dem Vorschlag, dass Gymnasiasten den 11. Jahrgang an ausländische Schulen verbringen sollten - ein Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter.

Ich will diese Vorschläge bewusst nicht bewerten, weil ich dann genau den Fehler machen würde, den ich der aktuellen politischen Diskussion anlaste. Ich freue mich, dass unsere Kultusministerin, Frau Erdsiek-Rave, so unaufgeregt reagiert hat, was ihr sogar das Lob des uns sonst nicht sehr wohlgesonnenen Philologenverbandes eingebracht hat.

(Beifall bei der SPD -Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Die PISA-Studie gibt uns Politikern eine ähnliche Chance wie Ende der 60er-Jahre, **grundlegende Veränderungen** im Bildungsbereich zu entwickeln. Dies

(Lothar Hay)

wird uns aber nur gelingen, wenn wir über Parteigrenzen hinweg bereit sind, die bildungsideologischen Grabenkämpfe einzustellen und zu versuchen, den gesellschaftlichen Konsens zu gestalten. Das gilt auch für meine eigene Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Voraussetzung hierfür ist auch, in der Vergangenheit zu bohren, zu erkennen, dass Bildung in unserem Land immer noch kein Bürgerrecht ist - für Sozialdemokraten besonders schmerzhaft -, dass Kinder von Migranten besonders stark benachteiligt werden und dass wir ähnlich wie die nordischen Länder kompromisslos auf ausreichender Sprachbeherrschung als Eintrittsvoraussetzung ins Bildungssystem beharren müssen. Hier müssen wir umdenken, sonst werden wir das Schicksal von Migranten in der Art und Weise nicht lösen können, wie wir es gern möchten, um sie zu vollwertigen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu machen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Lassen Sie uns nach sorgfältiger Vorbereitung und schonungsloser Analyse eine **Bildungsoffensive** in Schleswig-Holstein starten! Dazu lade ich alle Fraktionen des Landtages im Sinne eines Bildes von Michel de Montaigne ein: "Kinder sind keine Fässer, die gefüllt, sondern Feuer, die entfacht werden wollen."

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Nach dem 11. September hat sich in der Bundesrepublik eine Debatte über die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der **inneren Sicherheit** entwickelt. Erste Maßnahmen, die ein weiteres Einsickern von Terroristen in die Bundesrepublik verhindern und das Aufspüren von auch in der Bundesrepublik lebenden Schläfern ermöglichen sollten, sind ergriffen worden. Es kommt jetzt für uns auch in Schleswig-Holstein darauf an, auf der einen Seite eine sachliche Debatte über weitere notwendige Maßnahmen zu führen und auf der anderen Seite übereilten Forderungen entgegenzutreten. Nicht alles, was im so genannten Sicherheitspaket II von Otto Schily enthalten ist, erschließt sich dem Laien und auch dem Fachmann nach Überprüfung als hilfreich und sinnvoll.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jede der mit dem **Sicherheitspaket** vorgeschlagenen Maßnahmen ist unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit zu überprüfen, ob sie für den vorgegebenen Zweck der Bekämpfung des internationalen Terrorismus geeignet ist, ob sie erforderlich ist, ob es Maßnahmen gibt, die möglicherweise die Bürgerrechte

weniger berühren oder beeinträchtigen, und ob die Maßnahme verhältnismäßig ist, ob also akzeptiert werden kann, dass ein bestimmtes Grundrecht, zum Beispiel die persönliche Freiheit, eingeschränkt wird, wenn dadurch essenziell und substanziell mehr für die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung getan werden kann. Das sind die Kriterien, die wir an das gesamte Sicherheitspaket als Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein anzulegen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb stehen wir der vorgesehenen Erweiterung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes auf so genannte Initiativmittlungen, der Erweiterung der originären Auskunftsansprüche des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes gegenüber Telekommunikationsdiensten, Telediensten, Kreditinstituten und Finanzunternehmen kritisch gegenüber.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Maßnahme ist nicht erforderlich, weil dem MAD und dem BND bereits nach geltendem Recht durch die Verfassungsschutzbehörden die dort verfügbaren Erkenntnisse übermittelt werden können. Maßnahmen, deren Erfolg zumindest fragwürdig ist, sollten in jedem Fall zeitlich begrenzt und regelmäßig überprüft werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kritisch sehen wir ebenfalls die Ausweitung der so genannten **Regelausweisungen** bei gleichzeitiger Einschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten. Die Rechtsschutzgarantie der Verfassung darf nicht aufgegeben werden. Ein Sofortvollzug ohne die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit zu überprüfen, ist nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zu rechtfertigen. Die generelle gesetzliche Anordnung des Sofortvollzugs auch in Fällen der Regelausweisung ist hingegen nicht akzeptabel und wird von uns so nicht mitgetragen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben schon in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die Landesregierung Maßnahmen zur Stärkung von Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Katastrophenschutz ergriffen hat. Dies ist auch im Haushaltsentwurf, den wir in dieser Tagung des Landtages verabschieden, finanziell abgesichert. Trotz der Debatte um die innere Sicherheit wird hoffentlich zügig der Entwurf zum **Zuwanderungsgesetz**, den der

(Lothar Hay)

Bundesinnenminister im November vorgestellt hat, im Deutschen Bundestag beraten und nach Möglichkeit gemeinsam mit der Union bis zur Sommerpause des nächsten Jahres verabschiedet. Ich hoffe, dass das Ausländerrecht den originär deutschen Interessen in verschiedener Weise gerecht wird, erstens den ökonomischen Anforderungen durch ein praktikables und flexibles Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht, zweitens den sozialen und kulturellen Bedürfnissen durch konkrete Integrationsrechte, aber auch Pflichten wie die Teilnahme an Sprachförderkursen als Bestandteil eines konsequenten Integrationskonzeptes - hier müssen wir den skandinavischen Weg gegen, um dieses Ziel zu erreichen -,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

drittens der nach dem 11. September veränderten Sicherheitslage durch wirksame und rechtsstaatlich unbedenkliche Bestimmungen für Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Mein Fazit: Zuwanderung aus humanitären und aus ökonomischen Gründen liegt im Interesse aller in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen. Ich hoffe, dass alle wichtigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik der Neigung widerstehen, Wahlkampf auf dem Rücken der ausländischen Menschen auszufragen und damit die rechtsextremen Gruppierungen erneut zu stärken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann mich dem Aufruf anschließen, den die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche an die Politiker der Bundesrepublik Deutschland gerichtet haben, nicht die Furcht vor Ausländern zu bestärken, sondern besonnen zu handeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir konnten heute Morgen erneut eine Konjunkturprognose in den Zeitungen lesen. Ich bin trotzdem der Meinung, auch wenn hier eine Zahl von über 1 % genannt worden ist, dass die wirtschaftliche Situation unseres Landes zum Ende dieses Jahres schwierig ist; man muss nicht viel darum herumreden. Auch die Tatsache, dass Schleswig-Holstein im Verhältnis zu anderen Ländern nach der Novembersteuerschätzung etwas besser dasteht, hilft uns im Grunde wenig. Die Bewertung der Perspektiven für 2002 geht von einem Wachstum von über 1 % auf 0,7 % zurück. Über die Gefahr einer Rezession wird an vielen Stellen schwadroniert. Auch die Frage, ob die Lage besser ist als die Stimmung oder die Stimmung besser ist als die Lage, hilft uns bei der Bewertung nicht weiter.

Klar ist: Die **Rahmenbedingungen** - sowohl für den Bund als auch für Land und Kommunen - sind schwierig und werden sich mit Sicherheit im Jahre 2002 nicht so verbessern, dass die steuerlichen Mindereinnahmen infolge der Steuerreform ausgeglichen werden könnten. Davon müssen wir ausgehen. Ein Beispiel dafür, mit welchen Problemen wir zu kämpfen haben, ist allein die Tatsache, dass die Körperschaftssteuer von 23,6 Milliarden € im Jahre 2000 auf 1,7 Milliarden € im Jahre 2001 gesunken ist. Das macht in aller Deutlichkeit klar, welche dramatische Entwicklung es bei den Steuereinnahmen gibt.

Das Folgende scheint mir wichtig, weil wir uns auch in der Finanzpolitik des Landes mit ganz neuen Gegebenheiten beschäftigen müssen: Vorsichtig formuliert könnte man sagen, dass unternehmerische Entscheidungen in einer globalisierten Wirtschaft Prognosen über Steuereinnahmen erschweren. Konkret heißt das, dass die Finanzpolitik in Zukunft bei den im Grundsatz auf Jährlichkeit festgelegten Haushaltsplanungen mit noch größeren Unsicherheiten rechnen muss als bisher. In immer stärkerem Maße wird es also um **mittelfristige Orientierungslinien** gehen. Wenn man dies als Grundlage akzeptiert, folgt für mich daraus, dass extra aufgelegte Konjunkturprogramme in ihrer Wirkung höchst fragwürdig sind. Man könnte auch sagen, die Wirkung verpufft.

Auch teilen wir nicht die Auffassung, die von einigen Unionspolitikern vorgetragen worden ist, nämlich dass das Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform helfen würde. Es würde uns nicht helfen, sondern würde - auch in unionsregierten Ländern - zu Einnahmeausfällen führen. Das können wir als Land Schleswig-Holstein nicht weiter verkraften.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Trotzdem wird es unsere Aufgabe sein, im ersten Quartal des nächsten Jahres die Konjunkturlage zu analysieren und darüber zu entscheiden, ob es möglich ist, der Wirtschaft in Schleswig-Holstein - insbesondere dem Bauhaupt- und Baunebengewerbe - zu helfen und zu überlegen, ob wir Investitionen - auch über die GMSH - vorziehen können. Dies wird sicherlich nur dann möglich sein, wenn wir auch bereit sind, darüber zu diskutieren, mittelfristig das Ziel, die Neuverschuldung auf null zu setzen, nicht aus dem Auge zu lassen, aber kurzfristig bereit zu sein, die Neuverschuldung einen kleinen Tick zu erhöhen, damit es wieder in ausreichendem Maß Aufträge für schleswig-holsteinische Bauunternehmen gibt. Das sichert auch Arbeitsplätze.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lothar Hay)

Die rot-grüne Koalition wird auch im Jahre 2002 an ihren Schwerpunkten festhalten. Es wurde mehrfach betont: Es gibt im Bildungsbereich 200 neue Planstellen und 100 neue Stellen für Referendare. Das Programm „ziel“ wird in vielen Teilen des Landes für notwendige Investitionen sorgen, auch wenn wir nicht verschweigen, dass wir in diesem Bereich leider erheblich reduzieren mussten. Wir haben ein umfangreiches Paket verabschiedet, das die Situation der Polizei verbessert. Dass die Opposition an der einen oder anderen Stelle immer noch meint, mehr vorschlagen zu müssen als die Regierungsparteien, überrascht uns in keiner Weise.

Bad things first heißt eine Devise für eine frisch begonnene Legislaturperiode. Wenn es aber mit den bad things nicht so schnell vorangeht wie erwartet, dann müssen entsprechende Entscheidungen auch in der Mitte einer Legislaturperiode getroffen werden. Politik, die verantwortlich handelt, darf sich bei solchen Entscheidungen nicht in erster Linie von Wahlen, die vor der Tür stehen, leiten lassen. Grundlegende Entscheidungen, die für die Zukunft des Landes wichtig sind, müssen unabhängig davon getroffen werden.

Was heißt das konkret für die rot-grünen Regierungsfractionen und auch für die von uns gestellte Regierung? Wir werden uns vornehmen müssen, auch in den nächsten Jahren bad things zu entscheiden, damit wir es schaffen, den an der einen oder anderen Stelle mehr als versteinerten Haushalt wieder beweglicher zu gestalten, um neue Politikfelder zu erschließen und mit neuen Möglichkeiten die Probleme des Landes aufzugreifen, von denen die Menschen von uns dringend eine Gestaltung erwarten.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg
[CDU]: Alles leere Versprechungen!)

- Herr Kayenburg, ich komme zu dem Thema, über das wir uns bereits mehrfach ausgetauscht haben. Wenn es um die Verbesserung der Einnahmesituation geht, dann geht es um das letzte Tafelsilber des Landes Schleswig-Holstein. Ich kenne Ihre Sprüche, dass wir nur Ihre Vorschläge aufgreifen müssten. Gucken Sie sich einmal an, worüber man sich aus der Sicht des Landes hinsichtlich der Verkäufe unterhalten kann. Wir haben NordwestLotto. Für uns steht fest: Wir wollen die Zweckerträge von Lotto auch weiterhin für das Land nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wir auch!)

Wir glauben, dass die Landesentwicklungsgesellschaft auch in Zukunft ein wichtiges Instrument für die Un-

terstützung von Projekten im Land insgesamt ist. Deshalb wollen wir keine weiteren Anteile verkaufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie lange?)

- Herr Kubicki, anders als die FDP sind wir davon überzeugt, dass eine **Beteiligung des Landes** an der **Landesbank** aus strategischen Überlegungen des Landes und durchaus auch im Sinne der Wirtschaft des Landes sinnvoll ist. Wir werden diesen Weg weiter gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt zu der gestrigen Entscheidung, 5 % der Anteile des Landes an der Landesbank an den Sparkassen- und Giroverband zu verkaufen. Damit verbleibt die Mehrheit der Anteile am Stammkapital von 50,1 % in Schleswig-Holstein. Dies ist strategisch die richtige Entscheidung. Damit kann die Voraussetzung geschaffen werden, die Interessen des Landes an einer starken Landesbank mit Sitz in Kiel zu sichern.

Nach der Brüsseler Verständigung über den Wegfall der Gewährträgerhaftung und die Modifizierung der Anstaltslast ist es sinnvoll, die Investitionsbank in einem weiteren Schritt aus der Landesbank herauszulösen und als Anstalt des Öffentlichen Rechts zu ver selbstständigen.

Eine mögliche **Fusion** unserer Landesbank mit der Hamburgischen Landesbank könnte zu einer weiteren Stärkung der Position der Landesbank Kiel beitragen. Der Erhalt des Bankenstandorts Kiel und auch die Versorgung kleiner und mittlerer Unternehmen mit Bankdienstleistungen kann aus unserer Sicht so am besten gewährleistet werden. Deshalb sind wir auch bereit, in der Folge den nächsten Schritt zu machen, nämlich die spätere Umwandlung der Landesbank in eine Kapitalgesellschaft. Das wird dazu führen, dass unsere Landesbank im Konzert der sich verändernden Bankenlandschaft auch in Zukunft eine wichtige Rolle in diesem Orchester spielen wird. Das wollen wir absichern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte eingehen, die man auch unter der Rubrik bad things einordnen könnte, obwohl ich eigentlich gegenteiliger Meinung bin: Ich nenne die **Funktionalreform**. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und die Zweistufigkeit der Landesverwaltung bleiben für die Sozialdemokraten auf der Tagesordnung. Ich gebe es zu, auch wenn auf Seiten der Opposition Selbstkritik nicht richtig ankommt: Die Schwierigkeiten liegen in der Kompliziertheit möglicher Lösungen, in der langwierigen Erarbeitung von dauerhaft tragenden Ergebnissen,

(Lothar Hay)

aber auch im Beharrungsvermögen derer, die von ihren Kompetenzen nichts abgeben wollen und jedes Zugeständnis gleichzeitig an das Zugeständnis anderer koppeln. So ist man in der Lage, sich über Jahre hinweg gegenseitig zu blockieren. Es ist keine Frage: Wir Sozialdemokraten wollen hier ran. Wir wollen die Funktionalreform in dieser Legislaturperiode vorantreiben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn ich über Funktionalreform rede, dann bin ich auch schon bei der Lage der Kommunen im Lande Schleswig-Holstein. Diese ist genauso wenig rosig wie unsere eigene. Die Ergebnisse der Steuerschätzung treffen die **Kommunen** an einem ganz entscheidenden Punkt, nämlich bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Wir haben der kommunalen Ebene im Jahr 2000 zur Entlastung des Landeshaushaltes weitere finanzielle Belastungen zugemutet. Unser gemeinsames Ziel muss es jetzt sein, wo immer möglich, im beiderseitigen Interesse zu Einsparungen zu kommen. Ich sehe mit großem Interesse den Vorschlägen des Landkreistages und des Städteverbandes entgegen, was die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinien im Lande Schleswig-Holstein angeht. Wir werden kritisch prüfen, aber wir sind dankbar, dass es diese Vorschläge gibt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich komme zu einem weiteren Tabuthema. Ich denke hier an die Veränderungen der Beziehung zwischen den größeren Städten und den Kreisen, zwischen den kreisfreien Städten und ihrem Umland. Wenn man die Kostensituation insgesamt sieht, dann sollte man den Mut haben, den Charakter einer **Gebietsreform** wenigstens zu denken und nicht auf Dauer zum Tabu zu erklären.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind an Vorschlägen interessiert, werden diese bündeln und mit der kommunalen Familie ausführlich diskutieren.

Wenn der Spruch eines bekannten Schleswig-Holsteiners: „Wer arm ist, muss wenigstens schlau sein“, richtig ist, dann gilt dies insbesondere auch für die Außenwerbung unseres Landes.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Dabei habe ich nicht nur den Tourismus im Auge. Der hat sich, zumindest was die gemeinsame Werbung betrifft, im abgelaufenen Jahr erfreulicherweise deutlich verbessert. Mir geht es vielmehr auch um die Werbung für unser Land als **Ort für Investitionen**, als Ort für die Niederlassung von Unternehmen. Ich

weiß, dass andere Länder hierfür größere finanzielle Aufwendungen leisten können. Wir können dies nicht. Deshalb kommt es mehr als bisher darauf an, dass wir für den Standort Schleswig-Holstein, sei es über das Hanse-Office, sei es über die Landesvertretung in Berlin, sei es durch Regierungsmitglieder, sei es durch Parlamentarier, durch Kommunen und durch Verbände jeglicher Art, werbend nach außen auftreten. Dies gilt nicht nur für den Ostseeraum, sondern auch für ganz Europa.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hier kann sicher noch mehr gemacht werden. Jeder, der dazu einen Beitrag leisten kann, ist aufgefordert, dies zu tun.

Die Lage des Landes schlechter zu reden, als sie ist, wird mit Sicherheit nur eine begrenzte Werbewirksamkeit erzeugen können. Von daher arbeitet auch jede Opposition aktiv an ihrer eigenen Zukunftshoffnung, wenn sie für ihr eigenes Land werbend nach außen hin auftritt. Vielleicht sollten sich die einen oder anderen daran noch einmal erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf einige Einzelpunkte des vorgelegten Gesetzentwurfs zum Haushalt 2002 eingehen.

Für die deutschen **Privatschulen** und die dänischen Schulen haben wir gemeinsam eine Lösung gefunden, die nicht nur für 2002, sondern auch für die weiteren Jahre bis 2005 tragen wird. Mögliche Tarifsteigerungen werden auf der Basis der Beamtenbesoldung vom Land übernommen. Für die heilpädagogischen Schulen, Sonderschulen, haben wir entsprechend unserer Koalitionsausschusszusage die Fördersatzte von 90 auf 100 % erhöht. Was das dänische Schulwesen betrifft, hoffe ich, dass der SSW und die gesamte dänische Minderheit insgesamt mit der jetzt zu treffenden Regelung für das dänische Schulwesen einverstanden sind. Bei der gefundenen Lösung stand für uns im Vordergrund - dies galt sowohl für die SPD-Fraktion als auch für die grüne Fraktion -, dass wir den besonderen Verfassungsrang der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein damit auch zum Ausdruck bringen wollten. Dies ist für uns nach wie vor ein ganz hohes Gut. Davon lassen wir uns bei allen Entscheidungen, die die dänische Minderheit, die Friesen, die Sinti und Roma betreffen, leiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In den letzten Monaten hat es aufgrund der Kürzung bei der Förderung von Maßnahmen im Rahmen der **Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen**

(Lothar Hay)

viele Auseinandersetzungen deshalb gegeben, weil sich betroffene Kommunen nach der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn auf den Fluss der in Aussicht gestellten Mittel verlassen haben. Ich meine, es ist in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden - dafür bin ich außerordentlich dankbar - jetzt eine einvernehmliche und praktikable Lösung zum Wohle der Gemeinden in unserem Lande gefunden worden.

(Beifall bei der SPD)

Auch beim Kindertagesstättengesetz haben wir mit der Aufhebung der Deckelung und der gleichzeitigen Ankündigung, über die Ausgestaltung der Vertragsbedingungen neu verhandeln zu wollen, eine akzeptable Lösung gefunden. Hintergrund der Überlegungen ist die Tatsache, dass sich die Zahl der Kinder in den **Kindertagesstätten** landesweit sehr unterschiedlich entwickelt: zurückgehende Zahlen im Nordwesten des Landes, ein Ansteigen im Bereich des Hamburger Umlandes. Aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes ist es uns nicht möglich, alles zu tun, was in Sachen Kinderrippen und Kinderhorten wünschenswert wäre. Von daher ist eine **Neugestaltung** mit den Trägern im Jahre 2002 zu verhandeln, um dann auch in Zukunft die Finanzierung der Kindertagesstättenarbeit auf eine solide finanzielle Basis ab dem Jahr 2003 zu stellen. Daran wollen wir Sozialdemokraten und unser Bündnispartner, die Grünen, mitarbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf ein Thema eingehen, das bei uns in der Fraktion sehr kontrovers diskutiert worden ist und bei dem wir letztendlich mit sehr großen Schmerzen eine Entscheidung getroffen haben. Ich meine die Kürzung beim **Landesblindengeld** im Umfang von circa 10,3 %. Wir wissen, dass sich die Kürzung für den Einzelnen stärker bemerkbar macht. Wir haben uns letztlich dafür entschieden, einen Festbetrag in das Haushaltsbegleitgesetz aufzunehmen. Das Landesblindengeld ist - das möchte ich noch einmal betonen - eine freiwillige Leistung des Landes, wobei wir trotz der Kürzung im kommenden Haushaltsjahr insgesamt einen Betrag von 21,8 Millionen € zur Verfügung stellen. Ich kann aber auch die Proteste der betroffenen Menschen in unserem Lande durchaus verstehen. Ich bitte um Verständnis, dass wir keine andere Möglichkeit haben. Ich meine, wir haben eine akzeptable, vertretbare Lösung gefunden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf einige Anträge aus dem Bereich der Opposition eingehen. Was die möglichen Verkäufe von Anteilen bei Lotto, Landesbank und LEG angeht,

habe ich bereits am Anfang meiner Rede einiges dazu gesagt. Ich will mich jetzt kurz mit dem Antrag der CDU beschäftigen, ein - ein besonderer Hit - neues **Familiengeld** einzuführen. Erstens habe ich den Eindruck, dass dieser Ansatz finanziell überhaupt nicht trägt. Zweitens hat er ein grundsätzliches Problem in sich: dass er dem entgegen arbeitet, was wir auf anderen Wegen erreichen wollen, nämlich Frauen trotz Familie die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Dies setzt Kinderbetreuung am Nachmittag voraus. Das Familiengeld der CDU zielt im Gegensatz dazu darauf ab, die Frau an den heimischen Herd zurückzuholen.

(Lachen bei der CDU)

Das ist eine Familienpolitik, die mit Sozialdemokraten nicht zu machen ist. Wir wollen den Frauen die Berufstätigkeit ermöglichen.

(Beifall bei SPD und SSW - Caroline Schwarz [CDU]: Sie sollen Wahlfreiheit haben! Das haben Sie völlig falsch verstanden!)

- Jedenfalls habe ich dazu beigetragen, Sie etwas wach zu bekommen.

Wenn die CDU, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, außerhalb der Tabubereiche einen **Stellenabbau** von 20 % fordert, so weiß sie sehr genau, dass sich das a) in den Medien gut macht und b) ein Abbau in einem solchen Umfang nur mittel- und langfristig überhaupt möglich ist. Von daher sollten Sie bei zukünftigen ähnlichen Haushaltsanträgen das angeben, was realistisch im kommenden Haushaltsjahr anzusetzen ist. Das wäre für uns solide Haushaltspolitik einer Oppositionsfraktion.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezogen auf die Anträge der FDP stimmen wir dem Antrag zu, der Friedrich-Naumann-Stiftung Mittel von 40.000 € zur Verfügung zu stellen. Auch der von Ihnen vorgelegte Antrag, die Mittel für die Zusammenarbeit mit Kaliningrad, Estland, Lettland und Litauen um 100.000 € zu erhöhen, wird von uns mitgetragen. Dabei ist es für uns wichtig - ich betone dies ausdrücklich; ich hatte die Gelegenheit, mit Frau Dr. Kötschau vier Tage Kaliningrad zu bereisen -, dass wir erwarten, dass dieses Geld in erster Linie genutzt wird, um dortigen Mitarbeitern der Verwaltung und Politikern die Möglichkeit zu geben, zu uns zu kommen, um hier Erfahrungen zu sammeln, und nicht für Reisen von uns in die genannten Gebiete verwendet wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP)

(Lothar Hay)

Meine Damen und Herren, ich möchte die zweite Lesung des Haushalts 2002 dazu nutzen, für geleistete Arbeit einmal dort Dank zu sagen, wo er sonst wahrscheinlich selten ankommt. Ich möchte mich bei den Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein für ihre trotz einer riesigen Zahl von Überstunden auch in diesem Jahr hervorragende und verlässliche Arbeit bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte mich bei den Lehrerinnen und Lehrern bedanken,

(Lachen bei der FDP)

die in schwierigen gesellschaftspolitischen Zeiten den Mut nicht verlieren und immer wieder neu mit Fantasie und Kraft den Schülerinnen und Schülern unseres Landes gegenüberstehen. Auch die haben diesen Dank und nicht das Gelächter der Oppositionsseite verdient.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz, dem Justizvollzug und den Finanzämtern bedanken. Und besonders möchte ich die Steuerfahnder und Steuerprüfer vor dem Anwurf der CDU in Schutz nehmen, eine kleine Erhöhung ihrer Zahl beruhe auf der Annahme, die schleswig-holsteinischen Unternehmer wollten Steuern hinterziehen. Das ist in der Tat nicht so. Wir wollen die Steuerfahndung deshalb stärken, weil das ein kleiner Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit in diesem Land ist. Dazu sind wir gesetzlich verpflichtet.

(Beifall bei SPD und FDP - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich möchte mich bei den Damen und Herren von Rot-Grün, ob auf den Bänken der Fraktionen oder auf den Bänken der Regierung, bedanken, auch bei Ihnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Ich wünsche Ihnen ein paar ruhige Tage und vor allen Dingen, dass Sie sich erholen, auch zwischen den Tagen. Ich bin mir sicher, wir werden uns Anfang des nächsten Jahres alsbald wieder zum ersten Streit hier zusammenfinden. Darauf freue ich mich.

(Lang anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wenn jetzt Herr Baasch als Weihnachtsmann auftritt, ist die Stimmung perfekt!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort. - Wir hören jetzt wieder zu!

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hay, Ihr Einstieg in Ihre Haushaltsrede hat mich schon sehr gewundert. Mit der PISA-Studie anzufangen, ist erstaunlich. Vielleicht ist sie aber doch ein gutes Beispiel. Denn schief wie der Turm von Pisa ist auch dieser Haushalt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es gibt aber einen Unterschied: Der Turm konnte stabilisiert werden, dieser Haushalt wird nicht hinreichend zu stabilisieren sein. Im Gegenteil!

(Beifall bei der CDU)

Die Verabschiedung des Haushalts ist die Stunde des Parlaments. Weil dies so ist, geht es heute eben nicht nur darum, ein nüchternes Zahlenwerk abzuhaken, sondern auch darum, das politische Umfeld zu beurteilen, in dem wir als Parlamentarier unsere Entscheidungen zu treffen haben. Deswegen ist es auch an der Zeit, ein Stück **Bilanz** über zwei Jahre rot-grüne Regierung in Kiel und drei Jahre Rot-Grün in Berlin zu ziehen.

Dazu stelle ich fest: Deutschland befindet sich am Rande einer **Rezession**. Schleswig-Holstein ist davon stärker betroffen als alle anderen Bundesländer in Westdeutschland. Und für unser Land gilt leider: Spitzenreiter beim Schuldenmachen und Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum!

(Beifall bei CDU und FDP)

Früher war **Schleswig-Holstein** als mittelständisch geprägtes Land in der **Konjunkturentwicklung** immer ein **Garant besonderer Stabilität**. Die regelmäßigen Konjunkturschwankungen wirkten sich in Schleswig-Holstein weder positiv noch negativ in besonderer Weise aus. Der Aufschwung kam immer etwas später und war weniger ausgeprägt und der Abschwung folgte zeitverzögert und moderater. Diesmal ist das ganz anders. Unser Land war zwar nicht beim Aufschwung dabei, hat dafür aber den vollen konjunkturellen Abschwung mitgemacht.

Dafür gibt es Ursachen, für die Sie, Frau Simonis, eine besondere Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Am 26. September haben Sie uns einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der schon damals überholt war. Der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ hatte bereits im Mai die Wachstumsprognosen für das Jahr 2002 reduziert. Im Laufe des Sommers wurden diese Prognosen dann weiter zurückgenommen. Zum Schluss bewegten sie sich bei etwa 1 % Wirtschaftswachstum für 2002.

(Martin Kayenburg)

Damit war dieser Entwurf in der ersten Lesung bereits Makulatur. Das wissen Sie doch auch selbst.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sehr richtig!)

Nach der neuen Steuerschätzung im November mussten Sie dann erneut Ihre viel zu hohen Einnahmeerwartungen deutlich nach unten korrigieren. Kaum war das Desaster da, hatte der Finanzminister sein altbewährtes Gegenmittel bereit. 100 Millionen € sollen durch **Vermögensveräußerungen** ausgeglichen werden. Es sollen bis zu 5 % der **Landesbankanteile** des Landes verkauft werden, um schnell die Haushaltslöcher für 2002 zu stopfen.

Herr Minister, Sie haben inzwischen auch einen Interessenten gefunden, der Ihnen das Geld leihen will, Ihnen einen Kredit geben will, für den Sie dann einen noch nicht bezifferten Prozentsatz Ihrer Landesbankanteile abliefern müssen. Ich frage mich: Ist das wieder eine Täuschung der Öffentlichkeit,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr!)

eine Verzweiflungstat, nämlich eine Kreditaufnahme mit dem Versprechen, Anteile zu liefern? Wie groß muss eigentlich Ihre Not sein, dass Sie sich so abhängig machen, Herr Minister?

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass Sie mit diesen Erlösen - Herr Hay steht da hinten - gar nicht wirklich rechnen - ich erinnere daran, dass Sie eben gesagt haben, wir sollten das einstellen, was in 2002 wirklich wirksam wird -, wird daran deutlich, dass 200 Millionen als globale Mehreinnahme eingestellt sind.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja!)

Wenn Sie damit rechnen würden, dass Sie die 200 Millionen kriegen, hätten Sie doch den Erlös in den Haushalt eingestellt. Was ist das eigentlich für eine Haushaltspolitik?

(Beifall bei der CDU)

Sicher ist: Es soll wieder einmal Tafelsilber verschleudert werden, um diese rot-grüne Landesregierung eine Runde weiterzuretten. Jahr für Jahr die gleiche Methode! Der Finanzminister stellt eine Deckungslücke fest. Den Betrag teilt er den Kaufinteressenten mit. Diese stopfen das Haushaltsloch und haben dann ein prächtiges Schnäppchen gemacht. Von wirklichen Kaufverhandlungen keine Spur! Die Dummen sind die Bürger dieses Landes, deren Landesvermögen auf Flohmarktniveau Stück für Stück verscherbelt wird. Das kann und darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Finanzminister, Sie sollten sich wirklich fragen, ob dieses Verhalten mit Ihrem Amtseid vereinbar ist, mit dem Sie sich verpflichtet haben, das Land Schleswig-Holstein vor Schaden zu bewahren. Die Antwort können Sie sich nur selbst geben. Sie müssen Ihr Gewissen fragen, ob und wie lange Sie dies noch verantworten wollen.

(Beifall bei der CDU - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Er hört überhaupt nicht zu!)

- Wenn er nicht zuhört, stört das nicht. Auch dieser Minister ist - wie viele in dieser Regierung - beratungsresistent.

(Beifall bei CDU und FDP)

Entscheidend ist vielmehr, dass wir uns als Parlament einig sind und diese Regierung aus dem Schlamassel, in das sie sich selbst hineingebracht hat, endlich herausholen, und dass wir deshalb mit der Mehrheitskoalition über unsere Positionen reden.

Die dringend notwendige **Konsolidierung** der Landesfinanzen wird auch nach 13 Jahren verfehlter sozialdemokratischer beziehungsweise rot-grüner Finanzpolitik wieder einmal nicht erreicht, nicht einmal im Ansatz. Dafür tragen Sie, Frau Simonis, letztlich die Verantwortung. Sie haben das Land finanzpolitisch bewegungsunfähig gemacht. Schleswig-Holstein ist nicht für die Zukunft gerüstet. Die Landesfinanzen stehen vor dem Zusammenbruch. Die Landesregierung kann keine wichtigen Impulse mehr geben für die Stabilisierung des Mittelstandes im Land, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, für eine moderne Familienpolitik, für eine zukunftsweisende Ausgestaltung einer auf Chancengerechtigkeit bedachten und wettbewerbsorientierten Bildung und auch nicht für die Bürgerinnen und Bürger, die gerade in diesen Tagen nach den schrecklichen Terroranschlägen in den USA vom 11. September doch zu Recht die Gewährleistung der inneren Sicherheit von Ihnen erwarten. Der von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf ist ein Dokument des Versagens rot-grüner Politik und einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik hier in Kiel sowie in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Auf der einen Seite: Wirtschaftspolitisch - ich sagte es bereits - befindet sich Deutschland am Rande einer Rezession. Diese **Rezession** ist hausgemacht. Die rot-grüne Bundesregierung und die rot geführten Landesregierungen haben hieran erheblichen Anteil. Die rot-grüne Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Schröder hat in der Wirtschafts-, in der Arbeitsmarkt- und in der Finanzpolitik total versagt. Zehn Monate vor der nächsten Bundestagswahl sieht

(Martin Kayenburg)

die Bilanz doch so aus: Das Wirtschaftswachstum ist total eingebrochen, der Geldwert des Euro gesunken, aus sinkender Arbeitslosigkeit wurde trotz Aufblähung der Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt eine steigende Arbeitslosigkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das ist nicht der Aufschwung des Kanzlers. Es ist sein Versagen, Herr Neugebauer,

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

wenn wir die 4-Millionen-Grenze bei der Arbeitslosigkeit überschritten haben. Daran wollte er sich messen lassen.

Auf der anderen Seite: Die Sozialabgaben klettern weiter, die Zahl der Pleiten, von denen hier im Land immerhin 500.000 Arbeitsplätze betroffen sind, war seit Wiedergewinnung der deutschen Einheit noch nie so hoch. Die Energiepreise sind erheblich gestiegen, Investitionen wurden gedrosselt, Hilfen für den Mittelstand und für die Landwirtschaft wurden gekürzt, die Ausgaben des Bundes für Forschung und Technologie liegen unter denen von 1998, die Rentenerhöhungen liegen unter der Inflationsrate, bei der Krankenkasse müssen Bundeszuschüsse bereitgestellt werden, die Steuerquote steigt, die Schulden steigen in Berlin und in Kiel ungebremst weiter.

Festzustellen ist: Die Menschen müssen immer länger im Jahr für den Staat arbeiten und das, was ihnen unter dem Strich bleibt, ist auch in 2002 weniger als in 1998.

(Beifall bei CDU und FDP)

Statt jetzt die notwendigen Investitionen auf den Weg zu bringen, erhöht der Staat die Steuern und greift den Bürgern mit der Ökosteuer, der Tabaksteuer und auch der Versicherungsteuer erneut in die Tasche.

Meine Damen und Herren, das hat Rot-Grün zu verantworten. Aber Rot-Grün hat auch zu verantworten, dass Deutschland zum **Sorgenkind der EU** geworden ist. Nach der inzwischen vorliegenden Herbstprognose der Europäischen Kommission wird die größte europäische Volkswirtschaft auch im nächsten Jahr keinen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung der Gemeinschaft leisten können - das „Handelsblatt“ titelt heute ja nicht zu Unrecht: „Deutschland bremst die Konjunktur in Europa“ -, im Gegenteil! Das Wachstum wird unter 1 % liegen. Und wenn die Prognosen über 1 % liegen, dann muss man einmal die Bedingungen sehen, unter denen sie gestellt worden sind, nämlich unter der Bedingung, dass es moderate Lohnabschlüsse geben soll. Da frage ich: Wie ist das mit Forderungen von 5 bis 7 % Lohnerhöhungen vereinbar?

Damit ist diese Prognose kaum das Papier wert, auf dem sie steht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deutschland wird jedenfalls in diesem Jahr mit der EU nicht aus dem Konjunkturschatten heraustreten können und auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes macht es deutlich: Die Bundesregierung kann es nicht, es ist in Deutschland Zeit zum Wechsel!

(Beifall bei CDU und FDP)

Doch auch in Schleswig-Holstein sieht es nicht besser aus. Auch hier steht das **Unternehmen Schleswig-Holstein** kurz vor dem **Konkurs** - und das gerade in einer Zeit, in der durch Investitionsausgaben des Landes durchaus wirtschaftliche Impulse für die Bauwirtschaft gegeben werden könnten.

Der Haushaltsentwurf 2002 hat die Investitionsquote des Landes dagegen mit 9,4 % auf einen neuen traurigen Tiefpunkt gebracht. Die **Investitionsquote** liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt aller westdeutschen Flächenländer.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Besonders bedenklich ist, Herr Finanzminister, dass Sie in Ihrem Finanzplan bis 2005 feststellen, dass die Investitionsquote sogar noch auf 8,6 % sinken wird. Nicht nur haushaltspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch ist das eine mehr als bedenkliche Entwicklung, der Sie offenbar nichts, aber auch gar nichts entgegenzusetzen haben!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Regierung lenkt immer weniger Mittel in künftige Wachstumsbereiche. Dadurch verpassen Sie Chancen für das Land, **dauerhafte Einnahmen** zu erschließen. Die Landesregierung ist offenbar nicht mehr in der Lage, mit dem Haushalt auch nur ein paar wirtschaftspolitische Impulse zu setzen. Sie, Frau Simonis, sind am Ende!

Die Ursachen für diese bedenkliche Fehlentwicklung haben wir in unserem Entschließungsantrag zum Haushalt 2002 nachgewiesen: zu hohe Schulden, zu hohe Zinslasten, zu hohe konsumtive Ausgaben und zu hohe Personalausgaben.

Trotz gestiegener Steuereinnahmen und trotz zusätzlicher Einnahmen aus der Verschleuderung von Landesvermögen von 1,5 Milliarden € sind die **Schulden des Landes** weiter ungebremst auf 31,2 Milliarden DM gestiegen. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die künftigen Generationen dar und wir werden am Ende des Jahres 2005 einen Schuldenberg in Höhe von 35,6 Milliarden DM aufgetürmt haben. Damit wird

(Martin Kayenburg)

der höchste Berg in Schleswig-Holstein, Frau Simonis, der Simonis-Schuldenberg sein.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, das ist kein Julius-Turm, das ist ein Schuldenturm, ein Menetekel Ihres Versagens in der Finanzpolitik, das Investoren abschreckt und das die Menschen vor einer Regierung warnt, die abgewirtschaftet hat.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir dagegen wollen, dass 2002 endlich Ernst gemacht wird mit dem Abbau der Neuverschuldung, und schlagen deshalb vor, durch Verkäufe von Landesbeteiligungen beziehungsweise die Veräußerung von Landesvermögen 230 Millionen € zu erwirtschaften, die ausschließlich zur **Senkung der Neuverschuldung** verwendet werden. Des Weiteren schlagen wir vor, mittelfristig - neben den Landesbankanteilen - Anteile an der Datenzentrale Schleswig-Holstein zu veräußern und sich auch von sonstigen Beteiligungen zu trennen. Dabei darf vor allem beim Verkauf der **Landesbankanteile** nicht übereilt vorgegangen werden. Es ist ein Fehler, unter großem Zeitdruck mit eventuellen Kaufinteressenten zu verhandeln, nur um einen von konsumtiven Aufgaben geprägten Landeshaushalt zum Ausgleich zu bringen. Das ist dann in der Tat eine Verschleuderung von Tafelsilber - eine Methode, mit der die rot-grüne Landesregierung dem Land Schleswig-Holstein bereits mehrfach schweren Schaden zugefügt hat. Wir sagen stattdessen: Verhandeln ja, aber nicht unter Zeitdruck, sondern das bestmögliche Ergebnis für unser Land herausbekommen!

Meine Damen und Herren, wenn wir die Pro-Kopf-Verschuldung und die Zinslasten betrachten, sieht die Sache noch dramatischer aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung allein aus Schulden des Landes betrug Ende 2000 bereits mehr als 11.000 DM. In Ihrem Finanzplan für die Jahre 2001 bis 2005 bestätigen Sie, Herr Finanzminister, dass die **Pro-Kopf-Verschuldung** in Schleswig-Holstein um rund 54 % über dem Durchschnitt liegt. Inzwischen ist Schleswig-Holstein einwohnerbezogen unter den Flächenländern am höchsten verschuldet und hat damit bereits auch das Saarland abgelöst. Wie Sie das ändern wollen, sagen Sie, Herr Minister, in Ihrem Finanzplan leider nicht.

Sie haben also nicht nur einen hohen Schuldenturm errichtet, Sie haben auch noch die rote Laterne übernommen, was die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Bürger anbelangt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wie Herr Möller in seinem Finanzplan weiter nachweist, wird das Land Schleswig-Holstein aufgrund

dieser Schuldensituation pro Jahr 118 € oder 57 % je Einwohner mehr an Zinsen zahlen als alle anderen Flächenländer. Was Sie dagegen tun wollen, Herr Minister, darauf bleiben Sie die Antwort ebenfalls schuldig; das bleibt gleichfalls Ihr Geheimnis.

Jedenfalls bei über 900 Millionen € Zinsausgaben pro anno wird Schleswig-Holstein im Jahre 2002 mehr als 1.700 € Zinsen pro Minute zu zahlen haben. Das spiegelt die wirkliche Situation dieses Landes wider.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Als Fazit dieser Zahlen können wir festhalten: Auf einem Gebiet - aber wirklich nur auf einem einzigen Gebiet - sind Sie, Frau Simonis, Spitze, nämlich beim Schuldenmachen!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Damit will ich zum nächsten Problemfeld Ihrer Haushaltspolitik kommen, zu den **konsumtiven Ausgaben**. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sind auch schon vor dem Immobiliendeal stets überproportional gestiegen. Das angebliche Ziel, die konsumtiven Ausgaben reduzieren zu wollen, wird leider auch mit dem Haushaltsentwurf 2002 wieder einmal nicht erreicht. Der Anstieg bei den sächlichen Verwaltungsausgaben liegt deutlich über der Steigerungsrate des Haushalts im Übrigen und ebenfalls deutlich über der Inflationsrate. Bereits 1998 haben Sie doch selbst festgestellt, Herr Minister, dass die konsumtiven Ausgaben in den letzten zehn Jahren deutlich überproportional gestiegen seien. Folgerungen haben Sie daraus bis heute allerdings nicht gezogen. Die konsumtiven Ausgaben bleiben damit neben den Schuldenlasten und den Personalausgaben auch in Zukunft der Schwachpunkt rot-grüner Haushaltspolitik.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, wer wirklich eine ernsthafte Umstrukturierung des Landeshaushaltes will, muss die sächlichen Verwaltungskosten senken. Deshalb schlagen wir vor, hier 2002 10 % einzusparen. Dabei werden wir im Gegensatz zum Verhalten der Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht mit dem Rasenmäher vorgehen und überall gleichmäßig 10 % kürzen, sondern wir haben uns sehr genau alle Einzelpläne angesehen und wollen insbesondere rot-grüne Spielwiesen, die den Menschen hier im Land wirklich nicht weiterhelfen, streichen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Unabhängig davon müsste es doch bei all den Ankündigungen des angeblich so wirksamen Gebäudemanagements, Herr Minister, ein Leichtes sein, diese 10 %

(Martin Kayenburg)

allein durch die GMSH einzusparen. Sie werfen jedoch Ihre eigene Logik in der Finanzpolitik über Bord, von Einsparungen bei der GMSH jedenfalls kann nicht die Rede sein.

Darüber hinaus bleiben die Personalausgaben der Kostenfaktor Nummer eins. Trotz langjähriger Ankündigungen, die **Personalausgaben** mit entsprechenden Einsparkonzepten zu reduzieren, werden sie auch im Jahr 2002 mit 2,9 Milliarden € auf hohem Niveau liegen. Die Personalausgabenquote mit 38,1 % ist gegenüber dem Vorjahr sogar wieder angestiegen. Optisch erscheint die Personalausgabenquote durch Aufgabenverlagerung - zum Beispiel auf die GMSH, die Investitionsbank, die Universitätsklinik, die Fachkliniken, den Landesbetrieb Landeslabor - günstiger als sie tatsächlich ist. Wirksame strukturelle Veränderungen lassen sich durch die Verlagerung von Stellen auf Nebenhaushalte nicht erreichen, weil der Landeshaushalt an anderer Stelle durch diese Kosten wieder belastet wird. Aber das ist das übliche Spiel bei Ihnen: von der einen Tasche in die andere. So genannte kw-Vermerke können nicht weiterhelfen, wenn sie, wie bei Ihnen, bis zum Sankt Nimmerleinstag eingebaut werden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Mit dem **Stellenabbau** muss 2002 ernsthaft angefangen werden. Wir schlagen deshalb vor, jede fünfte Stelle in der „Allgemeinen Verwaltung“ bei gleichzeitiger deutlicher Aufgabenreduzierung abzubauen. 2002 wollen wir deshalb mit einer konsequenten Wiederbesetzungssperre dieses Problem ernsthaft angehen.

(Zurufe der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Rolf Fischer [SPD])

Darüber hinaus wollen wir durch Verzicht auf Stellenhebungen und auf neue Stellen in diesem Bereich insgesamt 10 Millionen € einsparen, Herr Neugebauer. Wir haben Ihnen die Alternativen aufgezeigt. Wenn Sie nicht so borniert wären,

(Lothar Hay [SPD]: Oh!)

bestünde die Chance, dass wir in Schleswig-Holstein ein Stück weiter kämen und aus dieser Misere heraus kommen könnten.

Die wirtschaftspolitischen Indikatoren sehen in Schleswig-Holstein ebenfalls finster aus. Der wichtigste Indikator für die wirtschaftliche Situation eines Landes ist das reale **Bruttoinlandsprodukt**. Da macht Schleswig-Holstein eine geradezu jämmerliche Figur. Der Wirtschaftsminister meint in seinem Bericht zwar, dass sich das Land von der Entwicklung in Deutschland und in der Welt nicht abkoppeln könne. Damit hat

er natürlich Recht. Aber es muss auch nicht gerade mit 0,2 % realem Wachstum der letzte Platz unter den westdeutschen Ländern sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, auf dem **Arbeitsmarkt** in Schleswig-Holstein sieht es auch nicht besser aus. Wenn der Kanzler mit seiner ruhigen Hand es geschafft hat, dass die größte Volkswirtschaft Europas nicht mehr Lokomotive, sondern Schlafwagen ist, dann haben Sie es geschafft, Frau Simonis, dass Schleswig-Holstein das rote Schlusslicht dieses Schlafwagens geworden ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Szenario ist doch klar: Die Grünen sitzen im Bremserhäuschen - falsche Politik, aber immerhin aktiv -, die Landesregierung ist längst sanft im letzten Wagen eingeschlafen und überhört alle Warnsignale. Das ist die Situation der Regierung hier im Land.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Im Übrigen zieht sich inzwischen durch Deutschland eine ökonomische Abbruchkante. Auf den ersten Blick trennt diese Abbruchkante Ostdeutschland von Westdeutschland. Bei genauem Hinsehen ist jedoch die Abbruchkante zwischen rot, rot-grün und rot-rot regierten Bundesländern auf der einen Seite und CDU, CDU/CSU-regierten Ländern auf der anderen Seite zu sehen. So stehen Bayern, Baden-Württemberg, das Saarland und Hessen in Westdeutschland und Sachsen und Thüringen in Ostdeutschland einfach besser da als zum Beispiel Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Das ist kein Zufall und auch keine unabwendbare Gesetzmäßigkeit, das ist das Ergebnis einer richtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der einen Seite und der Schaffung der richtigen politischen Rahmenbedingungen auf der anderen Seite. Bei Ihnen, Frau Simonis, ist davon keine Spur zu erkennen. Wahrscheinlich haben Sie in der letzten Zeit viel zu viel über Wellness nachgedacht und vor lauter virtuellem Wohlgefühl die raue Wirklichkeit längst verdrängt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, ich finde es ja niedlich, dass Sie vor den Unternehmensverbänden an die Unternehmer appelliert haben, sie möchten doch bitte keine Mitarbeiter entlassen. Damit haben Sie brav nachgeplappert, was Ihnen der Kanzler vorgegeben hat. Nehmen Sie doch aber bitte Folgendes zur Kenntnis: Unternehmer entlassen Mitarbeiter nicht mal eben so, sondern weil sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwun-

(Martin Kayenburg)

gen werden. Das wissen Sie ganz genau. Machen Sie die richtige Wirtschaftspolitik, schaffen Sie die richtigen Rahmenbedingungen, dann sind Ihre Appelle überflüssig, dann werden die Unternehmen, der Mittelstand und das Handwerk Arbeitsplätze schaffen und nicht Mitarbeiter entlassen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer von uns gehofft hatte, die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden kraftvoll das dahindümpelnde Simonis-Schiff auf Kurs bringen, sieht sich leider ein weiteres Mal enttäuscht, Herr Hay. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, haben von vornherein auf eigene Kreativität völlig verzichtet. Mit Ihren Anträgen zum Haushalt bewegen Sie gerade mal rund 8 Millionen € jeweils auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Das sind 0,08 % der Gesamtausgaben. Das ist beim Pusten sicherlich zu viel, aber beim Haushalt garantiert zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Kinderpost, das sind Peanuts, und wenn es nicht so traurig wäre, müsste man über Ihre Anträge lachen.

Wir hingegen haben mit unserem Entschließungsantrag und den Änderungsanträgen zu den Einzelplänen ein schlüssiges Konzept vorgelegt, ein **Alternativkonzept**. Wir haben versucht, bei diesem maroden Haushalt zu retten, was noch zu retten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir haben insgesamt 350 Millionen € bewegt. 230 Millionen € aus Vermögensveräußerungen wollen wir zu einer wirklichen Veränderung, das heißt zur **Ver-ringerung der Neuverschuldung**, einsetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit 50 Millionen € im Rahmen unseres Programms **„Arbeit und Wachstum 21“** wollen wir **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein schaffen beziehungsweise erhalten. Dabei wollen wir insbesondere sicherstellen, dass alle EU- und Bundesmittel, vor allem in der Gemeinschaftsaufgabe „Agrar- und Küstenschutz“, gebunden werden. Weitere Schwerpunkte für uns werden der Straßenbau, die Verkehrsinfrastruktur sowie die Städtebauförderung im ganzen Land sein.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, das ist zukunftsweisende Wirtschaftspolitik, das ist Landesentwicklung, die das wirtschaftspolitische Klima im Land fördert.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das sind die richtigen **Rahmenbedingungen**, um Ansiedlungen, Erweiterungen, Neugründungen und vor allen Dingen Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen.

(Zuruf von der CDU)

Mit unserer **„Bildungspolitischen Offensive 21“** wollen wir mit einem Teilbetrag von 20 Millionen € im Jahr 2002 den Einstieg in die Ganztagschulen und die Einstellung von 300 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern zum 1. August 2002 finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Hochschulen wollen wir die tariflichen Kostensteigerungen im Personalbereich auffangen und für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen einen „High Potential Pool“ einrichten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist zukunftsorientierte Bildungspolitik, die bei uns einen hohen Stellenwert hat. Hier setzen wir die richtigen Schwerpunkte. Das ist nicht nur billiger Dank an Lehrer, Justiz und andere,

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

sondern wir setzen wirklich Mittel ein.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserer **familien- und sozialpolitischen Offensive**, für die wir für 2002 einen Teilbetrag von 23,4 Millionen € vorgesehen haben, wollen wir den Einstieg in ein Landeserziehungsgeld ab 1. Juli 2002 ermöglichen und die Kürzungen des Landesblindengeldes rückgängig machen, Herr Hay.

(Beifall bei CDU und FDP - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vergessen Sie nicht die Imker und die Kleingärtner zu erwähnen!)

- Frau Heinold, wenn Sie noch Probleme haben - ich habe Ihre Fragen doch schon schriftlich behandelt -, dann sollten wir uns in der Kantine verabreden. Wir nehmen beide einen Taschenrechner mit und dann zeige ich Ihnen einmal, wie man einen Haushalt macht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jedenfalls ist unsere familien- und sozialpolitische Offensive eine zukunftssichernde Familien- und Sozialpolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Martin Kayenburg)

Während Sie noch Ihr Beauftragtenunwesen pflegen, Frau Heinold, gestalten wir im Sinne des Grundgesetzes Politik für die sozial Schwachen und für die Familien.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich stellen wir weitere 6 Millionen € zur Aufstockung des Sicherheitspakets im Rahmen unseres Programms „Innere Sicherheit“ zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Ihnen allen ist deutlich geworden, dass dies alles in allem ein ausgewogenes und in sich schlüssiges Alternativkonzept ist, das über die paar kleinen Anträge, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, gestellt haben, weit hinausgeht. Angesichts der von mir geschilderten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland bin ich fest davon überzeugt, dass der von Rot-Grün vorgelegte Haushalt 2002 viel zu optimistisch gestaltet und in Teilen überhaupt noch nicht gedeckt ist. Ich denke nur an die noch zu erwartenden Forderungen des Landes Niedersachsen wegen der Rückzahlung von Förderabgaben. Man muss wirklich kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass der nächste Nachtragshaushalt nicht lange auf sich warten lassen wird.

Auch vor diesem Hintergrund will ich abschließend feststellen: Rot-Grün hat in der Wirtschafts-, in der Arbeitsmarkt- und in der Finanzpolitik total versagt. Durch Rot-Grün haben wir in Deutschland mehr Arbeitslose, mehr Bürokratie, mehr Pleiten, dafür aber weniger Arbeitsplätze, weniger Wachstum und weniger Investitionen. Fazit: Rot-Grün hat abgewirtschaftet und gehört abgelöst, zuerst im Bund und 2005 hier in Schleswig-Holstein.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP, Wolfgang Kubicki.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nun bestätige mal, dass wir Rot-Grün ablösen wollen!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Kollege Jensen-Nissen, meine Mitarbeiter haben mich angesichts der Pisa-Studie davor gewarnt, meine Rede so zu beginnen, wie ich es vorgesehen habe. Aber ich will es trotzdem tun.

(Zuruf)

- Ich hoffe, Sie wissen, um was es geht.

(Heiterkeit)

Die Landesfinanzen gleichen dem Stall des Augias in der griechischen Herkulesage: Ein Stall, in dem Müll und Mist so hoch aufgetürmt sind, dass vernünftiges Arbeiten in der Gegenwart kaum noch möglich ist und in dem die zukünftige Ertragskraft heute verspielt wird.

In der Sage spült Herkules den Stall mit brachialer Wassergewalt durch und löst das Problem damit in einem Tag. Das würde bei den Landesfinanzen nicht einmal der FDP gelingen, das gebe ich zu; denn wir müssen nicht nur reinigen, sondern auch umbauen.

(Beifall bei der FDP)

Das darf uns aber nicht davon abhalten, sofort mit der Sanierung zu beginnen. Je weiter wir die Konsolidierung des Haushalts auf die lange Bank schieben, desto schmerzhafter wird sie. Seit Jahren bemängeln wir die wirklichkeitsfremde Regierungspolitik und weisen auf die kaum zu verantwortenden Risiken hin. Die Landesregierung baut politische Luftschlösser und finanzwirtschaftliche Wolkenkuckucksheime. Das Ergebnis ist eine finanzpolitische Bruchbude. Wir warnen seit Jahren davor, dass diese Bruchbude in der nächsten Konjunkturkrise zusammenbrechen wird. Die Leidtragenden sind die Menschen, die das alles bezahlen müssen. Wir sind selbstverständlich nicht die einzigen Warner. Es gibt auch die eine oder andere Stimme aus den Reihen der Union. Vor allem der Landesrechnungshof zeigt stetig vornehm, aber unmissverständlich die Probleme auf.

Aber Propheten gelten bekanntlich im eigenen Lande wenig, auch nicht während der Adventszeit, wenn gleich ich die netten Worte des Kollegen Lothar Hay zur Weihnachtszeit vernommen habe. Allerdings spreche ich die unangenehmen Wahrheiten heute wieder an, weil die Probleme nicht dadurch verschwinden, dass man über sie nicht redet. Lothar Hay, das gilt übrigens auch für die Probleme der **Zuwanderung**. Wenn wir Themen tabuisieren, überlassen wir die Felder den anderen. Ich warne davor zu erklären, wir sollten etwas im Wahlkampf nicht ansprechen. Wir müssen es ansprechen, damit wir die Herrschaft über die Themen behalten und sich nicht andere dieser Themen bemächtigen.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Frage ist, wie man sie vernünftigerweise ansprechen sollte. Aber dass wir sie ansprechen müssen, liegt für mich auf der Hand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich Ihnen die wirtschaftliche und finanzpolitische Lage Schleswig-Holsteins am Ende des Jahres 2001 noch einmal darlegen, damit uns allen bewusst wird, wie die

(Wolfgang Kubicki)

jetzige Haushaltsbruchbude aussieht und wie verheerend die gegenwärtige Politik von SPD und Grünen auf Schleswig-Holstein wirkt. Hierzu ein längeres, höchst aktuelles Zitat:

„Weltweit vollzieht sich ... ein rasanter ökonomischer Strukturwandelungsprozess. Neue Produktionstechnologien wurden entwickelt, neue Produktionskonzepte sind entstanden. Marktlagen haben sich verschoben und die verstärkte internationale Konkurrenz führte zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses. Wir befinden uns ... inmitten eines Prozesses der Verschiebung ganzer Branchen- und Unternehmensstrukturen in Europa und weit darüber hinaus. Heute wird ... über die ökonomische Zukunft ... des beginnenden Jahrtausends ... entschieden.

Unser Land ist für die Herausforderungen ... nicht ... gerüstet. Während andere Bundesländer längst dabei sind, den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel zu gestalten, wurde bei uns wirtschafts- und strukturpolitische Abstinenz geübt und durch fleißige PR-Arbeit versucht, den Menschen bittere Wahrheiten vorzuenthalten.“

(Beifall bei FDP und CDU)

- Ich sage rein vorsorglich: Ich bin immer noch beim Zitat.

„Am Beginn eines politischen Neuanfangs in diesem Land muss zuallererst eine schonungslose Bestandsaufnahme stehen. Das Ergebnis ... ist ... erschütternd. Es liegt kein Konzept vor, wie unser Land angesichts der dargestellten ökonomischen Entwicklung neue Produktionsbereiche und neue Zukunftsmärkte erschließen kann. Es liegt ... keine Analyse der Produktionspotenziale des Landes und ihrer möglichen Entwicklungsfähigkeit vor.

... Statt über zukunftsorientierte Qualifikationsprofile nachzudenken ... wurde Bildungspolitik ... mit ideologischen Waffen geführt. Welche Zukunftsaufgaben den Hochschulen bei der Verbesserung der technologischen Basis unseres Landes, beim Transfer von Wissen aus den Hochschulen in die Betriebe zu kommen, wurde nie systematisch analysiert; eine langfristige, den ökonomischen Bedürfnissen angepasste forschungs- und technologiepolitische Planung existiert nicht.

... In der Regionalpolitik gibt es weder für die Westküste noch für den Landesteil Schleswig

Konzepte, wie die regionale Wirtschaftsstruktur dort verbessert, die Ansiedlungsattraktivität erhöht und Unternehmensgründungen stimuliert werden können.“

(Beifall der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Lars Harms [SSW])

„... Die finanzpolitische Bilanz korrespondiert mit der wirtschafts- und strukturpolitischen. Die ... Schulden [sind] ... eine Katastrophe ... Dahinter stehen horrende jährliche Neuverschuldungen ... Damit hat uns die ... [Landes]regierung in die Nähe des § 18 Landeshaushaltsordnung gebracht: die Nettokreditaufnahme droht die Investitionen zu übersteigen - das Absolute an jeder Bewegungsfähigkeit.“

(Claus Ehlers [CDU]: Das ist eine Bankrotterklärung!)

„Die Dramatik dieser Entwicklung wird besonders deutlich, vergleicht man die Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer; hier liegt Schleswig-Holstein ... bereits höher ... [als die anderen] Länder. Die ... [Landes]regierung hat mit dieser Verschuldung einen Treibsatz gelegt, der sich für unsere wirtschaftliche Zukunft als bösartiger Sprengsatz erweist ... Das ‘Hauptbuch der Nation’ wird der Haushalt genannt. Die ... [Landes]regierung und die Mehrheitsfraktion[en] haben daraus eine Schülerkladde gemacht: ... Die ... [Landes]regierung hat eine Haushaltspolitik betrieben, die jeder Beschreibung spottet. Sie hat den Handlungsspielraum des Landes wie durch eine Garotte eingeschnürt. ... Angesichts dieser desolaten Finanzlage hat uns die ... [Landes]regierung eine Haushaltskonsolidierung auch bei äußerster Sparsamkeit auf längere Zeit unmöglich gemacht.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Beschreibung der verheerenden Wirkungen von über einem Jahrzehnt verfehlter Regierungspolitik trifft die heutige Situation Schleswig-Holsteins genau. Sollten Sie glauben, das Zitat sei jüngst entstanden, muss ich Sie enttäuschen. Abgeliefert wurde diese Beschreibung vor über 13 Jahren. Sie stammt aus der Antrittsregierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm vom 28. Juni 1988.

Seitdem hat sich einiges geändert und einiges ist gleich geblieben. Geändert haben sich die Zahlen: Sie sind noch schlimmer geworden. Nicht verändert haben sich die grundlegenden Erkenntnisse: Die Finanzpolitik gleicht einer Bruchbude und keinem soliden Gebäude.

(Wolfgang Kubicki)

Deshalb ist das Zitat höchst aktuell. 13 Jahre sozialdemokratische Regierung und fünf Jahre partielles Mitwirken der Grünen: 13 politisch verschenkte Jahre für unser Land und die Menschen, die hier leben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das geringste Wirtschaftswachstum aller westdeutschen Flächenländer, dafür die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, finanzpolitisches Chaos und bei der Landesregierung kein politisches Konzept, wie man der Probleme Herr oder Frau werden könnte - das ist die Lage, in der wir heute über den Haushalt 2002 diskutieren.

Dazu kommt die Rezession. Lieber Kollege Hay, die **Rezession** ist da, sie zeichnet sich seit einem halben Jahr ab und wurde durch die psychologischen Wirkungen der Anschläge des 11. September nur verstärkt. Sie wird tiefer und länger sein, als viele Hoffnungsträger mit Blick auf die USA heute glauben wollen. Diese Rezession begrenzt die finanziellen Handlungsspielräume zusätzlich. Das trifft Schleswig-Holstein besonders schlimm, weil die Landesregierung in den vergleichsweise besseren Jahren nicht vorgesorgt hat. Damit hat die sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrlich die eigene strategische Zukunftsfähigkeit eindeutig unter Beweis gestellt. Angeblich soziale Erfolge unterstützen diese These, so zum Beispiel die geplante Kürzung des **Landesblindengeldes**. Ich werde hier noch auf einen Punkt zurückkommen, der mich in diesem Zusammenhang wirklich bewegt, nicht nur wegen der Blinden, sondern wegen der Disparität in der Frage, wie Ausgaben getätigt werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige kurze Zitate der Hauptverantwortlichen für diese Misere führen uns das zentrale Dilemma der Regierungspolitik deutlich vor Augen. Am 10. Mai 2000 erklärte Ministerpräsidentin Simonis hier im Landtag - - Man kriegt hier nicht einmal mehr Wasser.

(Lothar Hay [SPD]: Das hat sie nicht erklärt! - Heiterkeit)

- Nein, das hat sie nicht erklärt. Ich höre vom Präsidenten, links sei das Wasser.

(Unruhe)

Die Ministerpräsidentin erklärte am 10. Mai 2000:

„Auf dem Weg in die globale Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft machen wir Schleswig-Holstein stark für den Wettbewerb in Deutschland, Europa und in der Welt. Wir

werden die Chancen des Strukturwandels offensiv nutzen und die Stärken unseres Landes weiter ausbauen.“

Die **wirtschafts- und finanzpolitische** Lage war Anfang 2000 konjunkturell zwar besser als heute, aber im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern standen wir im mittelfristigen Vergleich genauso schlecht da wie jetzt. Das übersah die Ministerpräsidentin geflissentlich.

Am 12. Januar 2001 erklärte Heide Simonis zum Jahresauftakt:

„Dabei wird die Landesregierung auf die Stärken des Landes und seiner Menschen setzen und damit die Chancen für Schleswig-Holstein weiter ausbauen.“

Die tatsächliche wirtschaftliche Lage im Land beschrieb die „Kieler Nachrichten“ am 2. Januar 2001 mit der Überschrift: „Der Norden hält nur mühsam mit“.

Im Mai 2000 wollte die Landesregierung das Land noch stärken, im Januar 2001 verabschiedete sich die Ministerpräsidentin aus der Verantwortung und reichte die Aufgabe an die Bürgerinnen und Bürger weiter, ohne allerdings die regierungsbedingten Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Vergleichen wir die Erklärungen von Björn Engholm und Heide Simonis: Björn Engholm erkannte die Wirklichkeit und zog logisch und empirisch begründete Schlüsse, über deren Details sich selbstverständlich trefflich streiten ließ, aber das ist das Wesen der Demokratie. Die Ministerpräsidentin verkennt die Wirklichkeit bis heute, beschreibt ihre Wunschwelt in allgemeinen Phrasen und handelt mit Volldampf an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ist das zentrale Problem der Regierungspolitik: Sie verweigert sich der Wirklichkeit. Kollege Neugebauer, als Engholm damals die Denkfabrik eingerichtet hat, haben wir gesagt: Die finden wir überflüssig, weil wir denken, die Regierung denkt selbst. Das hat Heide Simonis, als sie Ministerpräsidentin wurde, erkannt und gesagt: „Wir denken selbst“, und hat die Denkfabrik abgeschafft. Heute müssen wir sie dringend einrichten, damit das Land Schleswig-Holstein seine Zukunftsfähigkeit behält.

(Beifall bei FDP und CDU)

Von Selbstzufriedenheit und Übermut umnebelt treiben Sie das Land weiter in den Ruin. Und jetzt, da der Wind der Wirklichkeit diesen Nebel abrupt vertreibt, verschlimmern Sie alles durch hektischen, unüberleg-

(Wolfgang Kubicki)

ten Aktionismus - siehe Anteilsverkauf bei der Landesbank, auf den ich noch zurückkommen werde.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!“)

„Arbeit, Bildung, Innovation: An morgen denken - heute handeln“ lautete die Ankündigung der Ministerpräsidentin letztes Jahr. „Ausverkauf, Blendung, Inkompetenz: Nur nicht denken - dafür falsch handeln“ beschreibt die tatsächliche Regierungspolitik.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf genauso wieder. Die **Neuverschuldung** sinkt nur, weil die Landesregierung der GMSH und damit sich selbst nichts mehr übertragen kann. Ohne Berücksichtigung der Luftbuchungen des Immobiliendeals steigt die Neuverschuldung um über 8 %. Die Investitionsquote fällt weiter und nähert sich bedrohlich der 9-Prozent-Marke. Die Verschuldung steigt und die Investitionen sinken. Die Erblast wird größer, aber dafür werden die Voraussetzungen des Geldverdienens schlechter. Das ist Nachhaltigkeit made by Rot-Grün. Sie wollen es den Menschen möglichst schwer machen, die Erblast der Regierungssünden abzutragen. Damit muss Schluss sein. Wenn wir nicht zum Entwicklungsbundesland absteigen wollen, dann müssen wir den Haushaltsstall jetzt konsequent ausmisten, und zwar auf beiden Seiten des Haushalts, bei den Einnahmen und bei den Ausgaben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich denke, Sie wollen umbauen?)

- Herr Kollege Hentschel, dass Sie sich noch einmal zu Wort melden, freut mich; ich habe gar nicht mehr gewusst, dass es die Grünen überhaupt noch gibt.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

„Was tun?“ fragte sich Zeus, um die Tragödie beim Stall des Augias abzuwenden. Er beauftragte seinen besten Sanierer: Herkules. Der sanierte den Stall mit einem einfachen Konzept in einem Tag - wir werden zur Sanierung der Haushaltsbruchbude zwar länger brauchen, aber unser strategisches Konzept ist auch einfach. Es ist übrigens ein strategisches Konzept. Ich komme auf die Frage, was Strategie ist, noch zu sprechen. Wir müssen die Ausgaben kürzen, wir müssen uns auf die **Kernaufgaben** der Landespolitik beschränken und wir müssen die Schulden abbauen.

Das ist mittelfristig das einzig Erfolg versprechende Konzept. Denn unsere heutigen finanzpolitischen Probleme werden sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten allein durch die demographische Entwicklung so verstärken, wie es sich die meisten von uns heute noch nicht vorstellen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn wir diese Wolken am gesellschaftlichen und finanzpolitischen Horizont nicht schon heute berücksichtigen, dann könnten wir Schleswig-Holstein gleich in ein Pflegeheim für ruinierte Bundesländer einweisen lassen.

Das kommt für uns als Liberale nicht infrage. Wir stehen für eine tragfähige Wende, die unsere Landesfinanzen langsam aber stetig wieder auf ein tragfähiges Fundament stellt. Schleswig-Holstein kann und wird wieder im oberen Tabellendrittel mitspielen, aber nur, wenn wirtschafts- und finanzpolitische Vernunft die Politik bestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Ausgaben kürzen, damit die finanzpolitische Garotte gelöst wird, von der Björn Engholm sprach. Geldverdienen muss sich wieder stärker lohnen. Nur so können wir die Wirtschaftskraft und damit auch die Finanzkraft des Landes mittel- und langfristig stärken.

Wir müssen uns auf die **Kernaufgaben** des Landes konzentrieren: Bildung, innere Sicherheit und Investitionen in die Infrastruktur. In diesen Bereichen haben wir nicht nur die politische Kompetenz, sondern in diesen Bereichen werden auch die entscheidenden Fundamente für einen wachsenden Wohlstand geschaffen.

Wir müssen die **Schulden** abbauen, um finanzpolitischen Handlungsspielraum zu gewinnen, damit wir noch stärker in Bildung, innere Sicherheit und Infrastruktur investieren können.

Bei alledem müssen wir die wirtschaftliche Lage im Auge behalten, um die verbliebene **Wirtschaftskraft** des Landes kurzfristig nicht über Gebühr zu belasten. Genau an dieses Rezept halten wir uns bei unseren Vorschlägen.

Wir kürzen den Haushalt nur moderat, um die Konjunktur nicht zusätzlich zu schwächen. Wir konzentrieren die Ausgaben stärker auf Bildung, innere Sicherheit und Investitionen, um Schleswig-Holstein auf **Wachstumskurs** zu bringen. Wir verwenden zusätzliche Einnahmen im konjunkturell verträglichen Rahmen für die Senkung der Neuverschuldung, um die Hypotheken auf die Zukunft zu verkleinern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst zu den **Einnahmen!** Wir wollen Studiengebühren für Langzeitstudenten, die Landesbank verkaufen und die Nettoverschuldung um fast 80 % senken.

Der Einstieg in die **Studiengebühren** ist dringend notwendig. Erstens ist es nicht einzusehen, dass unsere Universitäten als kostenloser Parkplatz genutzt werden, um den Einstieg ins Erwerbsleben hinauszuzö-

(Wolfgang Kubicki)

gern. Wer das will, soll es tun, aber auch eine angemessene Parkgebühr zahlen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Deshalb schlagen wir eine Semestergebühr von 500 € ab dem 15. Fachsemester oder dem 20. Studiensemester vor. Ist eigentlich in diesem hohen Hause allen Beteiligten klar, dass es sich hierbei um mehr als 7000 Personen handelt? Wie können wir es eigentlich vertreten, bei den Gebühren für die Kindergärten und Kindertagesstätten immer draufzupacken, aber gleichzeitig diejenigen, die unser Sozialsystem auf diese Art und Weise missbrauchen und das Bildungsangebot auf diese Art und Weise kostenlos missbrauchen, von allen Gebühren und den finanziellen Folgen davon freizustellen?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das sind jeweils mehr als vier zusätzliche Semester über der jeweiligen Regelstudienzeit. 7.000 Personen machen davon in Schleswig-Holstein Gebrauch!

Wenn einige Leute sagen, sie würden ihre Einschreibung nur nutzen, um keine Sozialabgaben zahlen zu müssen, aber woanders arbeiten, sage ich klar: Dafür ist das Bildungssystem nicht da.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer gegen Scheinselbstständigkeit kämpft, muss auch hier einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der FDP)

Die Einnahmen sollen komplett den Hochschulen für Forschung und Lehre zur Verfügung stehen. Dies wird gesetzlich festgeschrieben, um die Hochschulen wenigstens etwas vor den klebrigen Fingern des Bildungs- und des Finanzministeriums zu schützen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU])

Zum Verkauf der **Landesbank**: Lothar Hay, Schleswig-Holstein braucht keine eigene Privatbank. Wir werden nur einen guten Preis erzielen, wenn wir schnell am Markt sind. Andere sind uns ein Stück voraus, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen und Bayern. Diesen Rückstand müssen wir jetzt aufholen. Sonst wird das wieder ein typisches Möller-Geschäft: Zögerliche, amateurhafte Trickerei, bei der nur die professionellen Käufer ein gutes Geschäft machen und die Bürgerinnen und Bürger des Landes die Zeche zahlen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU])

Ich wiederhole an dieser Stelle: In dem Rausch, als global player eine Bank zu besitzen, vergisst unser Finanzminister, dass er nur die Lizenz für die Regionalliga hat.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU])

Herr Kollege Möller, in diesem Geschäft spielen Sie mit Erwachsenen und Sie spielen mit dem Geld der Menschen aus Schleswig-Holstein.

Ich komme nun zu einigen Punkten, die mir sehr bedenklich erscheinen: Der Finanzminister ist ein Oberstrategie, ich nenne ihn einmal Foxtrott-Strategie: Vor, vor, links zur Seite, rück, rück, links zur Seite. Vor ein paar Jahren haben wir die **Investitionsbank** als strategisches Element in die Landesbank eingegliedert. Das war nicht ganz preiswert. Jetzt wird die Investitionsbank als strategisches Element wieder ausgegliedert. Das ist auch nicht ganz preiswert. Damit die Landesbank überleben kann, dürfen wir 500 Millionen DM als stille Einlage einzahlen, damit der global player weiter spielen kann.

Ich komme zu weiteren Merkwürdigkeiten, über die ich logisch und rational nachzudenken bitte: Ich habe der Presse entnommen, dass die Ministerpräsidentin erklärt hat - ich weiß gar nicht, wo sie Volkswirtschaft studiert hat -, vor einigen Jahren sei der Anteil der Landesbank von 50 %, den wir verkauft hätten, weniger wert gewesen als die 25 %, die wir heute noch verkaufen können. Also: Früher war die Landesbank 1 Milliarde DM wert, heute ist sie 5 Milliarden DM wert. Weil sich das so toll entwickelt hat, können wir jetzt ein tolles Geschäft machen. Meine spannende Frage ist die: Früher haben wir 50 % für 500 Millionen verkauft, jetzt hat sie sich toll entwickelt. Was wäre eigentlich passiert, wenn wir die 50 % nicht verkauft hätten. Dann könnten wir sie heute vielleicht für 2,5 Milliarden DM verkaufen?

(Beifall bei der FDP)

Ich höre den Finanzminister, der uns allen erklären will, dass sich die Bank so toll entwickelt hätte, weil damals die strategische Entscheidung getroffen worden ist, die 50 % zu verkaufen. Ich bin ganz begeistert. Herr Finanzminister, in allem Ernst: Fragen Sie Ihren Wirtschaftsminister. Außer bei den Bluechips und der aufblasbaren virtuellen Welt der New Economy gibt es überhaupt kein Unternehmen, bei dem es in einem Zeitraum von sechs Jahren eine Unternehmenswertsteigerung um den fünffachen Wert gegeben hat. Vielleicht erklärt jemand dem Finanzminister einmal, dass das gar nicht funktionieren kann. Entweder wir

(Wolfgang Kubicki)

haben damals die Anteile zu preiswert verkauft oder seine jetzigen Vorstellungen sind nicht richtig.

Ich will auf einen weiteren Punkt eingehen: Ich breche nicht die Vertraulichkeit. Ich werde dauernd angegriffen, wie ich auf die 1,6 Milliarden DM komme, die die **WestLB** für ihren Anteil verlangen könnte. Herr Finanzminister, das ist ein Dilettantismus, den es schlimmer gar nicht geben kann: Sie haben festgeschrieben, dass die 5 % 200 Millionen DM wert sind.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Kollege Neugebauer, die 5 % könnten sogar noch mehr wert sein. Bis zu 5 % sind 200 Millionen DM wert. Dann sind bis zu 40 % 1,6 Milliarden DM. Fünf mal acht sind 40, da kannst du sogar folgen! 200 mal acht sind 1,6 Milliarden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich in meinen Haushalt reinschreibe, von welchem Wert ich ausgehe, dann kann ich einen potenziellen Verkäufer nicht mehr reduzieren. Das nenne ich eine unglaubliche Geschichte bei der Wahrung der Interessen des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Auf weitere Punkte in diesem Zusammenhang will ich gar nicht eingehen. Das ist wirklich Verhandlungsgeschick, wie man es sich kaum vorstellen kann. Die Käufer können sich die Hände reiben. Wozu brauchen wir noch ein Wertgutachten?

Im Zusammenhang mit der Landesbank und den Sparkassen muss ich etwas einfügen, was sehr bedenklich ist. Hier erwarte ich irgendwann von der Regierung und allen Beteiligten eine Antwort. Als Strafverteidiger habe ich sehr viel dafür übrig, dass man mit Straftätern sehr sorgsam umgeht. Wenn sich das Folgende herausstellen würde, hätte ich dafür aber überhaupt kein Verständnis. Es würde mich an die Grenze meiner intellektuellen Leistungsfähigkeit bringen und mich sehr böse machen, wenn das, was bisher erklärt wurde, wahr wäre, dass die Kommunalaufsicht des Landes, die Sparkassenaufsicht und der Sparkassengiroverband einer Transaktion zugestimmt hätten, die darin besteht, dass die **Geldstrafen** und Bußgelder, die gegen Straftäter verhängt worden sind, übernommen wurden. Ich kann es mir nicht vorstellen. Kollege Neugebauer, wenn das so wäre, ist es mehr als ein Skandal, dass das Institut diese Strafen bezahlt. Ich werde dann weitere Fragen über Ihr Verhältnis - und auch das der Ministerpräsidentin - zur Landesbank stellen, die auch den Sparkassen- und Giroverband betreffen werden. Denn, Herr Minister, unabhängig von der Frage, wie man Steuerhinterziehung bewertet, sind es Straftäter,

und zwar verurteilte Straftäter, zumindest in einem Fall.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Das ist eine Frage an die Justizministerin: Wenn Sie als Land dem zugestimmt hätten, dann erwarte ich, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Auch künftig dürfen Geschäftsführer von Unternehmen, die an Umweltstraftaten beteiligt sind, um ihr Unternehmen zu retten, diese künftigen Geldstrafen als Betriebsausgaben absetzen. Ich will dann, dass Sie hier hinkommen und sagen: Dann dürfen auch künftig die Geschäftsführer der Unternehmen, die von korrupten Beamten gezwungen worden sind, sie zu bestechen, die Buß- und Straf gelder als Betriebsausgaben absetzen. Wenn nicht, werden sie vollständig unglaubwürdig. Mein Rechtsempfinden ist an dieser Stelle erheblich gestört.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich kann es dann auch nicht mehr vertreten, obwohl ich das will, dass auf der einen Seite man Verbänden und Initiativen, über deren Arbeit man streiten kann, zum Beispiel Initiativen zur Beratung in Frauenhäusern oder was auch immer, Gelder im 10.000 DM-Bereich kürzt, auf der anderen Seite aber 300.000 DM an Kundengeldern oder Geldern der öffentlichen Hand auf diese Art und Weise verarbeitet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Daher die Bitte, darauf hinzuwirken, dass man dies nicht einfach mit dem Mantel des Vergessens und der Nächstenliebe zu Weihnachten zudeckt.

Herr Minister, der Verkauf von nur 5 % der Anteile führt dazu, dass das Land jeglichen Einfluss auf die strategische Planung der Bank verliert und dass das Land für seine restlichen Anteile nur noch einen Trostpreis bekommt. Sie sagen, der SGV erwirbt dies. Ich weiß gar nicht, woher der das Geld nehmen will. Das werden wir noch sehen. Wenn wir demnächst feststellen, dass er sich in ein oder zwei Jahren mit dem niedersächsischen SGV verbündet oder mit ihm fusioniert - das ist ein tolles neues Wort - und wenn Sie sich die wirklichen Mehrheits- und Machtverhältnisse angucken, dann kann ich Ihnen sagen, wohin Sie mit Ihrer strategischen Überlegung gelangen. Früher kam Macht aus den Gewehrläufen, heute kommt sie vom Bankkonto. Die anderen haben auch strategische Überlegungen. Im Zweifel haben die die größere Potenz. Die haben mehr Fleisch auf den Rippen. Deren - nicht unsere - strategischen Überlegungen werden sich als überlegen erweisen. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir die entsprechenden Regelungsmechanismen einbauen.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Minister, das gilt im Übrigen auch für die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Sie wissen, dass Sie dann, wenn Sie unter 75 % landen, bei der Gestaltung der Umwandlung in die Aktiengesellschaft vergleichsweise wenig Möglichkeiten haben, auf die vertraglichen Regelungen, die Satzung, Einfluss zu nehmen. Ich sage das, weil ich glaube, dass die Überlegung, die ganze Welt wartet auf den Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, etwas provinziell zu sein scheint, um an dieser Stelle Peer Steinbrück zu zitieren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir müssen verhindern, dass wir unsere **Sperrminorität** verlieren, oder wir müssen unsere Sperrminorität als Ganzes in die Verkaufsverhandlungen einführen. So einfach ist strategische Finanzplanung. Das macht übrigens jedes Unternehmen. Es gibt auch in den Reihen der Sozialdemokraten einige Unternehmensberater oder Anwälte: Das macht jedes Unternehmen, weil es weiß, dass es dann, wenn es diese Schwelle unterschreitet, bei den Preisverhandlungen eine schlechtere Position hat.

Herr Minister, am besten holt man sich zuvor noch den Vermögenswert zurück, der vor sechs Jahren an die WestLB verschleudert wurde. Die Erlöse, die wir erzielen, sollten die **Neuverschuldung** senken. Wir stellen nur etwas über 80 % des geplanten Erlöses für diesen Zweck ein. Wollten wir die vom Finanzminister schon zur Haushaltsdeckung eingeplanten 100 Millionen € auch in die **Schuldensenkung** stecken, würden wir die Rezession mit massiven Kürzungen der Staatsausgaben verstärken. Das ist, wie gesagt, unangebracht.

Nun zu den **Ausgaben**: Wir wollen das **Bildungssystem**, die innere Sicherheit und die Investitionen stärken. Die PISA-Studie führt uns wieder einmal vor Augen, wie schlecht es um unser Bildungssystem bestellt ist. Ich will keine Schuldzuweisung betreiben, weil ich das albern finde. Wir müssen nach vorn und dürfen nicht nach hinten gucken. Die Debatte um die Stammzellenforschung verdeutlicht, wie Deutschland sich von der Spitze der Forschungswelt abzumelden droht. Dabei sind die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen der entscheidende Faktor, der unseren Wohlstand sichert. Dieses Humankapital ist auch der entscheidende Faktor für die Bewältigung der Folgen der demographischen Entwicklung.

Damit dieses Kapital in einigen Jahren auch da ist, müssen wir jetzt etwas für das Bildungssystem tun. Deshalb schlagen wir vor: Wir wollen die Volkshochschulen stärken, damit sie die Aufgaben der Abendschulen übernehmen können und das Konzept des

lebenslangen Lernens noch besser mit Inhalt füllen können. Daher ergibt dies bei uns ein Plus von 2,1 Millionen €. Wir wollen die Tragödie des Unterrichtsausfalls mildern und deshalb mehr Lehrer für Haupt- und Berufsschulen einstellen. Da sind die Probleme am massivsten. Bei uns gibt es hier ein Plus von 50 Lehrerstellen.

Wir wollen den privaten Schulen die gleichen Möglichkeiten geben wie den staatlichen Schulen: plus 1,7 Millionen €. Teilweise ist es durch die Änderungsanträge von Sozialdemokraten und Grünen aufgefangen worden, für die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken will.

Wir wollen einen Unterrichtsergänzungsfonds für die Berufsschulen gründen, damit das duale Ausbildungssystem leistungsfähig bleiben kann: plus 2 Millionen €. Wir werden noch im Jahr 2002 erleben, wie dringend notwendig dies sein wird, weil wir entsprechenden Nachwuchs für die Berufsschulen zur Gewährleistung des Unterrichts gar nicht generieren können.

Wir wollen den **Wissenschaftsstandort** Schleswig-Holstein stärken und erhöhen deshalb die Forschungsmittel für unsere Universitäten, im Schwerpunkt bei den Universitätsklinika: plus 4,1 Millionen €. Zusätzlich entlasten wir das Umweltministerium von kaum zu bewältigenden Aufgaben gentechnischer Art und geben das Geld lieber dorthin, wo auch lohnender Output zu erwarten ist - an die Universität in Kiel -: plus 360.000 €.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist ein Investitionspaket für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die innere Sicherheit verbessern, und zwar nicht durch immer neue Anforderungen an **Polizei** und Justiz. Die Sicherheitsbehörden sind schon zu schwach ausgestattet, um die jetzigen Aufgaben zu erfüllen. Die Bugwelle der Überstunden wird immer größer. Wie sollen zusätzliche Aufgaben dann die **Sicherheit** der Menschen im Lande erhöhen?

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Herr Kollege Hay, auch wir schließen uns selbstverständlich dem Dank an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an. Aber wohlfeile Worte machen auf Dauer nicht satt und retten auch keine Familien.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Dank dafür, dass einige Beamtinnen und Beamte seit Anfang des Jahres nahezu kein Wochenende mehr zu Hause bei der Familie verbringen durften, wird

(Wolfgang Kubicki)

dann ziemlich hohl, wenn diese Familien daran zu zerbrechen drohen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Nein, wir halten uns an die Vernunft: Mehr Sicherheit entsteht durch Abbau von Vollzugsdefiziten, und Vollzugsdefizite werden kleiner, wenn mehr gut ausgestattete Beamte vollziehen können. Deshalb wollen wir über 60 zusätzliche Angestellte für die Polizei jetzt und nicht erst in drei Jahren einstellen. Diese Angestellten lösen dann Polizisten im Verwaltungsdienst ab, damit diese Polizisten wieder Vollzugsdienst leisten können. Die Mittel für die Ausstattung werden durch uns entsprechend erhöht.

Außerdem muss die Attraktivität des Polizeidienstes an die Anforderungen des Berufs angeglichen werden. Wir brauchen endlich größere Schritte bei der zerteilten Laufbahn in der Polizei.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb fordern wir den Einstieg und fördern ihn mit 3 Millionen €.

Zu den **Investitionen. Humankapital** ist der entscheidende Faktor für unsere Zukunftsfähigkeit. Humankapital ist mobil. Es wandert dorthin, wo es die günstigsten Bedingungen findet. Frische Luft, Frau Ministerpräsidentin, reicht dazu nicht aus. Wir brauchen vor allen Dingen auch eine gute Infrastruktur. Wir begrüßen es daher sehr, dass das Wirtschaftsministerium mehr in das Verkehrssystem investieren will. Deshalb konzentrieren wir unsere Investitionssteigerungen im Bereich der Landwirtschaft.

Die neu eingeleitete Welthandelsrunde und auch die Erweiterung der EU werden in den nächsten Jahren für die Öffnung unserer protektionierten Agrarmärkte sorgen. Deshalb investieren wir jetzt, um darauf vorbereitet zu sein.

Nicht nur das Land investiert in die Infrastruktur, auch die **Kommunen**, aber die Landesregierung nimmt ihnen dringend benötigtes Kapital weg. Aber das Land sollte seine Finanzprobleme nicht auf dem Rücken der Kommunen aussitzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb fordern wir, die Entnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich ab sofort zu unterlassen und das bis jetzt entwendete Kapital verzinst zurückzuzahlen: plus 15 Millionen € für unsere Kommunen. Ich sage an dieser Stelle noch einmal, Lothar Hay: Wir müssen das Verhältnis von Land und Kommunen auf neue Beine stellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir müssen bei einer ernsthaften Debatte über die Freigabe der Standards nicht nur an Kostensenkungen denken - dies kann es auch sein; wir reden doch immer von Effizienzsteigerungen -, sondern wir müssen vor allen Dingen auch wieder daran denken, den kommunalen Entscheidungsträgern, den ehrenamtlich Tätigen, wieder mehr Entscheidungsspielraum zu verschaffen, denn sonst bekommen wir keine Leute mehr für diese Bereiche.

(Beifall bei FDP und CDU)

Selbstverständlich können wir die Kostentragungslast bei den **Kindertagesstätten** anders als gegenwärtig regeln und damit zugleich beiden Seiten dienen, ohne dass es eine Abschmelzung der Standards in diesem Bereich geben muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies sind die wichtigsten Vorschläge, mit denen wir Schleswig-Holstein wieder auf einen zukunftssträchtigen Kurs bringen wollen. Wir finanzieren diese Vorschläge durch Kürzungen bei Haushaltsansätzen für Überflüssiges oder für derzeit nicht Dringliches, auch wenn das für die Betroffenen selbstverständlich schmerzhaft ist. Aber Haushaltsansätze alleine reichen nicht aus. Auch die Organisation der staatlichen Aufgabenerfüllung und der Umfang rechtlicher Regulierungen haben großen Einfluss auf die Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft. Hier geht es um zwei Dinge: Erstens die Effizienz staatlichen Handelns und zweitens die Effektivität staatlichen Handelns. Bei der Effektivität geht es darum, die richtigen Sachen zu machen, bei der Effizienz darum, die Sachen richtig zu machen.

In einem kleinen Land wie Schleswig-Holstein reicht eine **zweistufige Verwaltung** aus, um staatliche Aufgaben zweckmäßig zu erledigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

„Zweistufig“ heißt kommunale Ebene plus Landesebene. Wir fordern die konsequente Umsetzung dieses Konzepts und wollen damit im Umweltbereich beginnen. Die staatlichen Umweltämter werden aufgelöst und die Aufgaben, so weit möglich, den Kreisen und kreisfreien Städten übertragen. Wir rechnen hier mit Effizienzsteigerungen von 25 % oder 5,3 Millionen €.

Aber, wie gesagt, Haushaltsanträge und Reorganisation der öffentlichen Verwaltung reichen nicht aus, um Schleswig-Holstein auf Kurs zu bringen. Wir müssen auch die Regelungen überprüfen und zusammenstreichen, die sich nicht in Euro und Cent im Haushalt niederschlagen, aber trotzdem die Freiheit und damit die Leistungskraft der Menschen einschränken. Auch Gulliver wurde nicht mit einer großen Kette, sondern vielen kleinen Fäden wirkungsvoll gefesselt. Deshalb müssen wir nicht nur die Bruchbude der Landesfinan-

(Wolfgang Kubicki)

zen sanieren, sondern auch zügig große Mengen Regulierungsschrott auf der Müllhalde der Landesgeschichte entsorgen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dies ist heute nicht das Thema, aber es ist genauso wichtig wie geordnete Landesfinanzen.

Die Lage ist schon schlimm genug, wir müssen sie nicht dadurch verschlimmern, dass wir jetzt hektisch die Fassade der Landesfinanzbruchbude dürrig über-tünchen. Wir sollten den Augiasstall konsequent ausmisten, indem wir die Ursachen unserer Probleme aus der Welt schaffen. Die FDP schlägt dazu den Einstieg in das einzig zweckmäßige, wenn auch schmerzhaft Sanierungskonzept vor: weniger Geld ausgeben, dabei zu den Kernaufgaben der Landespolitik umschichten und Schulden abbauen.

Eigentlich müsste die Landesregierung doch wissen, wie es geht. Oder hat sie die Botschaft der von ihr beschäftigten PR-Agentur nicht verstanden? Es ist doch vom „Unternehmen Schleswig-Holstein“ die Rede, von dem wir ständig - jedenfalls virtuelle - Erfolgsbilanzen erhalten. Unternehmen stehen ebenso wie Länder und Regionen im Wettbewerb. Um diesen **Wettbewerb** erfolgreich bestehen zu können, müssen wir uns darauf ausrichten, die Wünsche potenzieller Kunden zu befriedigen, nicht unsere eigenen. Diese Regierung muss von der alten sozialistischen Vorstellung Abschied nehmen, sie entscheide auf Dauer darüber, was unter welchen Bedingungen zu welchen Preisen produziert wird, und die Kunden, die Unternehmen, die Bürgerinnen und Bürger hätten dies in Ermangelung einer Alternative zu akzeptieren. Wir müssen uns als Land diesem Wettbewerb stellen, das heißt schneller, besser, kostengünstiger sein und mehr Perspektiven als andere Regionen bieten, oder wir werden gnadenlos zurückfallen, mit allen Folgen für unser Wirtschafts- und Sozialgefüge. Wenn wir denn Wellnessstandort sein wollen - ich war gerade in einem Wellnessland wie Österreich; ich will es einfach einmal mit dem vergleichen, was dort tatsächlich passiert, und dem, was hier angekündigt wird -, dann muss ein entsprechendes auf die Bedürfnisse der potenziellen Nachfrage zugeschnittenes Angebot vorgehalten werden, und zwar nicht nur von der Regierung - die ist dafür gar nicht zuständig -, sondern vor allen Dingen von Unternehmen im Lande.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber es muss den Unternehmen im Lande die Möglichkeit eröffnet werden, sich genauso zu positionieren. Dann muss man auch verhindern, Herr Wirtschaftsminister - Sie wissen das; ich bin sehr dankbar für ein

auch für mich sehr informatives Gespräch, das wir geführt haben; auch ich kann, das muss ich wirklich sagen, noch dazulernen -, dass von drei Tagen Kur-zurlaub ein gesamter Tag auf Schleswig-Holsteins Straßen im Stau verbracht wird, sonst kommen die Kunden einfach nicht.

Wenn es denn stimmt, dass wir **Urlaubsland** sein wollen, dann stellt sich die Frage, warum die Ausbildung im Bereich Tourismus und Tourismusmarketing nicht konzentriert und erweitert wird, zum Beispiel am Standort der Fachhochschule Heide. Dann muss hier in Zusammenarbeit mit den großen Touristikunternehmen, den Carriern und den Veranstaltern, ein Ausbildungszentrum mit mehr als einem oder eineinhalb Lehrstühlen geschaffen werden.

Wenn es denn stimmt, dass Schleswig-Holstein im Bereich des wachsenden **Gesundheitsmarktes** seine Position ausbauen kann, dann muss eine Konzentration der medizinischen Ausbildung, des medizinischen Angebots in Zusammenarbeit mit den Firmen der Medizintechnik erfolgen, wobei der Standort nicht unter regionalpolitischen, sondern unter kundenspezifischen Gesichtspunkten gewählt werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es denn stimmt, dass das Image eines Unternehmens, eines Landes auch davon geprägt wird, wie innovativ es sich zeigt, dann ist die Debatte oder besser gesagt die Nichtdebatte über die Frage, ob und wie wir Gen- und Stammzellenforschung in Schleswig-Holstein generieren, atemberaubend kontraproduktiv. Wer seine Kompetenz- und Produktfeder, so wie es die gegenwärtige Landesregierung tut, ständig selbst in Frage stellt, darf sich nicht wundern, dass die Kundennachfrage stagniert oder zurückgeht.

Herr Präsident, wir werden, habe ich vernommen, im nächsten Jahr eine Landtagsreise nach China machen.

(Lothar Hay [SPD]: Nicht der ganze Landtag, um Gottes Willen!)

- Wir, der Landtag, durch seine herausragenden Repräsentanten in Form der Fraktionsvorsitzenden, des Präsidenten und weiterer weniger ausgesuchter Persönlichkeiten!

(Heiterkeit)

Ich will die Debatte über den Transrapid gar nicht führen. Aber unter den Gesichtspunkten von Marketing und Imagebildung ist es vergleichsweise komisch, dass wir möglicherweise in der Nähe von Schanghai in

(Wolfgang Kubicki)

den Transrapid einsteigen, der in Deutschland entwickelt worden ist, und bei uns gibt es keinen.

(Holger Astrup [SPD]: Sie können auch ins Emsland fahren!)

Unter dem Gesichtspunkt der **Imagebildung** ist es extrem kontraproduktiv, dass uns gesagt werden kann: Ihr wart das einzige Bundesland, das gegen die Einführung einer solchen Strecke geklagt hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man muss sich heute einmal mit den Unternehmen ADtranz und Siemens unterhalten. Die Chinesen sind gar nicht blöd. Die sagen jetzt: Wir bauen die Werke für die Produktion dieser Einrichtungen bei uns und übernehmen die weltweite Vermarktung - und die Siemens-Manager und -Ingenieure kommen in diese Werke gar nicht mehr rein.

Ich will damit nur Folgendes sagen. Da entwickelt sich im asiatischen Raum wieder etwas an uns vorbei für etwas, was hier erdacht und entwickelt worden ist und die Wertschöpfung daraus gibt es woanders. Es gab dafür schon viele glorreiche Beispiele. Ein Land wie Schleswig-Holstein, klein und schlau, das von seinem Image lebt, muss, wenn es Leute attrahieren will, aufpassen, dass es nicht das Image erhält, innovationsfeindlich zu sein.

(Beifall bei der FDP - Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Den **Wissenschaftsstandort** Schleswig-Holstein gibt es überwiegend nur noch in regierungsamtlichen Verlautbarungen und in nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Parlamentsdebatten. In Wirklichkeit - das belegt nicht nur die PISA-Studie - sind wir bereits weit zurückgefallen. Dazu passt eine Meldung, die heute dpa auf den Markt gebracht hat, 09:06, Kiel:

„Die Professoren der Universität Kiel werben im Durchschnitt weniger Drittmittel von privaten und öffentlichen Einrichtungen ein als ihre Kollegen im Bundesgebiet insgesamt. Der Bundesdurchschnitt lag nach den jüngsten Angaben des Statistischen Landesamtes von Mittwoch 1999 bei 200.100 Mark ... Die Kieler Uni kam je Professorenstelle auf 173.400 Mark. Am erfolgreichsten waren die Professoren der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen mit durchschnittlich 603.800 Mark.“

Man mag das beklagen. Aber das ist symptomatisch. Auch an dieser Stelle sage ich: Wer dazu beiträgt, dass herausragende Wissenschaftler mit weltweitem Ruf das Land verlassen und das als Ausweis einer erfolg-

reichen Bildungspolitik betrachten, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden, Frau Ministerin. Wir müssen solche herausragenden Leute bei uns attrahieren. Sie müssen zu uns kommen und hier sein, damit wir auf diese Art und Weise neue Leute an Schleswig-Holstein binden können. Nur dann werden wir erfolgreich sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn wir jetzt nicht alle Anstrengungen unternehmen, unser Land wirklich offensiv im internationalen Wettbewerb zu positionieren, werden wir auch im Verhältnis zu anderen Regionen Deutschlands und Europas erleben, dass deren Rücksichtnahme auf unsere Zögerlichkeit, auf unsere Zurückhaltung und auf unsere mangelnde Wahrnehmung von Chancen eher begrenzt sein wird. Es bedarf eines Umstuerns in der Landespolitik. Es bedarf des Initiiertens einer Aufbruchstimmung, der Vermittlung einer optimistischen Entwicklungsperspektive. Rot-Grün - dies haben die letzten Jahren zur Genüge bewiesen - ist dazu nicht in der Lage. Um in der Sprache der Wirtschaft zu bleiben: Frau Ministerpräsidentin, Sie betreiben eine falsche Modellpolitik.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich neue Gäste begrüßen: Neben den Damen und Herren des Blinden- und Sehbehindertenverbandes haben wir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer der Realschule Büchen und der Beruflichen Schule am Schützenpark in Kiel. - Herzlich willkommen Ihnen allen auf der Tribüne!

(Beifall)

Ich erteile jetzt dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Herbst letzten Jahres dachte ich noch, 2001 würde ein ruhiges und einfaches Jahr werden, ein Jahr der Konsolidierung, ein Jahr, in dem keine Wahl stattfindet und in dem in Ruhe und Kontinuität wichtige Reformvorhaben für dieses Land angepackt werden können, und die Sanierung des Landes einen Schritt vorankommt.

Nach diesem Jahr staune ich, dass einige meiner Vorredner so geredet haben, als könnte man die Haushaltsrede vom letzten Jahr einfach wiederholen. Insgesamt möchte ich vier neue Herausforderungen nennen,

(Karl-Martin Hentschel)

die dieses Jahr verändert haben und die diesen Haushalt massiv geprägt haben. Das erste dieser vier Ereignisse - von einigen ist es schon fast vergessen worden - waren BSE und seine Folgen, das zweite ist New York - das ist uns noch ganz gegenwärtig -, das dritte sind die Wirtschaftsentwicklung und die Steuereinnahmen und das vierte - ganz aktuell - sind die Bildungsdiskussion und PISA. Diese vier Ereignisse haben den Landeshaushalt in einer Weise geprägt und verändert, die vor einem Jahr noch niemand geahnt hätte.

Ich beginne mit dem Stichwort BSE. **BSE** hat die Einstellung zur Landwirtschaft nachhaltig verändert. Ich weiß, dass es hier einige gibt, die immer noch glauben, dass das nur eine vorübergehende Krise gewesen sei. Aber ich sage Ihnen: Sie irren sich.

Die Landesregierung hat zum Glück wichtige Konsequenzen gezogen und ist nicht dieser Meinung. Das ist gut so. Dafür danken wir der Landwirtschaftsministerin.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Renate Gröpel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Die Förderung für ökologische Landwirtschaft wurde fast verdoppelt, die Vermarktung wird besser gefördert, die einzelbetriebliche Förderung wird neu gestaltet. Das alles ist kein einfacher Prozess. Wenn in den nächsten Jahren die **Modulation** bei den EU-Subventionen, die es endlich ermöglicht, von der produktbezogenen Förderung wegzukommen, schrittweise ausgeweitet wird, dann ist das eine große Chance. Aber ich weiß auch: Es bereitet dem noch rot-blonden Staatssekretär Altmann auch heute schon zumindest virtuelle graue Haare, wenn er daran denkt, dass er angesichts der Knappheit der Mittel die Kofinanzierung hinbekommen muss.

Das zweite Stichwort, das diesen Haushalt prägt, ist New York. Die Ereignisse von **New York** konnten und durften auch an unserem ruhigen Land nicht spurlos vorübergehen. Sie mussten auch bei uns Konsequenzen haben, die von der Landesregierung für die Polizei, für die Justiz, für den Verfassungsschutz und für den Katastrophenschutz richtigerweise gezogen wurden und die in weiten Teilen einmütig von allen Fraktionen unterstützt werden.

Zugleich ist der Haushalt ein wichtiger Schritt, um die sowieso angespannte Situation der **Polizei** zumindest mittelfristig zu entspannen, kurzfristig zunächst einmal durch die Vergütung von Überstunden. Dass es gelungen ist, wichtige Ausrüstungsvorhaben endlich anzupacken, wie die Ausstattung mit neuen Dienstwagen, die Ausrüstung mit individuellen leichten Schutzwesten und bald auch mit modernen PCs, ist ebenfalls

erfreulich und wird von uns ausdrücklich unterstützt. Denn wir wollen eine gut ausgestattete, gut ausgebildete, motivierte und bürgerfreundliche Polizei. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität in diesem Land.

Dass die CDU hier eine Pirouette dreht und zu den von Minister Buß vorgeschlagenen neuen Stellen noch ein paar Millionen DM drauflegen will, betrachte ich eher mit einem gewissen Schmunzeln. Irgendwas musste die Opposition ja vorschlagen. Peinlich ist allerdings, wenn diese Mehrausgabe von 6 Millionen DM durch eine globale Minderausgabe im gleichen Haushalt von 5 Millionen DM gegenfinanziert wird.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Da endet bei mir das Verständnis für solide Haushaltsvorschläge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ihre Vorschläge werden vorgelegt nach dem Motto: Ich hebe die Polizeianwärterbezüge finanziell an und nehme dafür den Revieren Computerschränke und Papier weg. Das ist keine neue Haushaltspolitik.

(Klaus Schlie [CDU]: So ein Blödsinn! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie bisher gemacht! Das war bisher Ihre Politik! - Klaus Schlie [CDU]: Da haben Sie die Anträge verwechselt!)

Ein Wort zu den 45 Millionen, die Herr Kayenburg bei den Sachausgaben einsparen will! Ich habe eben noch einmal nachgeforscht, als er so lange geredet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Konzentrieren Sie sich auf das, was die Grünen wollen!)

Herr Kayenburg, Sie haben alle **5er-Titel** um 10 % gekürzt. Darunter fallen zum Beispiel allein 2,5 Millionen beim Straßenbau, den Sie ankurbeln wollen. Dann haben Sie beim Straßenbau um 2 Millionen erhöht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nicht richtig gerechnet!)

Eine Erhöhung um 2 Millionen wird finanziert durch eine Kürzung um 2,5 Millionen. Eine erstaunliche Maßnahme!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Noch erstaunlicher ist es, dass Sie bei den 5er-Titeln, wie zum Beispiel den Mieten für Liegenschaften, in Höhe von 10 Millionen kürzen und dann sagen, Sie

(Karl-Martin Hentschel)

sparten bei diesem 5er-Titel, und das, obwohl sie ihn bereits weggekürzt haben. Sie haben 1 Million doppelt gekürzt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kümmern Sie sich mehr um das, was die Grünen wollen!)

Das nenne ich keine solide Haushaltsführung. Ich wünsche Ihnen ganz viel Spaß in der Mittagspause, wenn Sie Frau Heinold - wie Sie versprochen haben - das alles erklären wollen. Sie ist eine verdammt gute Rechnerin. Sie haben niemanden dieser Art in Ihrer Fraktion. Ich wünsche Ihnen viel Spaß, wenn Sie versuchen, das klarzustellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sagen Sie mal was zu den grünen Positionen!)

Im Bereich der **Justiz** müssen neben den sowieso geplanten Investitionen auch aufgrund der aktuellen Ereignisse einige zusätzliche Maßnahmen bei den Haftanstalten, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten ergriffen werden. Auch dies ist im Haushalt finanziell gesichert.

Einige Anmerkungen zu den **Sicherheitspaketen!** Ich bin angesichts der aufgeregten Diskussion in den letzten Wochen sehr froh, dass wir hier in Schleswig-Holstein besonnen geblieben sind. Wir können stolz darauf sein, dass diese Landesregierung in den letzten Wochen ein Hort der Vernunft war und nicht diesem populistischen Hinterherrennen verfallen ist - von einer Verschärfung hier zu einer Verschärfung dort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

Auf Bundesebene und in vielen anderen Ländern ist ja zum Teil einfach der Diskussion hinterhergelaufen worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie taugen doch nur noch als Kanzlerstützungsverein!)

Wir haben in Schleswig-Holstein nur an einem ganz wichtigen Punkt eine Verschärfung beschlossen; wir haben nämlich in den letzten Wochen die **Rasterfahndung** als einzige Maßnahme beschlossen, weil sie notwendig ist und weil sie bundesweit durchgeführt wird. Wir haben sie auf vier Jahre beschränkt, was ich in dieser Situation für ein vernünftiges Vorgehen halte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben es des Weiteren vermieden, unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unnötig zu verschrecken und ihnen Angst einzujagen. Denn wenn

wir das täten, trüge das nicht zur inneren Sicherheit bei,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen Sie doch!)

sondern zum sozialen Unfrieden in diesem Land.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen Sie doch mit dem zweiten Sicherheitspaket gerade!)

Mit dem Blick auf einige kritische Kommentare, die in letzter Zeit von der gelben Seite des hohen Hauses in der Presse zu lesen waren, frage ich Sie: Wo waren denn die liberal regierten Länder in den letzten Wochen bei den Abstimmungen im Bundesrat?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo war Hamburg, wo war Hessen, wo war Baden-Württemberg?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rheinland-Pfalz!)

Ich habe sehr wohl die markigen Worte der FDP-Justizminister Mertin und Groll aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg in den Ohren, die vor der Verabschiedung des **Sicherheitspaketes II** von Schily warnten und sagten, so könne dies nicht durchgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU]: Regieren Sie in Berlin mit oder nicht? - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Und was haben die dann in den Ausschüssen im Bundesrat gemacht? - Während das rot-grüne Schleswig-Holstein in den Bundsratsausschüssen die eigene Bundesregierung kritisierte und Änderungsanträge stellte, boten die von der FDP mitregierten Länder die peinliche Veranstaltung, dass im Bundesrat alle vier einstimmig sogar für die Annahme der von den CDU-geführten Ländern vorgeschlagenen Verschärfungsmaßnahmen gestimmt haben. Wo war das rot-gelbe Rheinland-Pfalz? Und dann stellen Sie sich hin und sagen, dass sei Ihnen alles viel zu scharf. Peinlich, peinlich, Herr Kubicki!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wo haben Ihre Kolleginnen und Kollegen in einer Landesregierung auch nur ein Veto eingelegt?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sitzen Sie in der Bundesregierung oder wir?)

Angesichts dieser peinlichen Vorstellung schlage ich Ihnen etwas vor: Fahren Sie bitte nach Hamburg und erzählen Sie der Hamburger FDP, was Sie hier zu

(Karl-Martin Hentschel)

sagen haben! Dann kommen sie zurück und berichten uns, und dann staunen wir, was Sie dort erreicht haben!

Meine Damen und Herren, die dritte große Veränderung in diesem Land ist der Konjunkturreinbruch und der Einbruch bei der Körperschaftsteuer.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schuld Ihrer Berliner Kolleginnen und Kollegen!)

- Ja, natürlich, die Grünen haben den Einbruch bei der Körperschaftsteuer verschuldet! Danke, Herr Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Grünen sind Weicheier!)

Offensichtlich haben die großen internationalen Konzerne angesichts der bevorstehenden Steuerreform für Unternehmen im nächsten Jahr alle Verlustvorträge insbesondere aus ausländischen Investitionen geltend gemacht, um in diesem Jahr unterzubringen, was nur unterzubringen ist, weil die Verlustzuweisungen in diesem Jahr günstiger unterzubringen sind, als dies im kommenden Jahr der Fall sein wird.

Auch wenn wir in Schleswig-Holstein keine **Steuer ausfälle** hatten, weil unsere Wirtschaft vorwiegend mittelständisch geprägt ist, so werden wir doch über den Länderfinanzausgleich in diesem und im kommenden Jahr an den Mindereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe beteiligt. Das ist bitter. Herr Kayenburg, wir können uns gern darüber unterhalten, ob der **Konjunkturreinbruch** von Schleswig-Holstein ausgelöst wurde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Nein. Wenn man sich die Zahlen anguckt, sieht man, dass die Inlandsaufträge der Wirtschaft konstant sind, dass die Auslandsaufträge aber massiv um 20 % eingebrochen sind.

Deswegen bin ich im Gegensatz zu einigen hier geäußerten Auffassungen über die Wirtschaftspolitik des Landes der Meinung - die lässt sich letztlich durch die Statistiken bestätigen -, dass der Konjunkturreinbruch ein weltweites Phänomen ist - beginnend in Japan und in den USA -.

(Martin Kayenburg [CDU]: Eine grundlegende Erkenntnis, Herr Kollege!)

und dass wir als ein Land, das in hohem Maße auf Exporte angewiesen ist, natürlich auch in hohem Maße von diesem Wirtschaftseinbruch betroffen sind. Ich bin mit Ihnen, Herr Kayenburg, durchaus einer Meinung, dass es in dieser Situation keinen Sinn hat, prozyklisch zu reagieren, sondern dass es Sinn hat, vernünftig zu reagieren und jetzt zusätzliche Einnahmeausfälle nicht

durch neue Einsparungen gegenzufinanzieren. Es hat viel mehr Sinn, jetzt Ruhe zu bewahren.

Ich glaube auch, dass es Sinn hat, Investitionen vorzuziehen. Dazu brauchen wir keine neuen Investitionstitel, aber die **Investitionen**, die im Haushalt stehen, kann man vorziehen; dort kann man darauf achten, dass sie schnell abgewickelt werden, damit wir in diesem Winter für unser Handwerk und für unsere Bauwirtschaft das Notwendige tun, was zu tun ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Manfred Ritzek [CDU]: Überregulierung besteht, Herr Hentschel!)

Die vierte Veränderung, die die Koordinaten des Haushaltes geprägt hat, ist die **Bildungsdebatte**. Die nicht gerade schmeichelhaften Ergebnisse von PISA sind ja in aller Munde. Ich glaube - ganz ehrlich gesagt -, dass diese Studie ein heilsamer Schock war, und ich hoffe und bin guter Dinge, dass in den nächsten Jahren in diesem Bereich ein Ruck durch diese Gesellschaft gehen wird.

(Klaus Schlie [CDU]: Dann rucken Sie doch mal! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann rucken Sie doch einmal!)

Aber die Debatte wird nicht einfach werden. Wenn ich mir ansehe, dass Länder wie Finnland und Schweden ganz vorn liegen, Länder, in denen es keine Noten gibt, in denen es kein Sitzenbleiben gibt, in denen es kein dreistufiges Schulsystem gibt, dafür aber gute, ausgezeichnete Kindergärten, dezentral verwaltete Ganztagschulen, dann kann ich feststellen, dass wir Grünen in der Vergangenheit mit unseren Vorstellungen doch gar nicht so verkehrt gelegen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich möchte es mir aber nicht so einfach machen. Ich weiß auch, dass unsere real existierenden Gesamtschulen nicht die Lösung des Problems sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Deshalb bitte ich darum: Lassen Sie uns die Ergebnisse anschauen, uns nicht in die Schützengräben verkriechen! Ich erinnere nur an Frau Schavan, stellvertretende CDU-Vorsitzende, die als Erste sagte: Ja, über das Schulsystem darf man jetzt überhaupt nicht reden - das wäre eine völlige Missinterpretation - und über Ganztagschulen sowieso nicht.

Also, wenn man so an die Debatte herangeht, dann sollte man sie lieber gar nicht erst beginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Hentschel,

(Karl-Martin Hentschel)

wie ist das denn eigentlich mit Ihren eigenen Vorstellungen?)

Ich jedenfalls bin froh, dass wir in diesem Land, in dem wir im Koalitionsvertrag die Debatte über die Ganztagschulen als eines der ersten Länder angestoßen haben,

(Lachen bei der CDU)

eine Opposition mit einem Parteivorsitzenden haben, Herrn Wadehul, der sich eindeutig zu Ganztagschulen bekennt. - Danke schön, Herr Wadehul!

(Beifall der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU] - Dr. Johann Wadehul [CDU]: Gern!)

Ich hoffe, Ihre Partei bleibt dabei!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Über eines - damit sind wir wieder beim Haushalt - müssen wir uns klar sein: Die Verbesserung des Bildungssystems in den nächsten Jahren hat auch etwas mit Geld zu tun.

(Klaus Schlie [CDU]: Ach was! Das ist ja eine neue Erkenntnis!)

Das Bildungssystem wird sicherlich anders werden und es wird sicherlich auch teurer. Diese Ausgaben müssen seriös finanziert werden.

Ich bin sehr froh, dass wir für das nächste Jahr wieder 200 neue Stellen finanziert haben. Ich bin sehr froh und bedanke mich ausdrücklich bei der SPD-Fraktion,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie auch etwas Eigenes auf der Latte?)

dass es möglich geworden ist - trotz des ganz unterschiedlichen Zugangs zu dem Thema freie Schulen -, das Problem der **freien Schulen** so zu lösen, dass auch langfristig für die Zukunft eine tragfähige Lösung gefunden worden ist. Vielen Dank dafür an den Koalitionspartner!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Gern geschehen!)

Dass wir dazu noch einen Einstieg in die landesseitige Finanzierung der Ganztagsbetreuung an den Schulen wagen, darauf kann man stolz sein. Es bewegt sich etwas im Land. Wir werden im nächsten Jahr eine Diskussion führen müssen, die darüber hinausgeht, und zwar eine Diskussion, die auch das **Gesamtfinanzierungssystem der Bildungspolitik** in Bund und Ländern auf den Prüfstand stellt und neue Weichen stellt. Ich bin davon überzeugt, dass das im Bundes-

tagswahlkampf ein Thema sein wird. Dabei wird man zu ganz neuen Ergebnissen kommen, die man heute nicht voraussagen kann.

Eine letzte Bemerkung in Richtung Anke Spooren-donk! Liebe Anke, ich glaube, es ist während der Beratungen zum Haushalt sehr deutlich geworden, dass wir Grünen zur **Minderheitenpolitik** stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das gilt ganz besonders für die dänische und für die friesischen Minderheiten. Das gilt aber auch - das sage ich ebenfalls, Anke - für alle anderen Minderheiten in diesem Land. Meine Partei ist von ihrem Grundverständnis her eine multikulturelle Partei und ich weiß, dass wir darin beim SSW auch Unterstützung haben. Dafür bedanke ich mich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, abseits der vier großen Veränderungen, die diesen Haushalt prägen, gibt es eine ganze Reihe von Punkten, über die es sich lohnt zu reden. Wer über Bildung redet - das hat PISA sehr deutlich gemacht -, der muss auch über die **Jugendarbeit** und Kindertagesstätten reden. Da ist es natürlich eine wichtige Botschaft, dass auch in Zukunft von dieser Landesregierung viele wichtige Projekte mit Kindern und Jugendlichen gefördert werden, auch wenn es angesichts der Haushaltslage manchmal zu Kürzungen gekommen ist. Die PISA-Studie sagt uns auch, dass gerade die Erziehung und Ausbildung der Kinder in der Vorschulzeit entscheidend ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es mir eine große Freude - das sage ich ganz deutlich -, dass wir die Deckelung bei den Kindergärten wegbekommen haben. Wir werden diese Diskussion im nächsten Jahr neu führen müssen. Das wissen wir. Ich glaube und hoffe aber, dass nach den Ergebnissen von PISA endlich die teilweise von der kommunalen Seite losgetretene Diskussion - jedes Jahr neu - über die Abschaffung von Standards in den Kindertagesstätten und die Kürzungen im Kindertagesstättenbereich zu Ende ist und wir endlich begreifen, dass Kindertagesstätten pädagogische Anstalten sind, wo eine vorschulische Erziehung stattfindet,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo Deutschunterricht stattfinden muss und dass wir die **Kindertagesstätten** stärken müssen, wenn wir unser Bildungssystem verbessern wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] -

(Karl-Martin Hentschel)

Klaus Schlie [CDU]: Das machen die Kommunen in eigener Verantwortung! Dazu brauchen sie euch nicht!

Ich glaube, dazu sollten wir uns alle gemeinsam bekennen. - Den Beifall an dieser Stelle fand ich etwas mager. Das werde ich mir merken.

(Lachen bei der CDU)

Zur **Wirtschaftspolitik** nur so viel: Der Staat kann und darf nicht glauben, er dürfe die Wirtschaft selber betreiben. Deshalb sollte sich der Staat auf wesentliche Weichenstellungen konzentrieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Dazu gehört in Schleswig-Holstein vor allem die Förderung von zukunftsweisenden Technologien, von regenerativen Energien und des Tourismus, wo dringend etwas passieren muss. Ich weiß sehr wohl, dass es zum Teil sehr gute Gründe gibt, warum **Subventionen** auch in Zukunft nötig sein werden. Das gilt zum Beispiel für die Landwirtschaft oder die Werften. Aber sie sind bestenfalls die Ultima ratio, nicht ein erstrebenswertes Ziel.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt kann ich mal klatschen, das ist unglaublich!)

- Danke. Vielleicht klatschen Sie jetzt weiter. Das gilt auch für den Verkehr. Ich spreche jetzt alle Parteien an, von der subventionskritischen FDP über die in alle Richtungen spendable CDU bis hin zu unserem Koalitionspartner. Der **Verkehr** ist der hochsubventionierteste Wirtschaftsbereich überhaupt. Insgesamt - Kommunen, Land und Bund zusammengerechnet - dürften allein in Schleswig-Holstein jährlich etwa eine drei viertel Milliarde DM in diesen Sektor fließen. Kein Wirtschaftszweig verursacht so viel Flächenverbrauch, so viel Umweltprobleme und so viel Kosten. Hier lohnt es sich noch einmal grundsätzlich über die zukünftige Entwicklung nachzudenken.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß, dass wir damit eine Minderheitenposition vertreten. Ich glaube aber, dass mit dem Landesverkehrsplan, dem Bundesverkehrswegeplan, der LKW-Maut und der Debatte über die Fortsetzung der Ökosteuer im nächsten Jahr wesentliche Weichenstellungen getroffen werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vor allem mit der Ökosteuer!)

Ich freue mich auf die Diskussion.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie wäre es mal mit eigenen Vorschlägen!)

Ich bin der Überzeugung, langfristig müssen wir zu einer **kostendeckenden Eigenfinanzierung** des Verkehrs kommen. Das nutzt den Staatsfinanzen, das nutzt der Wirtschaft und das nutzt der Umwelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie sich denken können, findet bei einem Fraktionsvorsitzenden der Grünen der Haushalt des Umweltministers immer besondere Beachtung. Wir sind nicht der Meinung der Opposition, die die Umweltpolitik als Steinbruch zu betrachten scheint, aus dem man immer wieder mal einige Millionen herausbrechen kann.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Deshalb ist es erfreulich, dass es gelungen ist, die Eigenfinanzierungsquote dieses Haushaltes kontinuierlich anzuheben. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes, über den sich auch der Finanzminister freut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie beim **Naturschutz** sparen wollen, verkennen Sie, dass die Erhaltung unserer Natur in beachtlicher Weise zur Zukunftsfähigkeit des Landes beiträgt. Die gesunde Luft und vielerorts auch die intakte Natur sind erstens ein ganz wesentlicher Standortfaktor Schleswig-Holsteins. Sie sind zweitens eine der wichtigsten Einnahmequellen des Tourismus. Drittens ist eine zügige Entwicklung von naturgeschützten Gebieten nach Landes-, Bundes- und europäischem Recht die Voraussetzung für jede Zukunftsplanung, für jede Planung in der Fläche, vom Straßenbau über die Stadtentwicklung bis hin zu Gewerbegebieten. Sie bekommen heute keine vernünftige Planung mehr hin, wenn Sie keine vernünftige Naturschutzplanung haben. Wenn Sie das nicht erkennen, bremsen Sie alle Investitionen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

An dieser Stelle erinnere ich auch an die Debatte zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Über Organisationsformen kann man sehr viel streiten, wer aber zum jetzigen Zeitpunkt versucht, eine Debatte loszutreten, die die zügige Umsetzung dieser Richtlinie in Schleswig-Holstein gefährdet, der gefährdet auch alle wichtigen Planungen in der Fläche. Ich kann nur

(Karl-Martin Hentschel)

dringend davor warnen, erneut eine populistische Diskussion zu führen, wie wir sie bei FFH und der Vogelschutzrichtlinie hatten.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Das wird Ihnen nicht bekommen, das wird auf Sie selbst zurückfallen.

Ich stimme aber zu - das hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion angesprochen -, dass es weitere Schritte geben muss, vor allem im Bereich der **Funktionalreform**. Wichtig ist, dass das mit dem Thema Gebietsreform, Neuordnung der Kommunen und Städte und der Neuordnung der Kreise verknüpft wird. Nur wenn wir diesen Zusammenhang herstellen und zu zukunftsfähigen Gebilden kommen, werden wir die Probleme lösen können.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das bedeutet allerdings auch - das sage ich im Hinblick auf die Opposition -, diese Debatte kann nur erfolgreich geführt werden, wenn sie von allen Parteien im Landtag verantwortlich geführt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wer diese Debatte mit billigem Populismus nach dem Motto: Mein Dorf ist mein Dorf und daran darf ich nichts ändern! führt, schadet dem Land und wird dafür sorgen, dass sie zu keinem Erfolg führt. Davon bin ich überzeugt.

Ich komme nun zum schönsten Teil meiner Rede, er hat mir bei der Vorbereitung am meisten Spaß gemacht, zu den **Haushaltsanträgen der Opposition**.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich beginne mit den Anträgen der FDP. Gegen die Mehrausgaben der FDP im Bildungsbereich habe ich nichts einzuwenden.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Das sind alles wünschenswerte Forderungen: mehr Geld für die Volkshochschulen, für die Schulen und für die Hochschulen. Wünschenswert sind auch die zusätzlichen Mittel für den Wald. Warum Sie allerdings die Kürzungen bei den Uniklinika und bei der Landwirtschaftskammer rückgängig machen wollen, erschließt sich mir nicht. Diese Debatte haben wir in

der Vergangenheit ausführlich geführt und Sie haben sich damals auch selbst zu den Kürzungen bekannt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Interessanter aber ist, wie Sie das alles finanzieren wollen. Wenn ich mich nicht verzählt habe - ich habe nur einmal, nicht zweimal gezählt -, haben Sie an 125 Stellen im Haushalt den Geschäftsbedarf gekürzt. Das ist wahrlich eine differenzierte Aufstellung, aber da Sie das jeweils um 10 % gemacht haben, hätten Sie auch überall global kürzen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo ist jetzt Ihr Problem?)

Darüber hinaus behaupten Sie schlicht, die Sozialhilfe und die Ausgaben für Immigranten würden sinken und buchen 20 Millionen € um. Sie sagen aber nicht dazu, dass das Titel sind, die durch gesetzliche Leistungen gebunden sind. Sie machen keine Einsparvorschläge, sondern lediglich Warmwetterprognosen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die FDP sollte dann auch ehrlich sein und sagen, dass sie keinen Gegenfinanzierungsvorschlag hat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Reden Sie nicht immer dazwischen!

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geradezu genial finde ich Ihre Begründung zur Kürzung der Sozialhilfe um 17 Millionen €. Sie schreiben: Weniger Ausgaben wegen des sinkenden Bedarfs! Frau Ministerin Moser, das müssen Sie mitkriegen!

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das weiß sie schon!)

Herr Kubicki schreibt als Begründung für 17 Millionen € Kürzungen bei der Sozialhilfe: „Weniger wegen des sinkenden Bedarfs, da die Revision von ASH 2000 (...) so viel Erfolg verspricht, dass die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt signifikant sinken wird.“ Wow, ich gratuliere Frau Ministerin Moser zu diesem außerordentlichen Lob. Ich verstehe wirklich nicht, warum sie nicht selbst darauf gekommen ist, dass ihr Programm so erfolgreich sein wird. Klasse, so kann man zu Geld kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

(Karl-Martin Hentschel)

- Nein, jetzt keine Zwischenfrage.

Ich habe aber noch einen Vorschlag für Sie: Warum machen wir das Gleiche nicht mit dem Wirtschaftsminister und sagen, der Wirtschaftsminister hat neue Programme, die sind so erfolgreich, dass dadurch die Einkommensteuereinnahmen auf das Doppelte steigen. Damit können wir die gesamten Ganztagschulen finanzieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie doch mal eigene Vorschläge!)

Das wäre eine klasse Begründung gewesen, das hätten Sie reinschreiben sollen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Lars Harms [SSW])

Summa summarum: Herr Kubicki, abgesehen von den Kürzungen beim Naturschutz hat die FDP zur Finanzierung ihrer berechtigten Wünsche nur Luftbuchungen gebucht.

Wir kommen jetzt zur CDU, das ist viel schöner. Im Unterschied zu den Liberalen, die offensichtlich noch eine echte Schamswelle haben, hat die CDU nämlich weitaus großzügiger bei ihren Ankündigungen und Versprechungen gehandelt. Sie ist im ganzen Land rumgefahren und hat erzählt, was sie alles finanzieren will. Das habe ich mir natürlich ganz genau angeschaut und Frau Heinold hat es nachgerechnet. Das Ergebnis der Prüfungen ist abenteuerlich. Ich kann es Ihnen nicht ersparen:

Erstens. Sie haben den Kommunen versprochen, die Kürzungen in Höhe von 35 Millionen € beim **kommunalen Finanzausgleich** rückgängig zu machen. Sie haben aber keinen entsprechenden Antrag gestellt. Fazit: Sie haben den Mund zu voll genommen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Sie haben der Wirtschaft versprochen, sie würden die **Oberflächenwasserabgabe** wieder rückgängig machen. Kostenpunkt: 40 Millionen €. Sie haben aber keinen entsprechenden Antrag gestellt. Fazit: Sie haben den Mund zu voll genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Drittens. Sie haben der Polizei versprochen, Sie würden über die Erhöhungen des Sicherheitspakets von Herrn Buß hinausgehen und zusätzliche Mittel in den Polizeihauhalt einstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben wir!)

In der Antwort auf den Brief von Frau Heinold müssen Sie leider zugeben, dass Sie diese Erhöhung durch eine Kürzung von 5 Millionen € in demselben Polizeihauhalt gegenfinanzieren wollen. Es gibt keine Erhöhung. Fazit: Versprechen gebrochen. Auch hier haben Sie den Mund zu voll genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Viertens. Sie haben den Eltern versprochen, flächendeckend in die Einrichtung von **Ganztagschulen** einzusteigen, und das Konzept der Landesregierung aufs Schärfste kritisiert. Von den dann versprochenen 8 Millionen € Einstiegsfinanzierung haben Sie in Ihren Anträgen nicht einmal die Hälfte beantragt. Fazit: Sie haben den Mund zu voll genommen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Fünftens. Sie haben der Wertindustrie versprochen, dass Sie die **Werftenhilfe** auf den möglichen Höchstbetrag aufstocken wollen, also um circa 20 Millionen €. Sie haben aber keinen entsprechenden Antrag gestellt.

(Widerspruch bei der CDU - Heinz Maurus [CDU]: Er ist doch da!)

Nachdem Frau Heinold Ihnen das vorgeworfen hat, stellen Sie heute einen Antrag auf Erhöhung, aber nicht für 2002, sondern erst ab 2003; dann kostet es Sie für das nächste Jahr nichts. Und wieder haben Sie den Mund zu voll genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben wieder nichts kapiert! Das sind Verpflichtungsermächtigungen, Herr Kollege!)

Sechstens. Sie haben das Vorhaben der Landesregierung, 5 % der **Landesbank** zu verkaufen, als „Verschleuderung von Tafelsilber“ kritisiert. Kostenpunkt: 100 Millionen €. Sie haben aber keinen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Fazit: Sie haben wieder einmal den Mund verdammt zu voll genommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kayenburg, ich könnte noch weitermachen. Aber die Erwähnung der kleineren Versprechungen spare ich mir in dem Zusammenhang.

Viel interessanter ist es ja, wie Sie denn all die zusätzlichen Versprechungen finanzieren, zu denen Sie tatsächlich Anträge für den Haushalt gestellt haben.

(Karl-Martin Hentschel)

Immerhin haben Sie Haushaltsanträge zu den Hochschulen gestellt, die die Vorschläge der FDP, die ja - das muss man sagen - sehr bildungsaktiv ist, geradezu lächerlich erscheinen lassen. Herr Klug muss vor Neid geradezu erblasst sein, als er gesehen hat, was Sie für den **Bildungshaushalt** beantragt haben. Hinzu kommen Ihre Vorschläge für Mehrausgaben in zweistelliger Millionenhöhe für die Landwirtschaft, die Dorfentwicklung, den Straßenbau und den Küstenschutz. Das sind zusammen mehr als 50 Millionen €.

(Martin Kayenburg [CDU]: Alles durchfinanziert!)

Schauen wir uns an, wie die CDU das finanzieren will. Tatsächlich haben Sie außer einer Kürzung bei der Sozialhilfe, die Sie etwas intelligenter begründet haben als die FDP, nämlich fast gar nicht, keinen einzigen relevanten Kürzungsvorschlag zustande gebracht. Sie finanzieren fast alle ihre Mehrausgaben entweder durch Verkäufe oder durch globale Minderausgaben bei Sachmitteln und beim Personal. Wie das gehen soll, angesichts der Tatsache, dass in den allgemeinen Verwaltungen in den vergangenen fünf Jahren unter Rot-Grün bereits 1.000 von 10.000 Stellen abgebaut worden sind

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, verschoben haben Sie sie, nicht abgebaut!)

- Sie können das alles nachlesen! - und die Tarifierhöhungen aus den Personalkostenbudgets erwirtschaftet werden müssen, das erläutern Sie nicht. Wie Sie darauf kommen, eine Kürzung bei den Sachmitteln vorzuschlagen, die sogar zehnmal so hoch ist wie die, die die nicht gerade zimperliche FDP vorgeschlagen hat, erläutern Sie leider auch nicht. Das ist schwach. Auch da haben Sie den Mund zu voll genommen.

Mit Interesse habe ich im „Ostholsteiner Anzeiger“ in der letzten Woche folgende Aussage des Landrats Reinhard Sager gelesen - Zitat -:

„Die Mittel im Haushalt des Kreises werden nicht so weit gekürzt, dass keine Beförderungen mehr möglich sind: Eine Verwaltung muss noch atmen können.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein interessanter Satz. Dieser Reinhard Sager war im letzten Jahr noch finanzpolitischer Sprecher der CDU. Vielleicht wäre es besser gewesen, Sie hätten ihn als finanzpolitischen Sprecher behalten; er hat nämlich im letzten Jahr - das war eine kluge Sache - gar keine Haushaltsanträge gestellt, weil Sie all die Versprechungen nicht finanzieren konnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Rainer Wiegard [CDU]: Das war gelogen!)

- Herr Wiegard, vielleicht sollten Sie sich das nächste Mal mit Herrn Sager unterhalten, bevor Sie Anträge stellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war echt gelogen!)

So, damit ist das Thema Kayenburg für heute erledigt. Aber ich bin noch nicht fertig.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was noch bleibt, sind die Versprechungen des Parteivorsitzenden, Herrn Wadephul. Dieser Parteivorsitzende hat nämlich am 7. Mai 2001 gefordert, der Bund solle ein Familiengeld in Höhe von 1200 DM für die ersten drei Lebensjahre, von 600 DM vom vierten bis zum 17. Lebensjahr und von 300 DM vom 18. bis zum 27. Lebensjahr einführen. Da das, so hat er gesagt, nicht so schnell kommt, fordert er, das Land solle vorübergehend ein Landeserziehungsgeld in Höhe von 500 DM pro Kind einführen, so in drei schleswig-holsteinischen Zeitungen nachzulesen.

(Zuruf von der CDU: Gute Idee!)

Zugleich kritisierte Herr Wadephul, die Kindergelderhöhung der rot-grünen Bundesregierung - zur Erinnerung: zusammen 100 DM - als nicht ausreichend und erklärte, die CDU in Schleswig-Holstein sei mit ihren Forderungen - man höre - in der Familienpolitik im Bundesgebiet in einer Vorreiterrolle.

Sie können sich denken, dass wir nach diesen vollmundigen Ankündigungen des bundesweiten Vorreiters - hopp, hopp - Johann Wadephul nun auf Ihre Haushaltsanträge sehr gespannt waren. So hat denn auch Frau Heinold in ihrem Brief gespannt nachgefragt, wie denn nun Ihr Haushaltsantrag über 20 Millionen zu verstehen sei. Die Antwort ist echt erhellend. Das Wadephulsche Familiengeld sollte für Kinder im Schulalter ohnehin nicht gezahlt werden. Da die zur Verfügung stehenden Mittel aber trotzdem nicht ausreichen, hat man sich dafür entschieden, dass das Familiengeld für Kinder über drei Jahre nicht gezahlt wird. Damit hatte man schon einmal die Hälfte weg. Das aber reichte immer noch nicht. Daher hat man gesagt, dass man das Geld auch für Kinder unter drei Jahren nicht zahlen will, sondern erst einmal mit den Kindern im dritten Lebensjahr anfangen will. Als man dann festgestellt hat, dass das immer noch nicht reicht, hat man sich dafür entschieden, dass nicht 500 DM, sondern nur noch 400 DM gezahlt werden sollen. Als festgestellt wurde, dass es immer noch

(Karl-Martin Hentschel)

nicht reicht, hat die CDU gesagt: Wir gehen einmal davon aus, dass nur 55 % der Eltern das beantragen werden; denn die anderen merken gar nicht, dass wir das einführen. Da es aber immer noch nicht gereicht hat, hat Herr Wadephul gesagt: Wir machen einfach folgenden Trick: Wir fangen in dem ersten Jahr erst im Juli an; dann brauchen wir nur halb so viele Mittel einzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Der Abgeordnete Dr. Johann Wadephul [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Wadephul, setzen Sie sich hin! Ich bin noch nicht fertig.

Ich fasse zusammen: Herr Wadephul kritisiert die Kindergelderhöhung der rot-grünen Bundesregierung um 100 DM pro Kind und Monat. Stattdessen will er ein Landesfamiliengeld einführen, aber nur für die Hälfte der Kinder im dritten Lebensjahr und nur für ein halbes Jahr. Ich habe das einmal umgerechnet. Wenn wir das auf alle kindergeldberechtigten Kinder in Schleswig-Holstein umrechnen, dann entspricht das Wadephulsche Familiengeld einer Kindergelderhöhung von sage und schreibe 6,50 DM pro Kind und Monat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lothar Hay [SPD]: Immerhin!)

Das sind umgerechnet 3 € und 30 Cent. Mit 3 € und 30 Cent galoppiert der Vorreiter Johann Wadephul an die Spitze der Familienpolitik der CDU. Ich gratuliere Ihnen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, an sich ist die Lage zu ernst, um sich solchen Unsinn leisten zu können.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Wir stehen vor der schwierigen Situation, bei sinkenden Einnahmen - zumindest im Jahre 2001 war es so - und schwieriger Konjunktur die **Zukunftsausgaben finanzieren** und zugleich den **Haushalt sanieren** zu müssen. Das geht mit Luftbuchungen nicht, meine Damen und Herren von der Opposition, und auch nicht mit unseriösen Versprechungen. Wir haben es in Hamburg erlebt und wir haben es in Hessen erlebt, wo die CDU die Regierung übernommen hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und erfolgreich! - Martin Kayenburg [CDU]: Hervorragend!)

In beiden Ländern wurde der Haushalt erst einmal über die in der Verfassung festgelegte Grenze gefahren und dann hat man zugeben müssen, dass die Ver-

sprechungen selbst so nicht zu finanzieren waren. Vor einem solchen Weg kann man nur warnen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bleibe dabei: Wir werden dort sparen, wo es möglich ist. Der **Personalabbau** wird in allen Landesverwaltungen und Ministerien sinnvoll und zügig fortgesetzt. Ausnahmen wird es bei der Polizei, der Justiz und der Finanzverwaltung geben. Zuwächse gibt es nur in der Bildung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die **Förderprogramme** werden auch im nächsten Jahr heruntergefahren und alle Euros werden dreimal umgedreht, bevor sie ausgegeben werden. Dafür steht meine Fraktion.

(Lachen bei der CDU)

Aber ich werde nicht den Fehler wiederholen, den die rot-grünen Koalitionen in Hessen und Hamburg gemacht haben. Das sage ich Ihnen gleich, damit Sie sich nicht zu früh freuen. Wir werden die Sparpolitik nicht in den Bildungs- und Sicherheitsbereich ausweiten, wie es in Hessen und Hamburg passiert ist, weil die Leute gesagt haben: „Wir müssen ernst sparen“, und wie es der Steuerzahlerbund gemacht hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was sind Sie für ein Lügenbold! - Weitere Zurufe von der FDP)

Wir werden die Sparpolitik nicht auf den Bildungs- und Innenbereich ausdehnen, um dann abgewählt zu werden und eine Opposition ran zu lassen, die mit millionenschweren Wahlversprechen in die Wahl geht und anschließend jeden von uns eingesparten Euro zum Fenster herauswirft. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei CDU und FDP - Zurufe von der FDP)

Was notwendig ist für die Zukunft, muss finanziert werden: die Erziehung unserer Kinder, die Erhaltung unserer Natur, die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und unserer Arbeitsplätze. Dafür stehen wir und dafür verabschieden wir diesen Haushalt.

Meine Damen und Herren, wenn die Qualität eines Haushaltes umgekehrt proportional ist zur Qualität der Änderungsvorschläge der Opposition, dann kann uns die Qualität der Oppositionsanträge doch recht zufrieden stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn!

(Karl-Martin Hentschel)

- Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg
[CDU]

- Herr Kayenburg, ich kann Ihnen einmal erklären, was „umgekehrt proportional“ heißt. Zufrieden sollte man in schwierigen Zeiten aber nicht sein. Man kann es nicht sein und man darf es nicht sein angesichts der Finanzlage. Es gibt genug zu verbessern. Daran werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auch im neuen Jahr arbeiten.

Ich danke allen, die an dieser Arbeit in den letzten Monaten beteiligt waren. Ich bedanke mich bei der Regierung für die hervorragende Arbeit. Ich wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. Wir werden im nächsten Jahr wieder mit frischem Mut miteinander kämpfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]:
Gehen Sie jetzt schon?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt das Wort der Sprecherin Anke Spoorendonk. Nach der Rede werden wir in die Mittagspause eintreten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde anders beginnen. Mir fiel neulich im Fernsehen auf, wie krass der Kontrast doch war. Während der Bundeskanzler bei der Abschlusszeremonie der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg - zu Recht - von einer „historischen Vereinbarung“ nach den Jahren des Krieges und Terrors sprach und sich als Staatsmann feiern ließ, ging es in Berlin um den Bundeshaushalt für das kommende Jahr, der nach den Worten von Finanzminister Eichel „auf Kante genäht ist“ und sich sowohl mit der Talfahrt der Konjunktur als auch mit der wachsenden Krise auf dem Arbeitsmarkt auseinander setzen musste. Sozusagen aus der heimischen Provinz wurde dem Kanzler zugerufen, dass er selbst erklärt habe, dass er sich im Wahljahr 2002 vor allem an seiner Beschäftigungsbilanz messen lassen wolle.

Gerhard Schröder selbst hat die Messlatte so hoch gehängt. Es mag ja zutreffen, was in der Haushaltsdebatte im Bundestag gesagt wurde - ich glaube das -, dass nämlich die Bundesregierung in der Bilanz 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr aufweisen kann. Dennoch besteht kaum ein Zweifel daran, dass die wieder steigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen unsicheren Zukunfts-

aussichten die Menschen mehr als alles andere beunruhigen.

Dass die schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten von der internationalen Konjunkturschwäche oder gar Rezession stark beeinflusst sind, wird zwar niemand bestreiten, dass aber ein guter Teil der Probleme weiter hausgemacht ist, kann ebenfalls nicht infrage gestellt werden.

Das Wort **Reformstau** spielte bereits bei der letzten Bundestagswahl eine große Rolle. Für uns stellt sich die Frage, wie viel weiter wir gekommen sind. Obwohl die jetzige Bundesregierung in einigen Bereichen Reformen in Angriff genommen hat, die durchaus erfolgreich waren - Stichworte sind hier zum Beispiel die Rentenreform, das Staatsbürgerschaftsrecht oder der Atomausstieg -, kommen wir nicht darum herum, bei nüchterner Betrachtung darauf hinzuweisen, dass entscheidende Reformen entweder noch nicht in Angriff genommen oder nur zaghaft in Gang gesetzt worden sind.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms
[SSW] - Unruhe)

Das gilt für den Sozial- und Gesundheitsbereich, für den Arbeitsmarkt und nicht zuletzt auch ganz entscheidend für den Bildungsbereich, wie die so genannte PISA-Studie uns wieder einmal vor Augen geführt hat. Es ist ja nicht so, dass es keine Ideen gibt oder keine Initiativen gegeben hat, um endlich durchgreifende Reformen zu erzielen. Aber beispielsweise der Fall der ehemaligen Gesundheitsministerin Fischer zeigt, wie schwer es immer noch ist, in der Bundesrepublik tief greifende, aber notwendige Veränderungen im Gestrüpp der Interessen- und Verbandsvertreter durchzusetzen. Mit anderen Worten: Es ist immer noch leichter mit einem Ozeandampfer Pirouetten zu drehen, als die Strukturen in unserer Gesellschaft wirklich zu reformieren.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen
[SSW] - Unruhe)

Auch nach dreieinhalb Jahren Rot-Grün auf Bundesebene bleibt die Frage weitgehend unbeantwortet, wie unser **Sozial- und Wohlfahrtsstaat** im Zeichen der Globalisierung und Internationalisierung reformiert werden soll. Der so genannte „Dritte Weg“, den Tony Blair als Erster beschritt und den Bundeskanzler Gerhard Schröder nach eigenen Worten auch gehen will, ist weiter ohne klare Konturen. - Genau wie übrigens auch die von der CDU propagierte „Neue soziale Marktwirtschaft“, von der wir, seit sie aus der Taufe gehoben wurde, wenig bis nichts gehört haben.

Der reflexartige Ruf von selbst ernannten Experten oder von Politikern nach mehr Deregulierung und

(Anke Spoorendonk)

Privatisierung auf dem Arbeitsmarkt, im Energie- und Abfallbereich, im Verkehrssektor, sogar im Gesundheits- und Bildungsbereich, ja in nahezu allen Bereichen, die auch als so genannte Daseinsvorsorge eingestuft werden, als Antwort auf die ungelösten Probleme wird immer unüberhörbarer und gewinnt immer mehr an Gewicht.

(Anhaltende Unruhe)

So richtig es dabei ist, dass die einst voneinander abgeschotteten Nationalstaaten ihre sozialpolitischen Vorstellungen nicht mehr isoliert verwirklichen können, so richtig bleibt es aber aus unserer Sicht, dafür zu sorgen, dass bei der notwendigen Reformierung des Sozialstaates die drei großen „G“ - wie es der Sozialpolitiker Rudolf Dreßler bei seinem Ausscheiden aus dem Bundestag formulierte -, nämlich Gleichheit, Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit, weiterhin berücksichtigt werden.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Für uns heißt das ganz konkret, dass man Deregulierungen, Privatisierungen und einschneidende Reformen nur umsetzen und dann auch durchsetzen kann, wenn man für eine soziale und ausgewogene Balance in allen Bevölkerungsschichten sorgt. Die Verlierer der Modernisierung und Globalisierung dürfen nicht vergessen werden. Diese Forderung ist notwendig, damit wir nicht auf den Weg in eine Zweidrittelgesellschaft geraten. Genau an dieser Schnittstelle werden sich die Geister in Zukunft scheiden.

Beispiel Arbeitsmarkt: Wenn man einen **deregulierten Arbeitsmarkt** haben möchte, wo der Kündigungsschutz gelockert oder die tarifliche Bezahlung flexibler wird - wofür einiges spricht, um die Beschäftigung anzukurbeln -, dann kann man dieses Ziel nicht erreichen, ohne diejenigen abzusichern, die in einem verschärften Wettbewerb keine Chance haben werden. Das heißt, ein deregulierter Arbeitsmarkt hat nur Sinn, wenn die Grundsicherung der Arbeitslosen angemessen ist, und wenn sie durch Aus- und Weiterbildung eine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Dafür braucht man dann allerdings weiterhin einen zweiten Arbeitsmarkt und ein viel besseres Aus- und Weiterbildungssystem, als wir es jetzt haben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens wird man auch nur dann die Gewerkschaften mit ins Boot bekommen.

Beispiel **Bildung**: Wer nach den ernüchternden Erkenntnissen der PISA-Studie, die ja der Bundesrepublik nicht nur schlechte Leistungen attestiert, sondern auch auf die soziale Schieflage in unserem Bildungssystem hingewiesen hat, nur nach noch mehr gesondertem Unterricht ruft, anstatt einmal grundlegend über Sinn und Unsinn des gegliederten Schulwesens nachzudenken, der vergisst auch hier, dass Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler das A und O ist, wenn man durchgreifende Reformen vernünftig und sozial abgedeckt durchsetzen will.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel **Steuern**: Wer bei einer Einkommensteuerreform fast nur auf die Forderungen der Deregulierer an den Finanzmärkten Rücksicht nimmt und den Mittelstand oder den Normalverdiener aus dem Auge verliert, darf sich nicht wundern, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsmarktdaten nicht so gebärden, wie man es sich gewünscht hat.

Also, auch **Steuerreformen** müssen sozial ausgewogen und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Wer dazu noch vergisst, dass die Länder und Kommunen die Grundbausteine unseres demokratischen Staatswesens sind, die eine finanzielle Grundausstattung benötigen, um überleben zu können, der nimmt die Forderung nach gleichen Lebensbedingungen und gleichen Chancen in allen Regionen nicht ernst genug.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht missverstanden werden: Auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wissen natürlich, dass nicht alles so bleiben kann, wie es war. Sie wissen, dass wir uns auf die veränderten wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen einstellen müssen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und um unseren Wohlstand zu erhalten. Wir debattieren im Landtag immer wieder über Verwaltungsreformen und über öffentliche Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund muss also gesagt werden, dass der Veränderungswille aller Gruppierungen und der Politik darauf Rücksicht nehmen muss, dass der überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger - egal aus welchem politischen Lager - Gott sei Dank nicht dazu bereit ist, für diese Umwälzungen einen so hohen Preis zu zahlen, dass unsere Gesellschaft weiter gespalten wird; sei es sozial, regional oder in anderen Zusammenhängen. Dazu gibt es genügend Analysen und Untersuchungen von Sozialforschungsinstituten.

(Anke Spoorendonk)

In den letzten zehn Jahren ist es in den skandinavischen Ländern - oder auch in den Niederlanden - weit aus besser als bei uns gelungen, diese notwendigen Reformen umzusetzen, ohne den **Wohlfahrtsstaat** infrage zu stellen. Auch die neue dänische Regierung hat sowohl vor als auch nach der Wahl fast gebetsmühlenartig erklärt, sie wolle den Wohlfahrtsstaat nicht abschaffen, sondern ihn weiterentwickeln. Die genannten Staaten haben gezeigt, dass es auch unter den heutigen Bedingungen keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Sozialstaatlichkeit gibt.

Für den SSW steht fest, dass wir bei allen Unterschieden in den Systemen eine Politik befürworten, die von eben diesem Grundsatz ausgeht. Wir wollen, dass dafür weitere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das heißt aus unserer Sicht, dass die Debatte um die Neugestaltung des Föderalismus in der Bundesrepublik verstärkt geführt werden muss. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat - angestoßen durch den Landtagspräsidenten - den Ball ins Rollen gebracht. Wir müssen nun aber dafür sorgen, dass er weiter in Bewegung bleibt. Sieht man sich die aktuelle Finanzlage der überwiegenden Anzahl der Bundesländer und Kommunen an, dann erkennt man aber, dass nur einschneidende **Änderungen im föderalen System** langfristig das Überleben der regionalen und kommunalen Gemeinwesen sichert. Länder und Kommunen müssen mehr Spielraum erhalten: Auf der Einnahmeseite zum Beispiel durch die Erhebung von eigenen Steuern und auf der Ausgabenseite zum Beispiel dadurch, dass das Konnexitätsprinzip auch auf Bundesebene eingeführt wird.

Solange wir diese **Föderalismusreform** - auch vor dem Hintergrund der zukünftigen Entwicklung in der Europäischen Union - nicht wirklich angehen, müssen wir damit leben, dass es uns in den Ländern nicht gelingen wird, den von mir genannten Ozeandampfer auf Kurs zu bringen. Wir sehen nicht zuletzt am Haushalt 2002 hier in Schleswig-Holstein, wie versteinert die Finanzlage ist und wie wenig finanzpolitische Möglichkeiten für eine Landesregierung - gleich welcher Couleur - übrig sind. Auch ist deutlich, dass alle Parteien des Landtages in Wirklichkeit mit ihrem finanzpolitischen Latein am Ende sind und eigentlich nur noch in einem äußerst begrenzten Umfang Umschichtungen im Haushalt vornehmen können. Der große Wurf ist kaum mehr möglich, es sei denn, man will noch das letzte Tafelsilber verscherbeln.

Angesichts dieser Lage hat sich die **Einkommens- und Unternehmenssteuerreform** vom letzten Jahr für Schleswig-Holstein als besonders kontraproduktiv erwiesen, was schwere finanzielle Konsequenzen für Land und Kommunen hat. Finanzminister Möller hat

in der Debatte über die November-Steuerschätzung selbst noch einmal die Milliardensummen konkretisiert, die dem Land und den Kommunen in den nächsten Jahren durch diese Reform fehlen werden. Das brauche ich jetzt nicht zu vertiefen. Allen bekannt sind auch die verheerenden Folgen für die Kommunen, weil das Aufkommen der Körperschaftssteuer als Folge der Steuerreform geradezu katastrophal gesunken ist.

Aber auch die halbe Milliarde DM an Steuereinnahmen, die dem Land durch die Steuerreform jährlich fehlt, belastet den Haushalt 2002. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Leidensfähigkeit der Finanzpolitiker in den letzten Jahren immer wieder mit immer neuen Haushaltslöchern und immer kreativeren Finanzkonstruktionen zur Abhilfe dieser Defizite strapaziert wurde.

Ein dänischer Finanzminister hat einmal Ende der 70er-Jahre über den Zustand seines Haushalts gesagt: „Wir stehen am Abgrund“. Finanzminister Möller hängt bereits seit Jahren mit mehr als einem Bein im Abgrund. Er schafft es aber immer wieder, sich - zumindest zur zweiten Lesung des Haushalts im Dezember - mit eigener Kraft aus dem Abgrund hochzustemmen. Das spricht für ihn und ist eine beachtliche Leistung.

Auch diesmal ist es so. Gleichwohl bedurfte die Verabschiedung des Haushalts 2002 einer besonderen Kraftanstrengung seitens der Landesregierung. Die Haushaltsberatungen 2002 standen also - nicht nur wegen der negativen konjunkturellen Auswirkungen des 11. Septembers auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt - unter einem denkbar schlechten Vorzeichen. Schon im Frühjahr lahnte das Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein mit nur 0,2 % im ersten Halbjahr. Im November zeigte die regionalisierte Steuerschätzung, dass die aktuellen Konjunkturerwartungen zu einem neuen Haushaltsloch von über 400 Millionen DM für die Jahre 2001 und 2002 führen werden. Dass die Investitionsquote mit knapp 10 % ein neues Rekordtief erreicht hat, wiederhole ich nur der Ordnung halber. Dazu ist in den vergangenen Monaten alles gesagt worden.

Der Haushalt 2002 ist in erster Linie durch **Kürzungen** gekennzeichnet. Dennoch macht er auch einige Prioritäten deutlich: Im Bildungsbereich wir an der Neueinstellung von 200 neuen Lehrerinnen und Lehrern festgehalten. Der Innenminister kann sich durch die Nachschiebeliste über erhöhte Haushaltsansätze in zweistelliger Millionenhöhe zur Stärkung der inneren Sicherheit freuen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Lothar Hay [SPD])

(Anke Spoorendonk)

Im Arbeitsmarktbereich wird sich zeigen, ob es stimmt, dass die Kürzungen beim ASH-Programm durch eine bessere Effizienz bei der Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt und durch das neue JOB-AQTIV-Gesetz aufgefangen werden können. Dies ist zu hoffen.

Auch die Kürzungen im LSE-Bereich sind teilweise zurückgenommen worden und die Regierungsfractionen haben durchgesetzt, dass zur Stärkung der Steuerverwaltung des Landes - und damit der Einnahmeseite des Haushalts - mehr Personal eingestellt wird. Diese Prioritäten werden vom SSW unterstützt. Es ist auch richtig, dass die Landesregierung zur Deckung der neuen Haushaltslücke in 2001 keine neuen Sparvorschläge machte, sondern den laufenden Etat durch die Restkreditermächtigungen ausgeglichen hat.

Dennoch hätten wir uns - insbesondere im investiven Bereich - mehr Anstrengungen gewünscht. Wir haben es bereits in der November-Tagung diskutiert: Es gibt viele ernst zu nehmende Wirtschaftswissenschaftler, die darauf hinweisen, dass man bei einer wirtschaftlichen Flaute vom harten Sparkurs abweichen sollte, um die Konjunktur mit **antizyklischen Maßnahmen** zu beleben. Diese Forderung an die öffentliche Hand gilt auch für die Landespolitik.

Natürlich weiß auch der SSW, dass der Spielraum für solche Maßnahmen sehr eingengt ist. Bei unseren eigenen Änderungsvorschlägen zum Haushalt haben wir uns darauf konzentriert, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, die zu steigenden Investitionen im Haushalt führen. So haben wir beispielsweise eine Erhöhung der Zuschüsse für die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen des Regionalprogramms 2000 um 2 Millionen DM vorgeschlagen, weil es sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass gerade diese Förderung am besten zum Erhalt von Arbeitsplätzen oder zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beigetragen hat. Wir sind der Meinung, dass in den strukturschwachen Regionen höhere **Investitionen aus dem Regionalprogramm 2000** für positive Impulse sorgen könnten. Dies gilt wohlgerne für Investitionen im ländlichen Raum oder zum Beispiel auch in der Stadt Flensburg. Dies gilt nicht, wenn das Regionalprogramm dazu genutzt werden soll, den Flugplatz in Holtenu auszubauen.

(Beifall beim SSW)

Ein möglicher Ausbau der Startbahn des Flughafens in Kiel-Holtenu hätte zumindest auf den nördlichen Landesteil keinen positiven wirtschaftlichen Effekt,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wieso? Eine völlig verfehlte Interpretation!)

im Gegenteil, denn wichtige Gelder für Infrastrukturmaßnahmen in dieser und auch in anderen strukturschwachen Regionen würden dadurch in Zukunft fehlen.

Auch eine Erhöhung der Mittel für den **Küstenschutz** um 4 Millionen DM hatte der SSW vorgeschlagen. Neben den positiven Impulsen für Investitionen und Arbeitsplätze hat für uns dabei natürlich auch eine Rolle gespielt, dass diese Maßnahmen des Küstenschutzes nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Für diese maßvollen, aus unserer Sicht aber wichtigen Investitionen haben wir keine Mehrheit gefunden.

Für den SSW hat die Weiterentwicklung des Hochschulstandortes Flensburg höchste Priorität sowohl aus bildungspolitischer als auch aus regionalpolitischer Sicht. Wir begrüßen, dass sich auch die Landesregierung zu Flensburg bekennt. Dies tat sie, als es in der letzten Landtags-Tagung um die Hochschulstrukturentwicklung ging. Dennoch ist die **Universität Flensburg** jetzt an einem Punkt angelangt, an dem grundlegend eine strategische Entscheidung getroffen werden muss. Damit die Uni im verstärkten Hochschulwettbewerb überleben kann, braucht sie langfristig mehr finanzielle und personelle Ressourcen. Im Vergleich zu den übrigen Universitäten bekommt Flensburg vom Land eher weniger Mittel pro Studierenden. Kurzfristig beträgt die Deckungslücke für 2002 nach Angaben der Universität über 2 Millionen DM. Der SSW hatte daher in seinen Haushaltsanträgen eine Erhöhung der Zuschüsse für die Universität um circa 0,7 Millionen DM beantragt, damit - wir sind bescheiden - zumindest der geplante Umzug zum Sandberg und die dringendsten Hilfsmittel für die Studierenden finanziert werden können. Auch damit kamen wir nicht durch.

Bei der anstehenden Debatte über die Hochschulentwicklung werden wir aber weiterhin darauf drängen, dass sich das Bekenntnis zu Flensburg auch in der Frage der Ressourcen niederschlägt. Damit meine ich, dass beide Flensburger Hochschulen, also die Universität und die Fachhochschule, am Ende als Gewinner dieses Prozesses dastehen müssen. Mit einer Zusammenlegung der Verwaltung als einziger Strukturmaßnahme ist das nicht zu erreichen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Lothar Hay [SPD])

Auch muss die Frage beantwortet werden, warum die Landesregierung gerade für die erfolgreichen Studiengänge einen Numerus clausus ausgesprochen hat. Vor dem Hintergrund der Gesundheitsinitiative der Landesregierung - man kann natürlich auch diese Initiative ins Lächerliche ziehen, aber wer gehört hat, was in Lü-

(Anke Spoorendonk)

beck gesagt wurde, wird wissen, dass das keine Initiative ist, die es verdient, lächerlich gemacht zu werden -

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

ist es für mich nicht zu begreifen, dass es immer noch keine Genehmigung eines Lifescience-Masterabschlusses für die Fachhochschule gibt. Da scheint die eine Seite nicht zu wissen, was sich an Zukunftsweisendem in der Hand der anderen Seite befindet.

(Beifall beim SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich hat der nördliche Landesteil nicht nur Probleme, er hat auch große Chancen. Diese liegen - das wissen wir - nicht zuletzt auch in einer Verbesserung der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit**. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich der Europaausschuss nach der Debatte im Landtag nun mit einer fraktionsübergreifenden Initiative zur intensiveren Zusammenarbeit beschäftigt. Es liegt auf der Hand, dass wir in der Grenzregion ein strategisches Interesse daran haben, ein gemeinsames regionales Profil zu entwickeln, bevor die Fehmarnbelt-Brücke gebaut wird. Man kann natürlich darüber philosophieren, ob und wann sie denn gebaut wird; das werde ich lassen. Aber wir brauchen eine Verbesserung der Zusammenarbeit im kulturellen und im Hochschulbereich sowie eine Stärkung des grenzüberschreitenden Verkehrs und des gemeinsamen Arbeitsmarktes. Stichwort hierzu ist das neue INTERREG-III-A-Programm für die deutsch-dänische Grenzregion. Ich sage es in jeder Rede: Wir haben Zeit bis 2006 und dann wird nichts mehr laufen. Dennoch - auch dies haben wir schon oft gesagt -, das Haupthindernis, wenn es darum geht, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt im Grenzgebiet zu schaffen, sind nicht die Barrieren, die durch die verschiedenen Steuer- oder Sozialsysteme entstehen, sondern die mangelnden Kultur- und Sprachkenntnisse auf beiden Seiten der Grenze.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Um hier weiterzukommen, spielen gerade auch die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze eine entscheidende Rolle.

(Beifall beim SSW, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Die erfolgreiche **Minderheitenpolitik** im deutsch-dänischen Grenzland ist eine Voraussetzung dafür, dass wir heute überhaupt über eine Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diskutieren können. Leider hat der Verlauf der Haushaltsberatungen 2002 aber wieder einmal gezeigt, dass das in der Minderheitenpolitik bisher Erreichte keine Selbst-

verständlichkeit ist. Die Kürzungsvorschläge der Landesregierung, insbesondere die ursprünglich vorgeschlagene Schulgesetzänderung, die bis 2005 eine Festschreibung der Schülerkostensätze für die dänischen Schulen auf dem Niveau von 1998 vorsah, hat viel Porzellan zerschlagen.

(Lars Harms [SSW]: Das ist wahr!)

Auch wenn wir am Ende ein akzeptables Ergebnis erreicht haben, wünsche ich mir wirklich, dass wir nicht noch einmal einen ähnlichen Prozess durchmachen müssen, der dem Ansehen der Landesregierung nördlich der Grenze doch auch sehr geschadet hat. Es war ein hartes Stück Arbeit. Aber durch die veränderte Fassung des Schulgesetzes sind die Regierungsfraktionen der Minderheit entgegengekommen. Dafür danken wir Ihnen. Wir bedanken uns bei den beiden Fraktionsvorsitzenden. Lieber Kollege Hentschel, ich bedanke mich auch für das, was Sie heute gesagt haben. Ich bedanke mich nicht zuletzt bei dem Kollegen Hay dafür, dass er in ganz vielen Gesprächen dafür gesorgt hat, dass das verloren gegangene Vertrauen zurückgewonnen wurde.

(Beifall beim SSW)

In diesem Sinne bedanken wir uns auch bei der Minderheitenbeauftragten der Ministerpräsidentin, Frau Renate Schnack.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Schulen der dänischen Minderheit** werden 2002 mit den öffentlichen Schulen gleichgestellt. Die Zuschüsse erhöhen sich damit für 2002 um fast 0,6 Millionen DM. Für die kommenden Jahre sichert die gefundene Regelung eine dynamische Erhöhung der Zuschüsse in Höhe der Steigerung der Beamtgehälter zu. Dies ist zwar insgesamt nicht das Optimum für den SSW, aber für 2002 können wir damit gut leben. Unter dem Strich betrachtet bekommen die Organisationen der Dänen und Friesen nächstes Jahr nämlich fast 0,5 Millionen DM mehr als in diesem Jahr.

(Holger Astrup [SPD]: Was? So viel?)

Damit haben wir endlich eine Trendwende bei der Höhe der Zuschüsse für die Minderheiten in Schleswig-Holstein geschafft,

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Trendwende, die aber - auch dies muss gesagt werden - weiterhin vor dem Hintergrund betrachtet werden muss, dass Dänemark sowohl für die deutsche

(Anke Spoorendonk)

Minderheit nördlich der Grenze als auch für die dänische Minderheit hier noch immer am meisten zahlt.

Zudem ist es gelungen, die Kürzung der **kulturellen Zuschüsse** für die dänische Minderheit auf knapp 5 % zu begrenzen. Der Verband der landwirtschaftlichen Vereine der dänischen Minderheit bekommt die gleichen Zuschüsse wie 2001. Ursprünglich war eine Reduzierung um knapp 40 % geplant, was dann zu Entlassungen im Mitarbeiterstab des Verbandes geführt hätte. Auch die Kürzungen der Mittel für die friesische Kulturarbeit wurden durch den Finanzausschuss auf Initiative der Regierungsfractionen rückgängig gemacht. Dagegen blieb es bei den Kürzungen zwischen 5 % und 10 % für Jaruplund Høskole und Dansk Centralbibliothek. Natürlich sind wir damit nicht zufrieden. Aber in Zukunft werden die Haushaltstitel für die Kulturzuschüsse der dänischen Minderheit gegenseitig deckungsfähig sein. Dadurch kann man im Laufe des Jahres flexibel auf die finanzielle Situation der einzelnen Organisationen reagieren. Das begrüßen wir.

Die ursprünglich vorgeschlagenen Kürzungen sind jetzt also im Großen und Ganzen wieder vom Tisch. Dennoch muss ich darauf hinweisen, dass der SSW nur angesichts der aktuellen Finanzlage des Landes - und auch nur für eine Übergangsphase - akzeptieren kann, dass die Schulen der dänischen Minderheit von der Entwicklung des öffentlichen Schulwesens abgekoppelt werden.

Wir streben natürlich weiterhin die vollständige finanzielle Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit mit dem öffentlichen Schulwesen an.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Gerade deshalb plädieren wir weiterhin dafür, dass die in Gesprächen mit Vertretern der Landesregierung angedachte Arbeitsgruppe zwischen der Landesregierung und Dansk Skoleforening nächstes Jahr mit dem Ziel einberufen wird zu untersuchen, ob es möglich ist, ein eigenständiges **Gesetz** für die dänischen Schulen unter Voraussetzung der **Gleichstellung mit den öffentlichen Schulen** zu erarbeiten. So ein Gesetz würde unterstreichen, dass die Schulen des Dänischen Schulvereines als das öffentliche Schulwesen der dänischen Minderheit anzusehen sind. Es wäre doch schön, wenn wir uns zum 50-jährigen Jubiläum der Bonn/Kopenhagener-Erklärungen mit so einem Gesetz ein Zeichen setzen könnten.

Ich will im Einzelnen gar nicht die Diskussionen wieder aufgreifen, die der SSW und die Organisationen der Minderheiten sowohl mit den Regierungsvertretern als auch mit den Regierungsfractionen sowie mit CDU und FDP geführt haben. Am Ende haben die Einsicht

und der gute Wille, die bisher erfolgreiche Minderheitenpolitik weiterzuführen, gesiegt.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Bei den Fraktionen von CDU und FDP möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken, dass sie diese Gespräche geführt haben und dass sie sich für die Wiederherstellung des Schulgesetzes eingesetzt und ausgesprochen haben.

(Beifall beim SSW)

Natürlich hat das Entgegenkommen der Regierungsfractionen in der Minderheitenfrage es dem SSW leichter gemacht, bei der Schlussabstimmung für den Haushalt 2002 zu stimmen. Denn Minderheitenpolitik hat für uns erste Priorität. Wir haben immer gesagt, dass wir aus unserem Demokratieverständnis heraus für einen Haushalt stimmen werden, wenn wir ihn als Kompromiss akzeptieren können. Das heißt, wir werden für einen Haushalt stimmen, dessen Maßnahmen in die richtige Richtung zeigen, auch wenn wir bei weitem nicht mit allen Einzelheiten einverstanden sind. Sie wissen, dass wir dazu stehen. Sie wissen, dass wir nicht für Schwarz-Weiß-Malerei zu haben sind. Wir leben vom Kompromiss und wir leben vom Dialog.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Aber auch einige Haushaltsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind unseren Forderungen entgegengekommen. Das gilt für die Erhöhung des Ansatzes für die Förderung der Volkshochschulen,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

für die Zukunftssicherung der Zuschüsse an die Träger der Beratungsstellen „Frau & Beruf“

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

und für die Bestätigung der schon zugesicherten Zuschüsse an die Kommunen bei den LSE-Analysen. Das sehen wir als einen Fortschritt - wenigstens im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Positiv sieht der SSW auch, dass die Regierungsfractionen den Vorschlag des Landesrechnungshofs übernommen haben, angesichts der angespannten **Personnallage bei der Steuerverwaltung** elf zusätzliche Anwärterstellen im gehobenen Dienst und 15 zusätzliche Stellen im mittleren Dienst einzuwerben. Wir

(Anke Spoorendonk)

wollten noch mehr. Wir wollten noch weitergehen und hatten in unseren Haushaltsanträgen dafür argumentiert, den gesamten Vorschlag des Landesrechnungshofs zu übernehmen und bis zu 60 neue Betriebsprüfer in den Finanzämtern einzusetzen.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Aber immerhin setzen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag ein Zeichen. Denn es kann nicht angehen, dass dem Land durch zu wenig Personalressourcen in diesen Bereichen Steuereinnahmen in Millionenhöhe entgehen. Der jetzige Zustand der Finanzverwaltung ist nicht mehr hinnehmbar, weil er weder zur Steuergerechtigkeit - denn die Lohnsteuer bei den „normalen“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird im Gegensatz zur Einkommensteuer grundsätzlich erhoben - noch zur Verbesserung der Einnahmesituation des Landes beiträgt. Also auch in dieser Frage bestand Übereinstimmung mit den Änderungsvorschlägen der Regierungsfractionen.

Natürlich gibt es auch Bereiche, in denen wir den Änderungsvorschlägen von FDP und CDU zustimmen können. Das haben wir auch in den vergangenen Jahren so gehabt. So ist der SSW genau wie die FDP der Meinung, dass die Stiftung Naturschutz keine weitere Aufstockung ihres Stiftungskapitals benötigt.

(Holger Astrup [SPD]: Doch!)

Diese Gelder könnte man in der jetzigen Finanzsituation anderweitig sinnvoller nutzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr gut!)

Übrigens sieht die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ das genauso. Auch die die Regierung tragenden Fraktionen haben den Betrag für den Ankauf von Flächen reduziert.

Wie wir, will auch die FDP den Volkshochschulen mehr Geld geben.

Selbstverständlich unterstützt der SSW auch eine Erhöhung der Werftenhilfe.

(Holger Astrup [SPD]: Klar!)

Diese haben sowohl FDP als auch CDU in ihren Änderungsanträgen aufgenommen.

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich! Egal, wo es herkommt!)

Gerade vor dem düsteren Hintergrund, dass die Europäische Union trotz des unfairen Wettbewerbs aus Südkorea in Zukunft keine Wettbewerbshilfe mehr zahlen will, muss zumindest gewährleistet werden, dass die Landesregierung die mögliche **Werftenhilfe** voll ausschöpft, damit zumindest die vorliegenden

Aufträge der schleswig-holsteinischen Werften finanziell abgesichert werden.

Auch die Anträge der CDU zur Erhöhung der Investitionen im Verkehrs- und Baubereich kann der SSW prinzipiell unterstützen, da wir der Meinung sind, dass das Land in dieser konjunkturell schwierigen Lage die Investitionsquote zur Sicherung der heimischen Arbeitsplätze erhöhen muss.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Problematisch bleiben für uns aber die **Finanzierungsvorschläge**. Wir lehnen beispielsweise die vorgeschlagene Abschaffung der Beauftragten des Landes entschieden ab. Insbesondere die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten leistet hervorragende Arbeit zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und vereinzelt bei der SPD)

Auch mit den weiter gehenden Kürzungen im Umweltbereich können wir uns nicht anfreunden.

Dazu sind unserer Meinung nach erhebliche Zweifel daran erlaubt, ob es wirklich zutrifft, dass die Neugestaltung des ASH-Programms - da ist auch schon gesagt worden, dass reduziert werden soll - Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe bei den Ausgaben für die Sozialhilfe bewirkt, wie sich FDP und CDU erhoffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sind 1,25 %!)

- Trotzdem denke ich, dass das eher wie eine Luftbuchtung wirkt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Also wirkt ASH überhaupt nicht!)

Genau so wirkt die von der CDU vorgeschlagene 10-Prozent-Rasenmäher-Kürzung bei den Sachkosten des Landes.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Wir alle wissen, dass es so nicht auf Anhieb funktionieren kann - auf jeden Fall nicht im Jahre 2002.

Sieht man sich die Ergebnisse der FDP- und CDU-Haushaltsanträge unter dem Strich an, so wird man feststellen, dass sie zwar viele Umschichtungen vorgenommen haben, sich die finanziellen Eckdaten dadurch aber nicht wesentlich verändern werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Quatsch!)

Mit einer Ausnahme: Die Nettoneuverschuldung wird 2002 durch die Vorschläge erheblich gesenkt, aber nur um den Preis des Ausverkaufs des noch übrig

(Anke Spoorendonk)

gebliebenen Tafelsilbers des Landes, nämlich der Landesbank oder der Lottogesellschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Das ist doch Ihr Vorschlag! Nein, aber das Tafelsilber wollen Sie verschern!

Das heißt, strukturell würde sich durch die Haushaltsanträge von FDP und CDU langfristig kaum etwas ändern. Am Rande möchte ich bemerken, dass ich sehr wohl zur Kenntnis genommen habe, dass der Kollege Kubicki trotz seiner Rhetorik von Zuckerbrot und Peitsche in seiner Rede andere Ansätze deutlich gemacht hat. Mit diesen Ansätzen müssen wir uns in den kommenden Monaten beschäftigen.

Aber wirklich weiter kommen wir erst, wenn wir begreifen, dass es im Grunde einer

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine neue Regierung!)

grundlegenden **Reform der föderalen Einnahme- und Ausgabestruktur** sowie einer sozial und regional ausbalancierten Reform des gesamten Sozialstaats bedarf, damit auch Schleswig-Holstein wieder auf eigenen Füßen stehen und einen zukunftsweisenden Haushalt vorlegen kann. Denn - letzte Bemerkung! - wie sagte Mark Twain doch so schön? - Ich interessiere mich sehr für die Zukunft, da ich mir vorgenommen habe, den Rest meiner Tage in ihr zu verbringen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir unterbrechen an dieser Stelle die Haushaltsberatungen. Wir treten in die Mittagspause ein. Wir werden die Sitzung um 15 Uhr mit der Rede der Ministerpräsidentin fortsetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:21 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich begrüße zunächst auf der Tribüne die Besuchergruppe der Kommunalpolitischen Vereinigung Schleswig-Holstein aus Großenaspe. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren mit der Beratung unter dem Tagesordnungspunkt 6, Haushaltsbegleitgesetz 2000, fort. Ich erteile der Ministerpräsidentin, Frau Heide Simonis, das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kubicki hat heute Morgen an die Regierung die Frage gestellt, ob wir zugestimmt oder zur Kenntnis genommen hätten, dass Bußgelder, die gegen Mitarbeiter verhängt wurden, von den Sparkassen oder der Landesbank gezahlt worden sind. Es geht um die Bußgelder, die im Zusammenhang mit steuerlichen Untersuchungen verhängt worden sind. Abgesehen davon, dass das eine Frage ist, die das Parlament als Kontrollgremium stellen soll, Herr Abgeordneter, hat mich nur geärgert, dass Sie das in einem Ton getan haben, der unterstellte, wir hätten es getan, ohne abzuwarten, was ich hier dazu zu sagen habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war eine öffentliche Erklärung!)

Ich erkläre für die Landesregierung erstens, dass Herr Finanzminister Möller und ich weder in unserer Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglieder noch als Mitglieder der **Gewährträgerversammlung** von solchen Vorgängen Kenntnis genommen oder ihnen sogar zugestimmt haben.

Zweitens haben Herr Möller und ich bei der Gewährträgersitzung dem Vorstand erklärt, dass wir von ihm eine Erklärung erwarten, die klarstellt, dass Mitarbeiter, die wegen steuerlicher Vergehen belangt worden sind, nicht in der Bank arbeiten können.

Drittens hat mich der Innenminister gebeten, Ihnen mitzuteilen, er habe gegenüber der Stadt in ihrer Rolle als Verwaltungsaufsichtsgremium für die Sparkasse Bedenken geäußert. Er hat auf eine Entscheidung des **BGH** verwiesen, in der deutlich wird, dass das Bezahlen von Bußgeldern für Mitarbeiter nicht dem Geschäftszweck dient. Er hat angeboten - ich glaube, das wussten Sie schon -, dass er Ihnen im Innen- und Rechtsausschuss dazu Rede und Antwort stehen wird. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass es sich um ein schwebendes Verfahren handelt, zu dem die Regierung keine weiteren Stellungnahmen mehr abgeben möchte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit Jahren stehen wir vor den Herausforderungen der **Globalisierung**, die gekennzeichnet ist durch eine vor allem in den USA gepflegte Zurückhaltung des Staates aus dem allgemeinen Wirtschaftsgeschehen und das Hinnehmen der damit verbundenen Folgen. Sie stellen dagegen immer die Frage an die Landesregierung, was wir regional oder branchenmäßig tun, um die Weltwirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Ihren Reden

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

heute Morgen habe ich entnommen, dass wir an allem schuld sind, an der Lage in Schleswig-Holstein und an der in der Welt sowieso. Herr Oppositionsführer, bei dem Eifer, mit dem Sie uns das nachweisen wollten, haben Sie heute Morgen sogar eine Ihrer großen Prinzipien gleich mit über Bord gehen lassen. Normalerweise sind Sie immer derjenige der sagt: privatisieren, outsourcen und anders machen, als wir das bisher organisiert haben! Als ein besonders verabscheuungswürdiges Beispiel unseres Handelns haben Sie genannt, dass wir die **Landeskrankenhäuser** in eine **Anstalt** umgewandelt haben, dass wir dasselbe mit den Universitätskliniken machen wollen und dass wir die Bewirtschaftung unserer Grundstücke von der **GMSH** vornehmen lassen. Es wird nicht mehr nach Kameralistik, sondern nach Bilanzgesichtspunkten vorgegangen und die Kostenträger und Kosten sind klar zugeordnet. Am Ende haben Sie dann ein Steuerungselement, von dem ich immer gedacht habe, dafür würden Sie uns loben. Stattdessen haben wir heute Morgen Prügel für eine ausgesprochen vernünftige Sache bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mich wundert, dass Sie es immer noch witzig finden, die Gesundheitsinitiative, die ich gestartet habe und die in diesem Land hervorragend angekommen ist, lächerlich zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Man muss sich ja selber loben, wenn es die anderen nicht tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das müsste Ihre Fraktion machen!)

- Die haben mich heute Morgen gelobt, aber man kann nie genug von Lob bekommen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Gesundheitsinitiative** ist eine strukturelle Antwort, mit der wir vor Ort Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verknüpfen, verschiedenste technische Bereiche miteinander verknüpfen, die Profilbildung des Landes vertiefen und dadurch zu einer Qualifizierung von Arbeitskräften kommen wollen. Das bringt Wertschöpfung in unser Land. Deshalb ist es eine richtige Initiative und sie wird irgendwann auch Sie überzeugen. Das werden Sie dann eines Tages zugeben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Übrigen entspricht diese Art Politik zu machen durchaus der Forderung des Leiters des Instituts für Weltwirtschaft, Professor Siebert, der vor einigen Tagen den Vorwurf erhoben hat, die Politik sei viel zu sehr auf konjunktive Maßnahmen fixiert, statt auf strukturelle Änderungen zu setzen. Hier gibt es eine strukturelle Antwort, die ich Ihnen aber noch nicht habe erklären können oder die Sie nicht verstehen wollen.

(Lothar Hay [SPD]: Letzteres!)

Ihre Vorwürfe verstehe ich jedenfalls auf keinen Fall. Für diese Initiative haben wir im Übrigen von der Weltgesundheitsorganisation beste Noten bekommen. Professor Grönemeyer von der Universität Witten/Herdecke sprach von einem tollen Start, von dem das ganze Bundesgebiet lernen könne.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Knapp 200.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sind bereits im Gesundheitsmarkt beschäftigt. Das ist einer unserer größten Wertschöpfungsbereiche. 5 % der europäischen medizintechnischen Produkte werden in unserem Land hergestellt und wir stellen keineswegs 5 % der Bevölkerung.

Aber auch in anderen Bereichen gibt es schöne Ergebnisse. Schleswig-Holstein hat seine **Finanzkraft** vom Jahr 2000 auf das Jahr 2001 von 91,9 % auf 95,1 % im Vergleich zu anderen Bundesländern steigern können. Die negative Folge ist, dass wir 304 Millionen DM zurück in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen. Das darf aber auf keinen Fall als Begründung dafür herhalten, den Vorwurf von Ihnen, Herr Oppositionsführer, dass in diesem Land alles bergab ginge, in irgendeiner Form zu stützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das geht nicht mehr, wir sind ganz unten!)

In Schleswig-Holstein wurden in diesem Jahr bereits über 4.000 neue Betriebe gegründet. Damit stehen wir an zweiter Stelle nach Hamburg, aber immer noch vor Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja, ja. Selbst wenn Sie gegenrechnen, dass manche Firmen leider Gottes auch wieder vom Markt verschwinden, liegen wir beim Nettoeffekt immer noch vor Baden-Württemberg und mit Bayern gleich auf. Das zeigt, der Standort Schleswig-Holstein ist attraktiv. Der Standort Schleswig-Holstein hat Zukunft. Die Menschen arbeiten gern hier. Sie haben mitnichten die Ängste, die Sie glauben, die sie haben müssten, son-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dern sie sind bereit, in diesem Land für sich etwas zu unternehmen und damit auch **Arbeitsplätze** für das Land zur Verfügung zu stellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Unser Land - die, die schon einmal mit mir gereist sind, wissen das - genießt größte Wertschätzung im **Ausland**. Schön, dass Sie nach China reisen. Sie werden sich wundern, was die Ihnen alles Nettos über unser Land erzählen. Es ist tröstlich, dass die Klagelieder, die Sie heute Morgen hier angestimmt haben, im Ausland nicht wahrgenommen werden. Im Gegenteil, wir haben die Ostseekooperation energisch vorangetrieben. Wir alle wissen, dass sie eine unserer größten Chancen ist. Unsere internationalen Kontakte zum Beispiel nach China, Japan, in die USA oder in den arabischen Raum zahlen sich inzwischen aus. Man kann die betroffenen Firmen fragen. Wir setzen dort gewichtige Akzente für unsere Exportwirtschaft. Schon heute liegen uns viele Anfragen aus Nordafrika und südamerikanischen Ländern nach Windenergieanlagen vor. Das sind Chancen, die wir uns erarbeitet haben, das sind Chancen, die Arbeitsplätze sichern und unsere Exportwirtschaft stärken. Das wurde uns übrigens nicht geschenkt, sondern es sind die Leistungen der Betriebe, der Beschäftigten und der Landesregierung, die damit belohnt wurden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie werfen uns vor, es ginge im Lande nicht voran. Ich kann Ihnen da nicht zustimmen - das tut mir sehr Leid -, denn wir setzen starke positive Impulse und stellen fest, dass darauf reagiert wird. Erst vor 14 Tagen wurde in Neumünster der Grundstein für ein **Logistik- und Innovationszentrum** gelegt. Der Multimedia-Campus in Kiel und der **Innovations-Campus** in Lübeck sind ein starkes Stück Zukunft, übrigens das erste Stück Zukunft, das auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik gemacht wurde. Das ist doch nicht Stillstand, sondern das ist Nach-vorne-Gehen, indem wir strukturell, regional und technisch Bereiche aufarbeiten, die uns die Zukunft sichern helfen sollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe - zu meiner großen Verblüffung - heute Morgen von Herrn Kubicki gehört, dass es einen Notstand an der **Westküste** gibt. Da muss Ihnen etwas entgangen sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war ein Zitat aus der Regierungserklärung von Björn Engholm!)

- Dass Sie das heute Morgen zitiert haben, Herr Kubicki, hat mich sehr gewundert; denn das, was Herr Engholm seinerzeit gesagt hat, war keineswegs ein Qualitätsnachweis für die Vorgängerregierung.

(Beifall bei der SPD)

Ob die zitierten Ausführungen 1:1 übertragen werden können, wage ich zu bezweifeln. Aber wir haben jetzt Gott sei Dank alle noch einmal zur Kenntnis genommen, dass Herr Kubicki der Meinung ist, Herr Engholm habe Recht gehabt, als er damals der Vorgängerregierung bescheinigt hat, sie habe Mist gebaut.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt auch!)

Wir haben inzwischen 38 Millionen DM für 33 neue **regionale Infrastrukturprojekte** bewilligt. Dadurch werden Investitionen von rund 78 Millionen DM ausgelöst. Die Westküste wird am stärksten von dieser Tranche profitieren. In den letzten zwei Monaten haben wir für strukturschwache Regionen mehr als 307 Millionen DM aus dem Regionalprogramm 2000 zur Verfügung gestellt.

Dahinter steckt die Idee vom gewollten Wandel in diesem Land und das Heranziehen der Regionen, die es etwas schwieriger haben als beispielsweise die Regionen, die um den Hamburger Rand herum liegen.

Ich möchte noch einmal auf die **Windenergie** zurückkommen. Sie ist ein Paradebeispiel dafür, dass man etwas, das man vor die Nase gehalten bekommt, nicht sieht, wenn man es nicht sehen will. Wir haben da rund 56 Millionen DM hineingesteckt. Heute stehen im Land 2.189 Anlagen. Das ist einer unser Exportschlager. Wir diskutieren jetzt darüber, ob wir es in den nächsten Jahren schaffen, etwa die Hälfte unseres Strombedarfs durch Windenergie zu decken. Das ist ein wirklich gutes Beispiel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es zeigt, dass der Ausstieg aus der Atomenergie machbar ist, ohne dass wir kalte Füße bekommen. Es beweist, dass mit einer neuen Technologie in der Zwischenzeit fast 4.000 Arbeitsplätze gesichert werden können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da allein schon diese drei Beispiele überzeugend sind, halte ich es auch für richtig, dass die Bertelsmann-Stiftung in ihrem 2001 veröffentlichten Vergleich der Bundesländer feststellt, dass in Schleswig-Holstein entscheidende Fortschritte bei der **Modernisierung**

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

des Landes gemacht worden sind. Das ist gut. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die sitzen auch weit weg!)

Es hat mir Spaß gemacht, heute Morgen zu hören, welch ungeheuer großen Einfluss ich auf die Welt habe. Wider besseres Wissen wollen Sie den Menschen weismachen, die allgemeine wirtschaftliche Schwäche in der Welt und natürlich auch die Folgen bei uns wären einzig und allein der schleswig-holsteinischen Landesregierung in die Schuhe zu schieben. Natürlich, meine Herren Kubicki und Kayenburg, hört die gesamte Welt auf mich. Das glauben Sie ja wohl selbst nicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist auch gut so!)

- Danke! - Richtig ist, dass die **Wachstumsraten** in Deutschland in den letzten Jahren immer unter dem EU-Durchschnitt gelegen haben. Das ist übrigens seit zehn Jahren so. Geht Ihnen angesichts dieses Zeitraumes ein Licht auf? Das sind die Folgen der Wiedervereinigung; das wird uns von allen Sachverständigen bestätigt. Das ist schmerzlich und das tut weh. Es fließt viel Geld dort hinein. Aber es ist ein normaler, natürlicher Prozess infolge der Wiedervereinigung zweier sehr unterschiedlich entwickelter Staaten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Konjunkturpropheten in Europa, in den USA und bei uns haben sich in diesem Jahr gründlich verrechnet. Es ist ärgerlich, wenn man dauernd Anpassungen vornehmen und einen Nachtragshaushalt machen muss. Damit ist sehr viel Arbeit verbunden. Die Prognosen lagen immer falsch. Nur ein Institut lag richtig, leider damals und jetzt Gott sei Dank, nämlich das Institut für Weltwirtschaft. Das Institut hat jetzt erste positive Konjunkturdaten herausgegeben, die ein Silberstreifen am Horizont sind. Es hat das Signal gegeben, die Talsohle der Konjunktur sei durchschritten. Das ist gut; denn das bedeutet, dass die Politik der ruhigen Hand nichts mit Kaputtsparen zu tun hat, sondern dass sie etwas damit zu tun hat, dass man die Nerven nicht verliert und sich genau anschaut, was denn eigentlich in der Wirtschaft passiert.

(Zuruf von der CDU: Genau! - Unruhe)

- Störe ich Sie?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben eine Steuerreform auf den Weg gebracht, mit der jährlich ein Entlastungseffekt von 45 Milliarden DM erreicht wird. Ein weiteres Vorziehen der Steuerreform würde bedeuten, dass Bund, Länder und Gemeinden mit weiteren Mindereinnahmen fertig werden müssten. Wie Sie das bei Ihrem Rechenbeispiel auch noch unterbringen, habe ich kaum verstanden. Herr Hentschel hat es durchschaut.

(Lachen bei CDU und FDP)

Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich habe immer gedacht, Sie würden wenigstens halbwegs seriös rechnen. Dass man so daneben liegen kann und das auch noch als etwas Seriöses verkauft, hätte ich Ihnen nicht zugetraut.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nehmen wir einmal ein Konjunkturprogramm. Die zehn am höchsten bewerteten DAX-Unternehmen in Deutschland wollen etwa 80.000 Menschen entlassen. Dazu gehören Banken, Versicherungen, IT-Firmen und so weiter. Dagegen wollen Sie mit einem Konjunkturprogramm für Fahrradwege angehen? Das kann doch nicht wahr sein, so schön Fahrradwege auch sind. Aber die Deutsche Bank wird doch nicht einen Menschen weniger entlassen, wenn wir hier ein Fahrradwegeprogramm auflegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sagen ja auch die ganze Zeit, dass wir kein Fahrradwegeprogramm brauchen! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Unsinn! Am Fahrradwegeprogramm in Schleswig-Holstein geht doch die Deutsche Bank nicht zugrunde. Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Wadephul. Das kann doch wohl nicht angehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offensichtlich ist Schleswig-Holstein einfach Spitze. Was immer wir auch machen - die anderen bekommen sofort einen Grippeanfall, wenn wir ein Hüsterchen haben. Das habe ich den Zwischenrufen entnommen.

Die Antwort der Opposition auf die schwierige Situation, dass man durch eine konjunkturelle und strukturelle Delle durch muss, ist jedes Mal, entweder die Landesbank oder die LEG beziehungsweise die LEG oder die Landesbank - je nachdem, was Sie gerade zuerst erwischen - zu verkaufen. Es ist bei Ihnen in all den Jahren nicht angekommen, dass diese beiden Instrumente für die regionale Weiterentwicklung unseres Landes und unserer Wirtschaft unersetzlich sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Luxemburg!)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Es sind die **Sparkassen** und die **Landesbank**, die sich für unser Land verantwortlich fühlen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Sozialhilfeempfänger eröffnet doch nicht bei den privaten Geschäftsbanken ein Konto. Firmengründer bekommen von den privaten Geschäftsbanken kaum eine Hilfe für die Firmengründung. Die LEG bevorrätet Grund und Boden für regionale Entwicklungen im Lande. Dieses sind die beiden wichtigsten Instrumente, um in einem Land nach vorn zu kommen, um Arbeitsplätze zu schaffen, neue Betriebe zu gründen und neue Technologien einzuführen. Ausgerechnet das wollen Sie abschneiden und verkaufen.

Im Übrigen haben wir - das sage ich Ihnen zum hunderttausendsten Mal - weder die **LEG** noch die **Landesbank** unter Wert verkauft. Sie haben doch gebibbert, dass ich aus Düsseldorf mit einem Preis zurückkommen würde, von dem ich gesagt habe, dass wir ihn ungefähr hinbekämen. Sie haben gesagt, dass ich das nicht schaffen würde. Sie hatten die Sektflaschen doch schon geöffnet. Als ich dann mit dem Preis zurückgekommen bin, haben Sie lange Gesichter gemacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lesen Sie einmal die Reden nach, die ich dazu gehalten habe!)

- Herr Kubicki, Sie haben Recht. Ich würde Ihnen Unrecht tun, wenn ich Ihnen sagen würde, Sie hätten die Sektflasche vorher geöffnet und anschließend wieder zugemacht. Die anderen aber haben es versucht und haben gemerkt, dass man einen Korken niemals wieder in eine Sektflasche hineinbekommt. Wir haben damals zu einem guten Preis verkauft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltssituation ist schwierig; das geben Sie ja auch alle zu. Das ist auch gar nicht das Problem. Wenn wir andere Lösungen hätten, dann würden wir diese verfolgen. Aber ich weiß nicht, wo unser Haushalt heute stünde, wenn wir Ihren Wünschen nach weiteren Steuersenkungen und nach Familiengeld nachgekommen wären.

(Zuruf von der CDU: Besser!)

- Nein! Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie einen Konsolidierungshaushalt vorzulegen hätten, dann würden Sie noch im Liegen umfallen. Dies sage ich in Anbetracht dessen, was Sie den Leuten draußen im Lande alles versprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einen Vorwurf, Herr Kubicki, den Sie immer erheben, möchte ich zurückweisen. Der **Länderfinanzausgleich** ist keine Ländersozialhilfe. Es sind 40 Jahre lang Mittel von Nordrhein-Westfalen nach Bayern gezahlt worden, ohne dass Nordrhein-Westfalen einen Pieps gesagt hätte. Auch Hamburg hat an andere Länder Mittel im Rahmen des Länderfinanzausgleichs gezahlt, ohne auch nur einen Pieps zu sagen. Es ist ein Instrument, um den Aufbau Ost weiterzuentwickeln. Gäbe es den Länderfinanzausgleich nicht, so gäbe es bei uns in der Republik ein Hauen und Stechen. Es ist für die fünf neuen Länder ohnehin sehr schwierig und die Migrationsbewegungen sind geradezu erschreckend.

Der Vorwurf, dass wir aufgrund verminderter Steuereinnahmen die Investitionen zurückfahren würden, trifft so auch nicht zu. Die Summe der **Investitionsausgaben** beläuft sich im Jahre 2001 auf rund 759 Millionen €. Sie wird im nächsten Jahr bei 725 Millionen € liegen. Da ist ein Rückgang zu verzeichnen. Gleichzeitig aber werden durch die LEG, die Investitionsbank, die Landesbank, die GMSH, die Technologietransfer-Zentrale und die Energie- und Technologiestiftung Investitionen hervorgerufen. Das muss man fairerweise intellektuell zusammenziehen, damit es ein richtiges Gesamtbild ergibt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Viel ist heute Morgen über die Landesbank gesagt worden. Mir macht die Landesbank Freude. Sie hat ihre Bilanzsumme vervielfacht. Wir können heute die innere Stärke, die diese Bank dadurch gewonnen hat, dass wir uns mit der WestLB und der SüdwestLB zusammengetan haben, in einem Moment mobilisieren, in dem wir es brauchen, was ich für völlig richtig halte. Jeder Anteilseigner guckt sich an, ob er das da stehen lässt oder an einer anderen Stelle, wo er das Geld braucht, einsetzt. Es wäre verrückt, es nicht dort einzusetzen. Dann müssten tatsächlich die Investitionen zurückgehen. Das wollen wir nicht. Was wir wollen, ist, dass uns die Landesbank hier oben erhalten bleibt, dass es ein sicheres Finanzierungssystem wird und dass vor allem Kiel die Musik angibt, mit Hamburg zusammen, in einem fairen Interessenausgleich, dass aber nicht die Handelskammer in Hamburg entscheidet, wo der Sitz dieser Bank ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist im Übrigen genau der Grund dafür, weswegen ich gegen einen Nordstaat bin. So, wie die das einen über die Zeitung „Welt am Sonntag“ rüberdonnern, möchte ich nicht behandelt werden und möchte ich

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dieses Land nicht behandelt haben. Wir sind genauso viel wert wie Hamburg. Entweder wir tun uns zusammen und machen eine vernünftige gemeinsame Politik oder es wird nichts. Ich lasse mich jedenfalls nicht herumkommandieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir halten trotz der schwierigen Konjunktur- und Finanzlage an unserem Ziel fest, die **Nettokreditaufnahme** bis zum Jahr 2008 auf null zu bringen. Das erreichen wir nur durch strengste Ausgabendisziplin. Dieses Ziel muss man sich setzen, denn sonst weiß man nicht, wofür man sich anstrengt. Wir schaffen dieses Ziel mit einem Haushalt, den wir Ihnen vorlegen, indem wir an unseren Kernaufgaben festhalten, wie ich Sie in meiner Regierungserklärung nannte: Arbeit, Bildung und Innovation.

Ein Haushalt mit äußerster Selbstbeschränkung muss einerseits in die zukunftsichernden Aufgaben wie Bildung und Forschung investieren und andererseits alle anderen Ausgabenbereiche auf den Prüfstand stellen, allerdings auch Bildung und Forschung; auch hier muss auf Effizienz geachtet werden. Der Bildungshaushalt nimmt nämlich 22,1 % vom Gesamthaushalt ein. Das ist kein Pappentitel. Deswegen betrachte auch ich die Ergebnisse der internationalen Studie PISA so wie alle anderen mit großer Sorge. Wir müssen reagieren und können nicht hoffen, dass sich das von alleine in vier Jahren zurechtläuft, und zwar müssen wir schnell anfangen zu diskutieren, möglichst gemeinsam. Das wäre sehr schön.

Die Begründung, wie wir sie jetzt aus Bayern hören, das schlechte Ergebnis sei auf die ausländischen Schüler zurückzuführen, ist erstens dumm und zweitens abenteuerlich. Es stimmt schlichtweg nicht. In der Tat haben es Kinder von ausländischen Eltern, die kein Deutsch gelernt haben, schwer in unserem Bildungssystem, aber sie sind nicht allein diejenigen, die den Durchschnitt absenken, das bringen die deutschen Schulkinder genauso zurande wie die ausländischen Schulkinder.

Deswegen müssen wir auf PISA mit vielen Hebeln und Formaten reagieren. Das betrifft die Inhalte des Unterrichts, die Lernmethoden, die Ausbildung der Lehrkräfte und die Organisationsformen. Wir müssen fragen, welche Rolle in Zukunft Leistung spielen soll. Da gebe ich zu, dass wir uns der Frage lange genug nur ausweichend gestellt haben. Sortieren wir unsere Kinder zu früh aus oder in irgendein Schulsystem ein? Brauchen wir mehr Ganztagschulen? - Schon werden die Antworten, obwohl es vorher geheißt hat, dass wir gemeinsam etwas machen müssen, sehr differen-

ziert. Die platte Formel „mehr Geld, mehr Lehrer“ verkennt die Situation.

(Beifall bei Ursula Kähler [SPD])

Länder, die besser abschneiden als wir, geben durchaus nicht mehr Geld für Bildung aus, aber sie haben Wettbewerb in den Schulen und für die Kinder in diesen Ländern macht Lernen noch Spaß, weil Leistung abgefragt wird und Leistung honoriert wird,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

aber es wird nicht aussortiert. - Sie haben heute Morgen bei Frau Spoorendonk nicht zugehört, man bleibt nicht sitzen, man kriegt keine Noten, die einen fürs Leben kennzeichnen nach dem Motto: einmal eine 6, immer eine 6, sondern es ist ein System zwischen Lernenden und Lehrenden, das deutlich anders ist als das System, das wir in der Bundesrepublik haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW] - Klaus Schlie [CDU]: Seit wann regieren Sie eigentlich?)

Deswegen werde ich Anfang kommenden Jahres eine Expertenrunde einladen, darunter auch Vertreter der Kirche, mit der die Bildungsministerin und ich die nächsten Schritte diskutieren. Was wir nämlich nicht wollen, ist die Rolle, die Japan hat: Nummer 1 in dieser Bewertung sein, aber todunglückliche Kinder

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

und im Übrigen eine wirtschaftliche Performance, die weiß Gott nicht überzeugend ist. Bimsen, Auswendiglernen ist offensichtlich auch nicht die richtige Antwort für eine moderne Wirtschaft. Deswegen müssen wir uns über ganz andere Dinge unterhalten.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine Bemerkung zum Arbeitsmarkt! Der **erste Arbeitsmarkt** hat für uns zwar erste Priorität, aber er macht uns im Moment Sorgen. Die Entwicklung ist mitnichten zufrieden stellend: Rund 117.000 Arbeitslose in Schleswig-Holstein sind 117.000 zu viel. Deswegen bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Toppaufgabe unserer Zeit. Trotz Ihrer Bemerkung heute Morgen möchte ich doch noch einmal an die Unternehmen in Schleswig-Holstein appellieren. Ich habe vor 14 Tagen in der Zeitung gelesen, dass sich HDW - gleich da drüben -, eine Werft, der es im Moment relativ gut geht, die froh ist über ihren Auslastungsgrad, darüber beklagt, dass sie keine Ingenieure hat und sie sich mit einem Shuttledienst wöchentlich aus Schweden holt. Das ist schön für die Schweden

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

und es ist schön für die Werft, aber es ist für den Arbeitsmarkt nicht gut. Wer zu schnell entlässt, ohne nachzudenken, wie er seine Strategie ausrichten wird, der verliert gute Facharbeiter. Wer nicht qualifiziert, hat keine guten Facharbeiter.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die sind einfach nicht am Markt!)

Das heißt, wer nicht investiert, investiert auch nicht in seine Zukunft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bleibe dabei: Wenn die im DAX am höchsten notierten Unternehmen die meisten Entlassungen vornehmen, ist bei uns im Lande etwas nicht Ordnung.

Nach wie vor bleibt „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ für uns das arbeitsmarktpolitische Flaggschiff. Die Förderzahlen beweisen, dass dieses Programm erfolgreich ist. In den bisher knapp zwei Jahren Laufzeit sind mit 65 Millionen € Landes- und ESF-Mitteln mehr als 18.000 Menschen gefördert worden. Im kommenden Jahr werden insgesamt rund 48,5 Millionen € für Maßnahmen dieses Programmes bereitstehen. Hier können wir eine ganze Menge tun, um Unternehmern auch ein bisschen Arbeit abzunehmen, was Qualifizierung und Fortbildung angeht.

Was wir von dem neuen Job-Aktiv-Gesetz erwarten, sind die notwendige Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und weitere Impulse für den Arbeitsmarkt. Da kann man nur die Wirtschaft lobend erwähnen, die neue Wege geht, zum Beispiel das VW-Modell oder andere in unserem Land, wo sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor Ort einigen, was das Beste ist, um den Betrieb über eine schwierige Zeit hinwegzukriegen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

So stelle ich mir gemeinsames Handeln in Unternehmen vor, indem der eine genauso ernst genommen wird wie der andere und dafür zum Dank auch bereit ist, einmal ein Stück auf ein paar erkämpfte Rechte zu verzichten, die er in dem Moment zurückbekommt, in dem der Laden wieder läuft. Wir haben das. Die Landesregierung hat dort geholfen, indem wir bei der Arbeitszeit Genehmigungen gegeben haben, die uns bei den Gewerkschaften durchaus Ärger eingebracht haben.

Nicht nur in Zeiten knapper Kassen setzen wir auf **Kooperation und Kreativität**. Das klappt. Wir geben dazu hervorragende Anstöße. Sie haben versucht, mit Ihrer Großen Anfrage zu beweisen, dass das **Ehrenamt** in Schleswig-Holstein am Boden liege. Tut mir Leid! Herausgekommen ist zu unserer eigenen

Verblüffung, dass wir an der Stelle wirklich prima sind. 700.000 Menschen arbeiten in Schleswig-Holstein in mehr als 14.000 Vereinen ehrenamtlich. Sie packen Dinge an, für die sie nichts bekommen, die aber notwendig sind, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Die Aktion, die wir durchgeführt haben, die Aktion: „Ich mach mich stark für uns in Schleswig-Holstein“, hat noch einmal neue Motivation gegeben. Das war eine gute Veranstaltung. Sehr viele vor Ort, Abgeordnete, Kreistage, Gemeinden, haben begriffen, was für eine Hilfe sie in diesen ehrenamtlich tätigen Menschen haben, die dazu beitragen, dass das Leben in den Kommunen und bei uns im Land lebenswert ist.

Dieser Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dient auch unserer Minderheitenpolitik. Sie soll den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht nur stärken, sondern auch darauf hinweisen, dass das Anderssein der Minderheit etwas ist, was unser Leben bereichert, und nichts, was unser Leben bedroht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft unseres Landes. Wir schaffen es, mit diesem Haushalt gleichzeitig konsequent zu sparen und trotzdem Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes voranzutreiben. Heute Morgen hat der Oppositionsführer gesagt, es sei Zeit zum Wechsel. Das habe ich so verstanden, dass Sie an die Führung wollen. Ich muss Ihnen sagen: Wer Führung will, muss erst einmal seine eigenen Reihen in Ordnung bringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Wie sieht es bei der CDU denn im Moment aus? Das hat uns Herr Wadephul schön vorgeführt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich finde das positiv!)

Erst wird eine angehende Bundestagsabgeordnete diffamiert. Dann schlägt man sich in die Büsche. Zwischendurch demontiert man noch ganz schnell den eigenen Fraktionsvorsitzenden und jetzt ist auch noch die Quote im Eimer. Alles Führungsstärke! Und Ihre Parteivorsitzende, Frau Merkel, wollen Sie auch nicht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich finde das prima!)

Allein diese K-Posse zeigt: Sie dürfen nicht regieren! Das wäre nicht gut.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Ich sehe zu unserer Politik keine Alternativen, aber ich habe von der von mir aus gesehen rechten Seite Signale bekommen, dass man bei schwierigen Fragen mit der Regierung und den Regierungsfractionen enger zusammenarbeiten möchte. Wenn das nicht wieder der Austausch dessen ist, was wir alle schon kennen, würde ich mich freuen, wenn es in den wichtigen Fragen wie PISA und anderen zu einer Zusammenarbeit käme. Das wäre zum Wohl unserer Kinder und unserer Gesellschaft insgesamt.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Neugebauer hat jetzt das Wort.

(Unruhe)

Die Wortmeldung wurde zurückgezogen. - Herr Abgeordneter Wiegard hat das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rede der Ministerpräsidentin hat mich an die Rede vor 364 Tagen erinnert. Da war der Jubel noch etwas ausgeprägter als heute. Heute war das schon ein bisschen verhalten.

(Zurufe von der SPD)

Das hat allerdings nichts daran geändert, dass der Haushalt, den Sie damals als grundsolide, stabil und sozial gerecht bezeichnet haben, schon nach 14 Tagen in weiten Teilen Makulatur war und wenige Monate danach eingesammelt werden musste, weil mal wieder die Voraussetzungen nicht gestimmt haben. Ich denke, das wird uns auch in diesem Jahr ereilen.

Herr Minister Möller, Sie haben gestern die Gesamtstrategie für die **Entwicklung der Landesbank** vorgestellt. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Auf Norddeutsch habe ich Ihnen das schon einmal gesagt: Ich hör Ihnen immer gern zu, aber glauben tue ich Ihnen kein Wort.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Problem bei dieser Gesamtstrategie ist, dass sie im Prinzip richtig ist. Sie hätten dafür kein Honorar von 400.000 DM ausgeben müssen, weil mein Kollege Sager, der vorhin bereits lobend erwähnt wurde, Ihnen im letzten Jahr eben diesen Vorschlag gemacht hat, das Förderinstitut Investitionsbank herauszulösen und die Geschäftsbank in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir sind, was diese Vorschläge anbetrifft, einer Meinung. Sie haben nur das Problem, dass Sie die langfristige Strategie für die Entwicklung der Landesbank nicht mit der langfristigen Strategie der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein verbunden haben. Da steckt die eigentliche Sorge. Die Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein ist in der Rede der Ministerpräsidentin immerhin mit einem Halbsatz erwähnt worden, in dem sie sagte, dass die Aussichten nicht so ganz rosig seien.

Sie haben in diesem Haushalt, den Sie uns vorgelegt haben, wieder insgesamt knapp 170 Millionen DM **Verkaufserlöse** enthalten, weil Sie den Verkauf von Vermögenswerten des Landes brauchen, um Ihren **Haushalt** auszugleichen. Wir können das gleich durchdeklinieren. An keiner Stelle machen Sie irgendeinen Ansatz aufzuzeigen, mit welcher Strategie Sie in den künftigen Jahren auf diese Frage eine Antwort geben wollen. Wenn Sie jetzt ein Fünftel der Landesanteile an der Landesbank verkaufen, um das Haushaltsloch 2002 zu decken, das Sie bis jetzt erkennbar haben, dann haben Sie sozusagen noch vier Schüsse frei, um in den zukünftigen Jahren das Gleiche zu tun. Sonst müssten Sie heute einen Ansatz machen, um für die Zukunft dauerhaft irgendwelche Aufwendungen zu senken. Wir haben Ihnen dazu übrigens die Hand gereicht. Da ist nichts zu erkennen, denn die Aufwandsseite Ihres Haushaltsentwurfs zeigt genau dasselbe, was Sie in den letzten Jahren aufgezeigt haben, nämlich: Sie steigern die Aufwendungen für die Verwaltung Ihrer Politik und Sie haben für die eigentliche Politik nicht mehr genügend Geld.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei Ihnen steigen die Personalkosten, bei Ihnen steigen die Kosten für die Verwaltung und bei Ihnen sinken die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes um 50 Millionen € in diesem Jahr. Das bei einer Haushaltssituation, die eigentlich besser nicht sein kann, so haben Sie es uns jedenfalls in das Haushaltsbuch geschrieben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was?)

Sie haben zwar in all Ihren Beiträgen immer wieder dargestellt, dass die **Steuereinnahmen** sinken, aber das kann ich aus Ihren Haushaltszahlen nicht ablesen. Ich stelle aus Ihren Haushaltszahlen fest, dass die Steuereinnahmen steigen: Erste Nachschiebeliste 472 Millionen €, jetzt sind es - so glaube ich - 476 Millionen €. Die Steuereinnahmen steigen also in Ihrem Haushaltsentwurf 2002 um fast 10 %. Wenn Sie das mit den Mindereinnahmen beim Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen verrechnen, dann kommen Sie immer noch auf einen

(Rainer Wiegard)

Wert, der Mehreinnahmen in diesem Bereich von rund 150 Millionen € aufweist.

Bleiben wir bei den Steuereinnahmen! Worauf wollen Sie eigentlich noch warten? Ich habe Sie im Finanzausschuss gefragt, was Sie für eine Strategie entwickeln wollen, um in diesem Jahrzehnt die **Nettokreditaufnahme** auf null zu setzen. Die Ministerpräsidentin hat dies heute noch einmal bekräftigt. Das können Sie doch nicht dadurch beantworten, dass Sie uns immer wieder mit der Antwort abspeisen, dass wir auf die nächste Steuerschätzung warten müssen. Das hat doch mit der Korrektur von Aufgaben und Ausgaben nichts zu tun!

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie können nicht immer wieder dieselbe Antwort geben. Die Steuereinnahmen steigen in beträchtlichem Maße. So weist Ihr Haushaltsentwurf das aus. Ich denke, auch darüber werden wir im Mai erneut diskutieren, wenn Sie wieder ankündigen, dass Sie einen Nachtragshaushalt vorlegen. Die Schulden steigen und es bleiben die Verkäufe von Vermögenswerten, an deren Beschaffung viele schleswig-holsteinische Generationen über viele Jahrzehnte gearbeitet haben. Sie verscherbeln das in wenigen Jahren. Ich sage Ihnen: In vier Jahren ist nichts mehr da. Dann ist die Landesbank weg, weil Sie sie in Teilraten verscherbelt haben. Stattdessen steigen die Schulden und die Ausgaben für die Verwaltung Ihrer Politik.

(Ursula Kähler [SPD]: Und das Wasser in der Förde!)

Zur Politik! Lassen Sie mich etwas anmerken, weil ich den Innenminister gerade sehe, wie er in ruhiger Gelassenheit dort sitzt. Der Fraktionsvorsitzende, der im Moment nicht da ist, hat heute Morgen eine Bemerkung in Richtung **Polizeibeamte** gemacht. Herr Buß, so geht es nicht! Sie bedanken sich hier großartig bei den Polizeibeamten des Landes und Sie setzen sich in die Redaktionen von regionalen Zeitungen und beschimpfen die Polizeibeamten dafür, dass sie Sorge haben, dass Sie die Einsatzleitstellen streichen und an Stelle dieser Einsatzleitstellen erneut eine neue Technologie, eine Wunderwaffe der Technik, einzusetzen versprechen, wo es Ihnen bis heute noch nicht gelungen ist, die Technologie einzusetzen, die heute in jedem Kinderzimmer üblicherweise bereits verfügbar ist.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Es ist gut, dass das Haushaltsbegleitgesetz ein bestimmtes Datum trägt. Wenn Sie nachschauen, stellen Sie fest, es ist das Datum 10. September 2001. Das ist deshalb gut, weil es deutlich macht, dass es einen Un-

terschied gibt. Es gibt eine Politik, die bis zum 10. September für Sie gegolten hat. Danach erst wurde eine andere Politik begründet, die mit den Ereignissen des 11. Septembers zusammenhängt. Ich habe mir das angesehen. Die Ausgaben im Polizeihauhalt sollten von 2000 auf 2002 um 15 Millionen € steigen. Daraufhin habe ich gesagt: Das ist eigentlich in Ordnung, weil das in etwa den Forderungen entsprach, die wir letztes Jahr im Dezember hier zum Haushalt 2001 gestellt haben. Dann habe ich mir das genau angesehen und siehe da: Was war mit diesen 15 Millionen €? Herr Buß, diese 15 Millionen € werden ausschließlich dafür aufgewendet, die Mieten für die Polizeistationen an die GMSH zu bezahlen, die es vorher nicht gegeben hat. Das ist die einzige Steigerung, die Sie vorgehen hatten: 15 Millionen € für Miete, sonst nichts!

(Beifall bei der CDU)

Die Personalkosten für den Polizeibereich sollten sogar noch um 250.000 € sinken.

Nun haben Sie in Ihrem groß gelobten **Sicherheitspaket** zugeschlagen und 4,3 Millionen draufgelegt. Wenn Sie genau nachrechnen, zeigt sich: Personalkosten im Polizeibereich im Jahr 2000 beliefen sich auf 280 Millionen €. Bei einer normalen Steigerung dieser nicht üppigen Ausstattung wären Sie bei 290 Millionen €. Jetzt liegen Sie gerade eben bei 284 Millionen €. Dies ist Ihr großartiges Sicherheitspaket, das Sie allüberall verkaufen!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein Wort kurz zum Schwerpunkt **Erziehungsgeld**. Kollege Hentschel hat hierzu Ausführungen gemacht. Ich habe gedacht, er müsste sich eigentlich wundern, warum sein Blindenhund bellt, aber er hat es nicht gemerkt; vielleicht war er zusätzlich auch noch taub. Also: Das Landeserziehungsgeld, das vorgesehen ist, wird nach zwei Jahren Erziehungsgeld vom Bund, das nun seit einigen Jahren von der rot-grünen Bundesregierung getragen wird, im dritten Jahr gezahlt. Die Zahlen messen sich an Erkenntnissen in anderen Bundesländern, in denen das angewendet wird, Kollege Hentschel. Zum Vergleich sage ich Ihnen etwas, was Sie seit einem Jahr durch die Lande tragen. Sie tragen seit einem Jahr durch die Lande, dass Sie 30 DM mehr Kindergeld gleichmäßig über das Land verteilen. Das macht 90 Millionen DM aus. Diese 90 Millionen DM versickern gleichmäßig, bei den Familien kommen nur 15 DM an, weil Sie die Hälfte der Kindergelderhöhung durch das Streichen von Freibeträgen wieder einkassieren.

(Widerspruch bei der SPD)

90 Millionen DM gleichmäßig über das Land zu verteilen, ohne dass sie an den Stellen Wirkung entfalten,

(Rainer Wiegard)

an denen es notwendig ist, ist eben eine andere Politik. Wir sagen deshalb: Es muss eine Politik geben, die Schwerpunkte dort setzt, wo sie erforderlich sind.

(Beifall bei CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! - Hier schließt sich wieder der Kreis zur Landesbank. Dies alles hat nur dann einen Sinn, wenn es eine Strategie zur Sanierung der Landesfinanzen gibt, die wieder zu mehr Investitionen führt, die zum Sinken der Schuldenaufnahme mit dem Ziel einer Nettokreditaufnahme von null führt. Hierzu haben Sie überhaupt keinen Vorschlag gemacht.

Deshalb lehnen wir Ihren Haushalt ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zeit wird leider nicht reichen, um all das, was Herr Wiegard falsch dargestellt hat, zu korrigieren.

(Lachen bei der CDU)

Insofern versuche ich, nur einige Punkte aufzugreifen.

Punkt eins! Kindergeld versickert überhaupt nicht, sondern **Kindergeld** kommt in den Familien an. Die Freibeträge steigen durch die neue Steuerreform überall außer bei den Alleinerziehenden, und dies nicht, weil Rot-Grün es so toll findet, sondern weil sich das Bundesverfassungsgericht in die Besteuerung von Familien eingemischt hat. Dies geschah unter anderem deshalb, weil unter der CDU-Regierung Familien 16 Jahre lang in den Hintergrund gedrückt worden sind und viel zu viel Steuern zahlen mussten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Widerspruch bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Das erzählen Sie wider besseres Wissen!)

So viel zum Kindergeld!

Das Zweite! Die Polizei. Sie vergleichen unzulässigerweise die Einführung des digitalen Funkes mit dem COMPAS-Programm. Sie haben gesagt, das COMPAS-Programm und die Computer seien noch nicht geregelt und nun werde mit der mysteriösen **neuen Technik** der Leitstellen angefangen. Herr Wiegard,

Sie sind nicht im Bilde. Erstens hat das eine mit dem anderen technisch nichts zu tun, dies sagt mir die Polizei vor Ort. Zweitens ist es unstrittig, dass wir digitalen Funk brauchen, schon weil er auf europäischer Ebene verbindlich vereinbart worden ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer bestreitet das denn?)

- Herr Wiegard! Lesen Sie nach, was er gesagt hat!

(Klaus Schlie [CDU]: Sie haben das noch nicht mitgekriegt!)

Drittens ist es so, dass die Konzentration der Leitstellen auf die vier Polizeidirektionen zwar von der GdP kritisch beleuchtet wird, weil sie natürlich Angst davor hat, dass sich einzelne Polizisten verändern müssen, aber in der Sache wird es von der Polizei begrüßt. Der Wunsch der **Polizei** ist, dass bei dieser Reform keine **Stellen** bei der Polizei abgebaut werden, sondern die eingesparten Stellen innerhalb des Reformpakets bei der Polizei in der Fläche wieder ankommen. Dies ist etwas, wofür sich meine Fraktion einsetzt. Ich gehe nicht davon aus, dass der Innenminister in diesem Rahmen Stellen streicht, sondern ihm daran gelegen ist, das Polizeipersonalverteilungskonzept umzusetzen und den Hamburger Rand endlich zu stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bitte Sie herzlich, die Diskussion differenziert zu führen und nicht eine einfache Schwarz-Weiß-Malerei zu betreiben.

Nun wundert es mich nicht, dass Sie dies tun. Vor Ort verkünden Sie zum Beispiel Details des kommunalen Finanzausgleichs. Ich erlebe zum drittenmal - ich lese munter das „Stormarner Tageblatt“ -, dass Sie vor Ort immer sagen, wie Sie den **kommunalen Finanzausgleich** verändern wollen. Hier im Landtag sind Sie bisher mit keinem einzigen Antrag angekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Da sage ich: Nur Mut, machen Sie doch einmal den Vorschlag, die Vorwegabzüge zu streichen, so wie Sie das ankündigen!

(Rainer Wiegard [CDU]: Aber nicht im Zusammenhang mit diesem Haushalt!)

Vor Ort sagen Sie dann folgenden Satz - so werden Sie in dem Artikel zitiert -: Wenn die Kompetenzen von Städten und Gemeinden gestärkt werden, brauche es auf Landesebene nahezu keine Verwaltung mehr zu geben.

(Monika Heinold)

Herr Wiegard, an dieser Stelle haben Sie ein kleines Stück daneben gegriffen. So einfach ist es dann doch nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Da ich mit meiner Zeit im Minusbereich bin, möchte ich mich nur noch an einer Stelle dem Steuerzahlerbund anschließen. Der Steuerzahlerbund sieht in den Vorschlägen der Opposition auch nur ein Umschichten ohne Einspareffekte. Ich denke, auch dies entkräftet den Versuch, den Sie eben gemacht haben, zu sagen, Sie sparten im Interesse des Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kubicki. Sie waren versehentlich unter die Kurzbeiträge gerutscht. Ihnen stehen zwei Minuten zu. Ich werde es auf drei Minuten erhöhen.

(Lachen bei der SPD)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht nach Schönheit!)

- Herr Hentschel, dann haben Sie gar keine Chance mehr.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist mir auch nicht so wichtig!)

Deshalb zuerst zu Ihnen, Herr Kollege Hentschel. Sie sind so unglaublich berechenbar, dass Sie genau an der Stelle, die meine Fraktion dafür vorgesehen hat, ausgerutscht sind. Sie haben erklärt - das ist ein Vorwurf an die FDP gewesen -, wir hätten bei der Einsparung der 17 Millionen DM **Sozialhilfe** keinen ordentlichen **Deckungsbeitrag** unterlegt, weil wir nur hineingeschrieben hätten: Senkung durch Effektivierung der Maßnahmen ASH. Frau Ministerin, an sich müssten Sie hier aufstehen. Dass der Fraktionsvorsitzende der Grünen erklärt, durch den Einsatz von 90 Millionen DM seien 17 Millionen DM nicht einzusparen, finde ich schon ein bisschen komisch.

Herr Kollege Hentschel, Sie müssten vielleicht einmal darüber nachdenken, dass die Bundestagsfraktionen auch Ihrer Couleur ein JOB-AQTIV-Gesetz beschlossen haben. Wenn dies keine Auswirkungen hat, können wir uns das sparen. Wenn Sie dies behaupten wollen - das war Ihr Beitrag -, dann müssen wir in der

Tat nicht weiter darüber diskutieren, wie die Politik von Rot-Grün aussieht.

Ein Weiteres möchte ich sagen. Dass ausgerechnet Sie von der FDP Rückgrat einfordern, das die Grünen nicht mehr haben, finde ich ebenfalls bemerkenswert.

(Minister Claus Möller: Quatsch!)

Sie fordern uns dazu auf, dass wir über unsere Bundesratsmöglichkeiten, sofern wir überhaupt welche haben, dafür Sorge tragen, dass der Rechtsstaat weiter organisiert wird. Ich kann Ihnen sagen: Mir ist es gelungen, dass jedenfalls die FDP-Bundestagsfraktion im Bund gegen Schily II stimmen wird. Sie werden es nicht glauben. Aber Ihnen ist nicht einmal gelungen, für eine ordnungsgemäße Beratung dieses Gegenstandes zu sorgen. Es wird diese Woche durchgepeitscht. Fast alle Experten, die letzten Freitag im Bundestag angehört worden sind, haben das **Paket Schily II** versenkt, und zwar nicht, weil sie in der Ausrichtung anderer Auffassung waren, sondern weil die professionellen handwerklichen Fehler so gravierend sind, dass man da etwas tun muss. Dass es SPD und Grünen nicht einmal gelingt, eine ordnungsgemäße Beratung im Parlament herzustellen, ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, nun kurz zu Ihnen, damit Sie nicht denken, ich sei der böse Bube. Ich freue mich, dass Sie die Angelegenheit mit der **Sparkasse Kiel** klargestellt haben. Ich will daran erinnern, dass das, was ich gesagt habe, einer Pressemitteilung der Sparkasse Kiel vom 6. Dezember dieses Jahres entstammt. Ich will diesen Satz, weil ich ihn wirklich bemerkenswert fand, noch einmal zitieren. Dort steht:

„Diese Entscheidungen der Sparkasse Kiel sind nach gründlicher juristischer Beratung und im Benehmen mit der Kommunalaufsicht des Landes sowie des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein getroffen worden.“

Ich bin froh, dass Sie heute erklärt haben, dass dies nicht stimmt, denn der Rechtsschein, der dort gesetzt worden ist, war ein sehr fataler.

Frau Ministerpräsidentin, Sie sollten im Bereich Ihrer Redenschreiber für eine neue Form der Beteiligung sorgen, denn die Behauptung, die Sie gerade aufgestellt haben, der Verkauf des Fünfprozentanteils diene dazu, die Investitionsquote des Landes hochzuhalten, ist schlicht falsch. Der Anteilsverkauf - die 100 Millionen € - hat mit der Investitionsquote des Landes überhaupt nichts zu tun. Das fließt voll in den Konsum. Sie sind mit den Investitionen, die Sie tätigen, an der verfassungsmäßigen Grenze, was die Neuver-

(Wolfgang Kubicki)

schuldung angeht. Würden Sie weniger investieren, müssten Sie die Neuverschuldung senken. Das heißt, es gibt eine Korrelation zwischen **Neuverschuldung** und **Investitionsquote**, aber nicht zwischen Anteilsverkauf und Investitionsquote.

(Beifall bei der FDP)

Insofern: Hören Sie auf, der Bevölkerung etwas Falsches zu erklären.

Frau Ministerpräsidentin, noch ein Satz zur Landesbank! Wenn das, was Sie behaupten - bei dem ein Journalist sich überlegt, ob er das glauben kann - stimmen würde, dass die Beteiligung der WestLB an der Schleswig-Holsteinischen Landesbank dazu geführt hat, dass diese exorbitante Wertsteigerung stattgefunden hat, dann müssten wir denen jetzt noch Geld bezahlen. Denn wenn die 25 % Anteile jetzt mehr wert sind als die 50 % vor fünf Jahren - und das aufgrund der Beteiligung der WestLB -, hat diese den Benefit verdient und nicht wir. Das, was Sie da erzählen, ist auch schlichter Unsinn.

Ein Letztes! Schleswig-Holstein ist immer so weit vorn, dass uns viele Bundesländer und andere einfach nicht folgen können. Wir hatten ja schon einen „Basta!“-Kanzler. Ich habe in Ihrem Beitrag heute so viel „Prima!“ gehört, dass mir jetzt der Begriff „Prima“ donna richtig klar geworden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Finanzminister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute beraten mehrere Landesparlamente über die Haushalte 2002. Ich denke, das Ritual zwischen Opposition und Regierung - je nachdem, wer regiert - ist ähnlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nee!)

Bevor ich mich zu einigen Punkten äußere, lassen Sie mich eine positive Nachricht überbringen nach dem Motto: Wo bleibt das Positive?

Ich war heute Nacht im **Vermittlungsausschuss**. Im November haben wir im Landtag über die Steuer-schätzung, das Steuerpaket, die Entwicklung der Körperschaftsteuer - 23,6 Milliarden auf 1,67 diskutiert. Wir alle hatten den Eindruck, dass die **Steuerreform** doch vielleicht etwas kopflastig zugunsten der Großkonzerne ausgefallen ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das habe ich immer gesagt! - Rainer Wiegard [CDU]: Das ist eindeutig!)

Wir haben es - auch aufgrund von zwei wichtigen Anträgen von uns - im Vermittlungsausschuss geschafft, dass gestern Nacht Folgendes beschlossen worden ist. Es war ein echtes Verfahren im Vermittlungsausschuss. Es haben alle zugestimmt mit Ausnahme - - Das darf ich nicht sagen. Es war jedenfalls eine große Mehrheit sichergestellt. Es ist gelungen, für den **Mittelstand** im nächsten Jahr zusätzliche **Steuererleichterungen** in Höhe von 650 Millionen € zu schaffen, und zwar zulasten der Großkonzerne. Ich denke, das ist ein richtiger Schritt.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Das ist im Wesentlichen durch zwei Punkte passiert.

Die **Reinvestitionsrücklage**, die steuerneutral gebildet werden soll und nach dem Entwurf des Bundestages auf 50.000 € beschränkt war, beträgt nunmehr 500.000 €. Das ist eine Grenze, die für den Mittelstand wichtig ist. Der Mittelstand hat darauf gewartet, dass er steuerlich so gestellt wird wie Großkonzerne, was Rücklagen im Zusammenhang mit Veräußerungen angeht.

Der zweite Punkt ist ein Posten, der Steuererleichterungen von etwa 150.000 Millionen € bringt. Wir haben gesagt, die Generationennachfolge beim Mittelstand und bei kleinen und mittleren Unternehmen ist wichtig. Wenn er in Schritten erfolgt - was häufig so ist -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was sinnvoll ist!)

dass sich eine Generation nicht ganz zurückzieht, muss in die **Steuerbefreiung** auch **Sondervermögen** einbezogen werden. Auch darauf haben wir uns verständigt.

Das geht zulasten bestimmter Besteuerungen der Großunternehmen bei Veräußerungen. Dort tritt eben nicht Gewerbesteuerfreiheit bei Veräußerungen ein. Jedenfalls werden die Dividenden besteuert. Bei Veräußerungen in Konzernen fällt die Grunderwerbsteuer nicht weg. - So kommen die Umschichtungen zustande.

Diese Finanzierung durch die Großkonzerne erfolgt überwiegend zugunsten der Grunderwerbsteuer und der Gewerbesteuer. Sie wissen, wir stark die Kommunen darauf gedrängt haben, nicht die großen Verlierer der Steuerreform zu sein. Es gibt daher ein weiteres positives Ergebnis. Es gibt erstens die Umschichtung von Konzernbesteuerung auf den Mittelstand mit diesen zwei bereits genannten Schwerpunkten - ich will nicht alles nennen -. Zweitens. Als Ergebnis kommt im Jahr 2002 dabei heraus, dass gegenüber dem Beschluss des Bundestages sowohl das Land Mehrein-

(Minister Claus Möller)

nahmen von rund 8 Millionen € als auch die Kommunen Mehreinnahmen von rund 10 Millionen € haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer bezahlt das alles?)

Das ist rundum ein rundes Ergebnis.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Kommunen und wir schneiden dabei etwas besser ab. Vor allem: Der Mittelstand wird in dieser Größenordnung entlastet. Ich denke, es war wichtig, dass ich das zu Beginn der Diskussion sage.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können wir noch nicht nachvollziehen! - Martin Kayenburg [CDU]: Den Dukatenesel müssen Sie noch erklären!)

- Ich habe dazu eine PI gemacht. Wegen der mir zur Verfügung stehenden Redezeit kann ich das nicht alles erläutern. Das ist auch heute Nacht erst beschlossen worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Den Eindruck hat man! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Müssen wir den Haushalt schon wieder ändern?)

Es bleibt dabei: 650 Millionen € zusätzliche Steuerentlastungen für den Mittelstand! Das ist gut so.

Ich habe bereits gesagt, dass heute mehrere Landesparlamente über den Haushalt beraten. Natürlich wird dabei eine Rolle spielen, wie die **Eckwerte der Haushalte** sind, wie die Nettokreditaufnahme ist, welche Auswirkungen die Steuerschätzung und die Konjunktursituation haben. Gar nicht zu beschönigen ist das, was der Landesrechnungshof immer gesagt hat. Wir stimmen völlig überein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach?)

1988 war es schon so, dass wir die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung haben. Es ist auch heute das Strukturproblem, das wir haben: die hohe Verschuldung!

(Rainer Wiegard [CDU]: Wat mokt wi da?)

Aber Sie müssen auch die Rahmenbedingungen sehen. Ich bitte Sie, sich in aller Ruhe die Presse über die Haushalte anzusehen, die heute in den Ländern beschlossen werden.

Wir haben folgende Haushaltseckwerte. Die Ausgaben im Haushalt steigen um 0,6 % bei einer Inflationsrate von 1,7 % bei einer Lohnrunde von 2,4 %. Wir haben eine Nettoneuverschuldung von zusätzlich 2,3 Millionen €. Und das, obwohl wir im Privatschulbereich nachgebessert haben, obwohl wir bei den Minderheiten nachgebessert haben, obwohl wir BSE finanziert

haben, obwohl wir LSE - Vertrauensschutz - nachfinanziert haben, obwohl wir das Sicherheitskonzept finanziert haben! Meine Damen und Herren, der werfe den ersten Stein, der dagegen ist, dass wir in den Schulen 300 Stellen, bei der Polizei 96 Stellen, in der Justiz 127 Stellen und in der Steuerverwaltung 36 neue Stellen in den Stellenplan eingestellt und finanziert haben. Der, der dagegen ist, der werfe den ersten Stein.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben hier keinen!)

Dennoch haben wir diese geringe Steigerungsrate.

Ich sage Ihnen: Die Nettoneuverschuldung wird in einigen Ländern dramatisch ansteigen. Sie müssen aber auch die Kirche im Dorf lassen und sich umsehen, wie die Haushalte unter CDU-regierten Ländern aussehen.

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Wir hatten allein für den Haushalt 2001 die Mai-Steuerschätzung und die November-Steuerschätzung zu verkraften.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben andere auch!)

Wir haben das teilweise über einen Nachtrag gemacht. Ich gebe zu, dass wir die November-Steuerschätzung vermutlich nur über eine Inanspruchnahme der Restkreditermächtigung werden auffangen können. Die haben wir aber in den vergangenen Jahren erspart. Sie steht dafür zur Verfügung. Andere Länder müssen die Nettoneuverschuldung um teilweise 50 % anheben.

Zu der Situation, dass die **Steuereinnahmen** steigen! Ich sage Ihnen: In 2001 werden wir über 500 Millionen weniger Steuereinnahmen haben als im Jahr 2000. Das ist Fakt. Jetzt kommt das Besondere. Frau Simonis hat das gesagt. Bis zum letzten Abrechnungstermin entfallen davon 307 Millionen allein auf den Länderfinanzausgleich.

Ich behaupte einmal, dass unsere Gesamtminderausgaben von 500 Millionen € überwiegend entstehen, weil unsere Steuerkraft besser als die anderer Länder ist und wir im Rahmen des Länderfinanzausgleichs rund 500 Millionen € weniger als im Vorjahr bekommen. Das ist kein Indiz dafür, dass bei uns der Laden nicht in Ordnung ist,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

sondern das beschreibt den Umstand, dass unsere mittelständische Struktur, die wir jetzt auch durch weitere

(Minister Claus Möller)

Steuerentlastungen pflegen, nicht so Körperschaftsteuerabhängig ist wie die Struktur in anderen Ländern. Aber das ist Fakt.

Was 2002 angeht, Folgendes! Die Mai- und die November-Steuerschätzungen haben uns in der Summe 217,4 Millionen € weniger beschert und nur ein Ansteigen der **Ausgaben** von 44 Millionen €. Ich nenne nur vier Positionen, bei denen Sie auch sagen müssten, die seien unvermeidbar: Hochschulen plus 8 Millionen €, Tarifrunde, im Lehrerbereich zusätzliche Stellen und natürlich jede Stelle wiederbesetzen plus 20 Millionen €, Sicherheitskonzept 12 Millionen € und Versorgungskosten plus 34 Millionen €. Das sind zusammen 74 Millionen € nur in diesen Bereichen. Darin ist die Sozialhilfe noch gar nicht enthalten. Die Ausgaben steigen aber nur um 44 Millionen €. Da soll noch einer sagen, dass die Margen in den anderen Bereichen nicht ausgequetscht wären! Weshalb haben wir denn die Demonstrationen vor dem Landtag gehabt?

Zu den Vorschlägen der CDU möchte ich sagen, ich würde auch ganz gern, Herr Kayenburg, einmal mit Ihnen in die Kantine gehen und mit dem Taschenrechner demonstrieren, wie man einen Haushalt nicht aufstellt, wie Sie es jedoch gemacht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schwierigkeiten bei Haushaltsvorschlägen sind ja bekannt. Auch mit dem Taschenrechner hatte Herr Stritzl Frau ja einmal versucht. Nur, das Problem war, dass er sich um eine Kommastelle vertan hatte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hatten Sie aber auch schon einmal mit brutto und netto!)

Dann gab es ein paar Jahre keine Anträge und jetzt haben wir das, wozu Herr Hentschel eigentlich alles gesagt hat.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das ist sein Niveau!)

Ich will nur noch einmal mit einigen Sätzen etwas zu der Sache mit den **Personalkosteneinsparungen** sagen. Niemand wird hier sagen, dass die zusätzlichen Stellen, die wir geschaffen haben, nicht erforderlich wären. Wir haben den Ressorts in den Personalbudgets zugemutet, dass die gesamte Personalkostensteigerung bei den Tariflöhnen - das sind über 20 Millionen € - erwirtschaftet werden müssen. Dazu wird noch eine Belastung aus der VBL-Runde kommen. Das bedeutet natürlich, dass Stellen eingespart werden müssen. Das bedeutet natürlich, dass Stellen nicht wiederbesetzt werden können. Aber dann sind diese 10 Millionen €,

die Sie hier zusätzlich vorschlagen, wirklich eine Luftnummer, Herr Kayenburg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel klatschte! Der hat das sowieso nicht verstanden!)

Ich komme zu dem Aspekt der **Landesbank**, der hier bei Ihnen eine Rolle gespielt hat. Es freut mich, dass ich jedenfalls zu der Konzeption keinen Widerspruch gehört habe -

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weder von Ihnen, Herr Kayenburg, noch von Ihnen, Herr Kubicki.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sind doch unsere alten Vorschläge, Herr Minister!)

Herr Kubicki, Sie haben früher ja immer gesagt, langfristig sei bei der Entwicklung die Aktiengesellschaft vielleicht die richtige Rechtsform.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben das bei uns abgekupfert! - Zurufe von CDU und FDP)

Ich will auch noch einmal unterstreichen: Die Auswirkungen der I-Bank-Gründung - Beteiligung der WestLB, der SüdwestLB, Bereinigung mit den Sparkassen, was die Provinzial angeht, Kauf der Kopenhagener-Niederlassung und Beteiligung an der Hamburgischen Landesbank - waren richtige strategische Ansätze; sie haben insgesamt dazu geführt, dass die Bank die Entwicklung genommen hat, die sie nun einmal genommen hat. Aber uns zwingt die EU einfach - das ist nicht unsere Position gewesen, dass man die Gewährträgerhaftung und solche Dinge infrage stellt - zu Neuüberlegungen.

Jetzt noch einmal zu den 10 Millionen €, dazu, was das ist: Sie wissen doch ganz genau, dass seinerzeit der Käufer und der Verkäufer Bewertungsgutachten gemacht haben. Das eine Gutachten lag knapp unter 1 Milliarde DM, das andere lag knapp über 1 Milliarde DM.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Rund 1 Milliarde DM! Danach hat man sich dann auf einen Kaufpreis verständigt.

Ich sage nur, die Auffassung der Landesbank ist, dass der derzeitige Wert der Bank etwa das Fünffache, vielleicht das Sechsfache ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Minister Claus Möller)

Das muss ein Gutachten bestätigen. Wir können versuchen, uns auf ein unabhängiges Gutachten zu einigen. Aber wir haben ja vorsorglich auch Geld eingestellt, um einen eigenen Gutachter mit der Beantwortung der Frage zu beauftragen, was die Bank wert ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Zwei!)

Jeder Gutachter wird zu dem Ergebnis kommen, dass der Unternehmenswert auch von der Entscheidung des **EuGH** abhängt, wie das mit der Haftungsvergütung ausgehen wird. Deshalb haben wir erstens gesagt, wir formulieren das so, dass wir bis zu 5 % einkalkulieren, und dass wir zweitens mindestens 100 Millionen € einnehmen wollen.

Sie haben völlig Recht: wenn die Einschätzung der Landesbank das ergibt, wenn der Vorstand es richtig sieht, dass der Wert wesentlich höher ist. Aber ich gehe einmal davon aus, dass es zum Kaufpreis zwei Gutachten geben wird, und zwar zu der Frage, was die Bank jetzt wert ist, und zu der Frage, was sie vielleicht bei einem möglichen Ausgang des EuGH-Verfahrens wert ist. Deshalb bleibe ich dabei, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass man einen Kaufpreis festsetzt und den endgültigen Kaufpreis dann vereinbart, wenn das EuGH-Verfahren seinen Ausgang gefunden hat,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

einen ganz konkreten Besserungsschein nach dem Ergebnis des EuGH einsetzt; denn natürlich ist es für den Wert der Bank von Bedeutung, ob diese Bank 300 Millionen oder 700 Millionen € nachzahlen muss.

Was die Zukunft der Bank angeht, so gibt es zur Investitionsbank offensichtlich große Übereinstimmung, die Meinung, dass das die richtige Position ist. Es gibt keine volle Übereinstimmung in der Frage, ob sich das Land auch aus der Geschäftsbank völlig zurückziehen sollte.

Aber wichtig ist, dass wir dann, wenn andere überlegen, sich aus dieser Bank zurückzuziehen, das Zepter des Handelns in der Hand behalten und uns nicht jeden Partner aufdrücken lassen. Wir wollen vielmehr Einfluss darauf haben, wenn es neue Partner gibt, wer diese Partner sind. Ich habe gestern mindestens die finanzpolitischen Sprecher und die Fraktionsvorsitzenden darüber informiert, dass wir uns für den Fall, dass Marktanteile angeboten werden, vorbehalten müssen, dass wir diese Marktanteile vorübergehend sogar kaufen, um dann zu entscheiden, mit wem wir in Zukunft zusammenarbeiten wollen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, achten Sie bitte auf die Redezeit!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja.

Ich will noch ein Letztes zu der Frage sagen, wo die Perspektive der Haushaltsplanung liegt.

(Lachen bei der CDU - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ja, die suchen Sie!)

- Wo ist die Perspektive in Richtung null? Sie werden der mittelfristigen Finanzplanung entnommen haben, dass nach dem Einbruch der Konjunktur und nach der November-Steuerschätzung, die wir fortgeschrieben haben, 2005 nach unserer Planung - derzeit - die Neuverschuldung um 25 % zurückgehen wird. Sie können sagen, dass das in Richtung 2008 zu wenig ist. Wir gehen natürlich davon aus, dass sich die Konjunktur mittelfristig besser entwickelt. Dann gibt es vielleicht doch einmal mehr Steuereinnahmen.

Aber ich will Ihnen sagen, dass natürlich das, was Sie zur Funktionalreform, zur Zweistufigkeit gesagt haben, nach wie vor richtig ist. Hier werden wir Entscheidungen treffen und natürlich muss der Finanzminister mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er für die Zweistufigkeit ist, sodass dann gegebenenfalls die OFD zur Disposition steht,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

dass wir die Steuerverwaltung zweistufig organisieren können. Das Gesetz lässt das zu und ich denke, dass das gehen wird.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist hier dann die Wasserrahmenrichtlinie genannt worden. Darüber wird zu sprechen sein.

Ich will auch gern etwas zu dem sagen, was weitgehend Tabuthema war und was Herr Hay hier heute Morgen angesprochen hat: Es sollte in aller Ruhe - ich glaube allerdings, das geht nur interfraktionell - besprochen werden,

(Rainer Wiegard [CDU]: Vor oder nach den Pressegesprächen?)

was eigentlich mit der Angelegenheit unserer Gebietsreform ist. Gibt es hier Handlungsbedarf? Dass wir bei 2,6 Millionen Einwohnern noch circa 1.200 Gemeinden haben - viermal so viel wie Nordrhein-Westfalen;

(Minister Claus Möller)

davon 950 Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern -, ist ein heißes Thema.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber es ist doch kein Zufall, dass wir als Land bei unserer Verschuldung den höchsten prozentualen Anteil Zuweisungen an die Gemeinden haben. Das muss auch etwas mit unserer Struktur - 15 Kreise und so viele Gemeinden - zu tun haben. Ich appelliere nur: Das ist kein Wahlkampfthema. Aber auch zu diesem Thema bitte keine Vogel-Strauß-Politik. Darüber muss man in aller Ruhe reden dürfen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das dient den kommunalen Finanzen und unseren Gemeinden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, bitte kommen Sie langsam zum Schluss.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ich möchte noch zu einem letzten Punkt kommen, nämlich zu den **Investitionen**, die Frau Simonis angesprochen hat. Sie waren fast gegen jedes Outsourcing. Aber im Nachhinein müssen Sie anerkennen - Public Private Partnership -, dass die Investitionen nicht im Landeshaushalt, sondern über die Gesellschaften stattfinden. Das ist zum Beispiel bei der GMSH so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber die Personalkosten und die Verschuldung auch!)

Sie investiert in diesem Jahr 25 Millionen DM, um die Investitionslücken für unsere Liegenschaften auszugleichen.

(Zuruf von der CDU)

Sie dürfen auch nicht vergessen, dass wir in einer Größenordnung von über 40 Millionen € Krankenhausinvestitionen tätigen. Sie befinden sich jedoch nicht mehr bei uns im Haushalt, weil wir ein Zuschussprogramm haben. Das müssen Sie akzeptieren. Deshalb ist unsere Investitionsrate tatsächlich besser, als Sie uns Glauben machen wollen. Ich bin sicher, dass die Zielsetzung, die wir uns gesetzt haben, richtig ist. In der Zielrichtung stimmen wir überein. Unser Problem ist die hohe Neuverschuldung. Dann dürfen Sie aber auch nicht jede Strukturmaßnahme kritisieren. Ich erinnere nur daran, die Westküste wäre Ihrer Auffassung nach beinahe untergegangen, als wir einmal das Landesarbeitsgericht Husum mit 3,5 Arbeitsplätzen auflösen wollten. Wir nehmen Sie beim Wort, wenn es ernst wird bei der Funktionalreform und den Struktur-

veränderungen - zum Beispiel auch bei der Zweistufigkeit -, dann wird sich zeigen, ob Sie wirklich bereit sind mitzumachen oder ob Sie sich regional opportunistisch verhalten.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. Zunächst hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Lob beginnen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat heute Morgen angekündigt, dass er den Antrag der FDP zum Titel 0101-530 05, Parlamentspartnerschaften/Austauschprogramme für Parlamente mit den Regionen Kaliningrad, Litauen, Lettland und Estland, übernehmen will. Das trifft natürlich auch auf unsere Zustimmung. Wir tun das nicht nur deshalb, weil wir den Antrag in anderer Form auch gestellt haben, sondern weil ich glaube, dass es konsequent ist - ich darf das in aller Bescheidenheit sagen, dass ich mich natürlich auch persönlich freue -, dass der Landtag einem von mir vorgebrachten Vorschlag folgt. Das wird langfristig zur Bildung von Humankapital zugunsten unseres Landes in dieser für uns wichtigen Region beitragen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Minister Möller, Sie haben versucht, dem Land - damit endet dann der Dank - Perspektiven aufzuzeigen. Sie haben an die Adresse der Opposition die Forderung gerichtet: Lasst doch mal die Kirche im Dorf. Eigentlich sei doch alles in Ordnung und es gebe eine Perspektive.

Herr Minister, ich möchte es wegen der begrenzten Zeit kurz machen. Wenn wir feststellen, dass seit dem Regierungswechsel 1988 bis zu Ihrer Finanzplanung 2002 die **Einnahmen** aus Steuermehreinnahmen, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisung und so genannten Privatisierungserlösen um fast 6 Milliarden DM gestiegen sind, wenn wir gleichzeitig feststellen, dass die Schuldenlast von 1988 bis zum heutigen Tag beziehungsweise bis zum Ende 2002 auf über 32 Milliarden DM angestiegen sein wird - das ist eine Differenz in Ihrer Regierungszeit von 14 Milliarden DM; korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist -, können Sie sich doch nicht hier hinstellen und sagen, Sie hätten die Zeit genutzt, um strukturell das Land fi-

(Thomas Stritzl)

nanzwirtschaftlich voranzubringen. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Zeitraum zeigt, dass es nicht um eine große Fehlentscheidung geht, die Sie korrigieren müssen, sondern die Summe der Fehler, die Sie über die Jahre hinweg gemacht haben, bedrückt heute unser Land. Und Sie haben - bei dem beengten Finanzspielraum, den wir heute noch haben - nicht einen Ansatz gebracht, um - wie Herr Kollege Wiegard und Herr Kayenburg heute Morgen gesagt haben -, deutlich zu machen, wie Sie Ihr gesetztes Ziel zur **Nettoneuverschuldung** 2008 erreichen wollen. Wenn Sie die Spielräume in der Größenordnung von fast 20 Milliarden DM in den letzten 13 Jahren nicht genutzt haben, wie wollen Sie sie in dieser kurzen Zeit bis 2008 auf null bringen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben eine Idee vorgestellt, das ist die Privatisierung, die Teilprivatisierung der **Landesbank**. Dazu habe ich heute in einer großen Tageszeitung gelesen: Die 100 Millionen €, die aus dem Verkauf von bis zu 5 % im Haushalt eingeplant seien, seien realistisch. Man wolle sich aber auf einen gemeinsamen Gutachter verständigen, der den Unternehmenswert festlegt. Ein endgültiger Kaufpreis werde deshalb erst im Jahr 2003 - im Jahr 2003! - feststehen. Das ist der Punkt, Herr Minister Möller. Im Jahre 2003 steht der Kaufpreis fest. Sie planen ihn aber für das Jahr 2002 ein. Das machen Sie ganz geschickt. Sie gehen über eine so genannte globale Mehreinnahme in der Größenordnung von 100 Millionen €, weil Sie selbst nicht sicher sind, ob die 5 % wirklich 200 Millionen DM wert sind.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

- Frau Kollegin, ja, ja, so wird das wieder gemacht. Das haben wir doch schon ein paar Mal erlebt. Auch beim Immobiliendeal war es so. Da wurde eine Größenordnung vorgegeben und als die Bewertung der einzelnen Liegenschaften niedrigere Werte ergeben haben, mussten eben ein paar mehr von den großen Häusern für den gleichen Betrag rübergerückt werden. Genau das ist die Gefahr, die ich hier sehe. Wenn die 5 % nicht 200 Millionen DM wert sind, werden Sie mehr Anteile veräußern müssen. Damit begeben Sie sich aber jeder strategischen Möglichkeit, der von Ihnen vorgestellten Perspektive der Sicherung des Bankenstandortes Schleswig-Holstein auch nur noch im Ansatz gerecht werden zu können. Das ist die Situation, die wir hier haben. Sie machen wieder eine politische Luftbuchung und das Land muss nachher die Zeche zahlen, wenn die Prognosen, die Sie getroffen

haben, von denen, die kaufen sollen, nicht erfüllt werden.

Dass die Zweifel haben, zeigt der Beschluss des **Sparkassen- und Giroverbandes**, der damit eindeutig gesagt hat, er wolle erst einmal gucken, wie viel Prozent wirklich 200 Millionen DM wert sind. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen. Herr Minister, das haben wir schon bei anderen Sachen erlebt. Ich habe meine Zweifel, dass 5 % 100 Millionen € wert sein sollen. Das liegt auch an der angenommenen eklatanten Steigerung innerhalb von ein paar Jahren. Abgesehen davon haben wir es schon ein paar Mal erlebt, dass wir mit Verkäufen hart gelandet sind.

Beim HDW-Verkauf haben wir erfahren müssen, dass die Immobilien nicht mitbewertet worden sind, bei der LEG haben Sie eine Wertfindung gemacht, wo - man staune - das Unternehmen für einen Wert verkauft worden ist, der unterhalb des Zerschlagungswertes liegt. Das sind alle Situationen, die wir miterleben mussten. Deshalb sage ich Ihnen: Sie können das Geld erst berechenbar einstellen, wenn Sie einen wirklichen Wert des Unternehmens haben. Erst dann kann man auch über zukünftige Strategien nachdenken. Es wäre klüger, das voranzustellen, als kurzfristig zu veranschlagen, hinterher in Zugzwang zu kommen und dann keine Perspektive für das Land mehr zu haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen inzwischen fünf weitere Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Klinckhamer das Wort.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die heutige Haushaltsdebatte zum Anlass nehmen, ein Thema anzusprechen, das mich schon lange mit großer Sorge erfüllt. Es handelt sich um die rücksichtslose Vernachlässigung der ländlichen Räume durch die rot-grüne Landesregierung.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von der Landesregierung wird immer wieder der Eindruck erweckt, Schleswig-Holstein sei inzwischen Hightech-Standort in Deutschland. Tatsache ist jedoch, dass unser Land weiterhin in Teilen - und zwar in weiten Teilen - durch ländliche Räume, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie geprägt ist. Gerade diese ländlichen Räume und ihre Bevölkerung werden je-

(Klaus Klinckhamer)

doch durch diese Landesregierung sträflich vernachlässigt.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein besonders schwerwiegendes Beispiel hierfür ist die **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**. In den letzten Jahren wurden die vorhandenen Bundesmittel im Haushaltsvollzug von Schleswig-Holstein ganz bewusst in einem beachtlichen Umfang nicht in Anspruch genommen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment! Ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten.

Klaus Klinckhamer [CDU]:

Das kann ich nur unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

2002 gehen Sie sogar noch einen Schritt weiter und melden für die Haushaltsplanung beim Bund von vornherein mehr als 20 Millionen € weniger an, während zum Beispiel Bayern 95 Millionen € mehr anmeldet in der Hoffnung, dass Schleswig-Holstein seine Mittel nicht ausnutzt. Hierdurch gehen dem ländlichen Raum in Schleswig-Holstein Investitionen in Millionenhöhe verloren, Mittel, die nicht nur den Landwirten, sondern auch dem Handwerk und vor allem dem Baugewerbe und dem Handel fehlen. Die ohnehin vorhandene Strukturschwäche wird dadurch weiter verschärft.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die wochenlange Diskussion über die **LSE-Projekte** hinweisen. Nachdem die Landesregierung die Träger der Projekte mit den von ihnen begonnenen Maßnahmen einfach im Regen stehen ließ, kriegte selbst Rot-Grün nach heftigen Protesten aus dem ländlichen Raum kalte Füße und es wurde eifrig nachgebessert. Wie so oft, ging es wieder einmal zu Lasten der Kommunen. Wieder wurde auf den Kommunalen Investitionsfonds zurückgegriffen.

Ein weiteres Beispiel für die Art und Weise rot-grüner Politik sind die Landschaftspläne. Zunächst wurden die Kommunen aufgefordert, Landschaftspläne zu erstellen und es wurden ihnen finanzielle Mittel zugesagt. Im Haushaltsentwurf 2002 wurde alles wieder eingesammelt. Kaum dass der erste Aufschrei gekommen war, kriegte Rot-Grün wieder kalte Füße und stellte 300.000 € in den Haushaltsentwurf für Land-

schaftspläne ein, einen Betrag, der jedoch zu gering ist.

Leider ist meine Redezeit begrenzt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich könnte sonst noch viele weitere Beispiele nennen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur der Umgang der Landesregierung mit der **Landwirtschaftskammer**, die Sie, Herr Neugebauer, am liebsten platt machen würden, oder der **kommunale Finanzausgleich**, bei dem die Kreise und Gemeinden von der Landesregierung immer wieder zur Kasse gebeten werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie bekommen mehr als in jedem anderen Bundesland!)

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, mit dem ländlichen Raum und den dort lebenden Menschen, die oft weite Wege zur Arbeit in Kauf nehmen und dafür von Rot-Grün mit der Öko-steuer bestraft werden, überhaupt nichts, rein gar nichts im Sinn oder - besser gesagt - am Hut haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich als nächstem Redner dem Herrn Abgeordneten Geerds das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne neue Besuchergruppen begrüßen, nämlich den Lions Club Sylt, die Asmus-Jacob-Carstens-Schule, Schleswig, und das Panzergrenadierbataillon 182, Bad Segeberg.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Geerds, Sie haben das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 5.000 Blinde und 20.000 Sehbehinderte fühlen sich von dieser Landesregierung und insbesondere von der SPD-Landtagsfraktion getäuscht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ohne jede sozialpolitische Begründung - sie ist auch heute nicht geliefert worden - kürzen Sie das **Landesblindengeld** um 2,5 Millionen €. Dies tun Sie aus rein finanzpolitischen Gründen. Eine inhaltliche Begründung wurde vorhin weder von den Grünen noch von der SPD geliefert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben auch keine!)

(Torsten Geerds)

Angekündigt hatte die Regierung vor einigen Monaten eine Kürzung in Höhe von 10 %. In Wirklichkeit aber ist sie höher. Wenn man bedenkt, dass es durch Fest-schreibung beziehungsweise durch die Loskoppelung von der Rentendynamik zu weiteren Einbußen kommen wird, dann wird klar, was wir dort sozialpolitisch anrichten. Wie weit muss eigentlich den Grünen und auch der SPD finanzpolitisch das Wasser stehen, dass man gerade bei diesen Menschen mit diesen Handicaps den Rotstift ansetzt?

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte die Sozialministerin an dieser Stelle bitten, die inhaltliche Begründung für die Kürzung bei dieser Maßnahme im Parlament zu liefern.

(Beifall bei der CDU)

Für die Betroffenen bedeutet dies eine monatliche Kürzung von 989 DM auf 880 DM. Blinde und Seh-behinderte benötigen zusätzliche Hilfestellung. Ich will drei Bereiche nennen, damit alle wissen, was wir von SPD und Grünen zur Streichung angeboten bekommen.

Das Geld wird verwandt, um Menschen mit Behinderung durch technische Geräte im Haushalt eine selbst-ständige Lebensführung zu ermöglichen. Das Geld wird verwandt für Hilfestellungen beispielsweise bei der Erledigung von Einkäufen. Es wird aber auch benötigt, damit die Menschen am Erwerbsleben teil-haben können. Es werden davon Hilfsmittel gekauft, damit sie am Arbeitsplatz mithalten und selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Ungeklärt ist außerdem, welche Auswirkungen diese Kürzung beispielsweise auf den Bereich der Sozial-hilfe haben wird. Auch dazu muss die Sozialministerin heute Stellung beziehen.

Als Herr Hay dies vorhin vorgetragen und gesagt hat, er bitte um Entschuldigung, aber eine inhaltliche Begründung habe er nicht, haben drei Sozialdemokraten applaudiert. Ich habe die Bitte, dass die Sozialpolitiker der SPD - unter anderem Herr Baasch -, aber auch Frau Birk, die bei den Veranstaltungen vor Ort dabei war, einmal anders abstimmen, als es die Fraktions-mehrheit beschlossen hat, nämlich sozialpolitisch ver-antwortlich.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Aber Sie müs-sen da jetzt durch. Auch ich musste schon einmal ge-gen die eigene Fraktion stimmen. Tun Sie es doch heute auch einmal. Die Kürzung des Landesblinden-geldes ist sozialpolitisch kaltherzig, sie gefährdet die Integration von Menschen mit Behinderung und sie

sagt vieles über die politische Verlässlichkeit dieser Landesregierung aus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden heute über den Haushalt und haben von Frau Ministerpräsidentin Simonis gehört, in welcher Blüte das Land eigentlich steht. Im wirtschaftlichen Bereich ist es nicht so. Wir haben immer gesagt, dass das Wichtigste, was wir tun können, die Erhaltung der **Infrastruktur** ist. Was aber geschieht? In den letzten Jahren sind die Mittel für den Straßenbau und vor allem für den Erhalt der Straßen kontinuierlich gestri-chen worden.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie es war, als ich vor zehn Jahren von meiner Firma aus öfter in die neuen Bundesländer fahren musste. Da erhielt ich eine Sonderentschädigung dafür, dass das Auto schneller abnutzt. Wenn man heute von Mecklenburg-Vor-pommern nach Schleswig-Holstein fährt, dann stellt man fest, dass man heute eine Entschädigung für die Nutzung der Straßen in Schleswig-Holstein bekommen müsste. Die Haushaltsmittel für den **Straßenbau** aber werden weiter reduziert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es kann nicht sein, dass wir das Programm zur Sanie-rung der Straßendecken weiter zurückfahren, wohl wissend, unter welchen Schwierigkeiten die **Straßen-meistereien** den Erhalt durchführen müssen. Mir ist zu Ohren gekommen, dass eine Straßenmeisterei, weil sie keine Mittel hatte, die Zufahrten bei den Radwegen vorn und hinten mit Sand zuschütten musste, damit sie nicht in Haftung genommen wird: denn man konnte diese Wege nicht mehr benutzen. So weit ist es in unserem Land bereits gekommen und das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen. Sie haben sich heute Morgen darüber gewundert, dass wir beantragt haben, die **Wettbewerbshilfen** für die **schleswig-holsteinischen Werften** zu erhöhen. Wir gingen bei diesem Haushalt davon aus - das war die Aussage aus dem Wirtschaftsministerium -, dass alle EU- und Bundesmittel kofinanziert werden können. Heute sagte Herr Hentschel, dass da als Erstes gestri-chen wird. Meine Damen und Herren, was stimmt denn nun? Gerade was die Wettbewerbshilfen angeht,

(Uwe Eichelberg)

haben wir erfahren, dass noch nicht einmal ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um über Verpflichtungsermächtigungen in den nächsten Jahren wenigstens die Aufträge, die die Werften im Lande haben, abzusichern.

(Rolf Fischer [SPD]: Bis 2004!)

Es sollen nur die bis zum 31. Dezember 2000 hereingeholten Aufträge abgewickelt werden. Über alles andere, was danach gekommen ist, müssen wir später diskutieren. Wenigstens aber die **Aufträge** sollten wir im Lande erhalten. Es geht um den Erhalt der Arbeitsplätze hier vor Ort. Wenigstens das müssen wir durchkriegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte von Herrn Minister Rohwer heute deutlich hören, ob die EU-Mittel, die GA-Mittel und andere Bundesmittel, die in anderen Bereichen zur Verfügung stehen, durch diesen Haushalt voll in Anspruch genommen werden können. Diese Aussage brauchen wir. Sonst habe ich Zweifel, ob wir all das durchsetzen können, was wir benötigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegen inzwischen vier weitere Wortmeldungen zu Kurzbeiträgen vor. - Zunächst hat der Herr Abgeordnete Jensen-Nissen das Wort.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Haushaltsberatungen sind auch immer dazu da, Einzelhaushalte einmal grundlegend zu betrachten und die Konsequenzen aus dem zu ziehen, was Sie vorgelegt haben. Es lohnt sich in der Tat, einmal zu fragen, wo Sie im Gesamthaushalt die investiven Mittel verstärkt oder abgesenkt haben. Ein typisches Beispiel - das habe ich in diesem hohen Hause schon vor vier Wochen gesagt - ist der Haushalt der Agrarministerin. Der Kollege Klinckhammer hat schon deutlich gemacht, dass die GA zu rund 40 % nicht ausgenutzt wird. Das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Der einzige investive Haushaltsteil der Ministerin Franzen wird nicht ausgenutzt, sondern zulasten des ländlichen Raums vernachlässigt. Dafür tragen Sie die Verantwortung, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei der CDU)

Das simonsche Füllhorn, mit dem Sie im Jahre 2000 übers Land gezogen sind, hat sich als eine Luftblase erwiesen und ist nicht ausgefüllt worden. Sie haben die Verpflichtung, uns unmittelbar eine Neuorientierung des „ZAL“-Programms vorzulegen. Das haben Sie bis

heute versäumt. Sie sind dazu nicht im Ansatz in der Lage.

Wenn der Kollege Steenblock nicht auf unserer Seite gewesen wäre, Sie in dieser Frage zum Jagen zu treiben, dann hätten Sie heute immer noch nicht bei den bewilligten Maßnahmen nachgebessert, Frau Ministerin. Dies ist schlichtweg die Wahrheit. Herr Kollege Steenblock, unseren herzlichen Dank dafür, dass Sie uns in dieser Frage unterstützt haben!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es lohnt sich in der Tat - wir leben durchaus von Wiederholungen -, einmal reinzugucken: 2000 haben Sie ein Programm zur Deckensanierung eingestellt, Herr Wirtschaftsminister. Sie haben dieses Programm nun auch der Agrarministerin im Haushalt mit zur Verfügung gestellt. Was ist denn in „ZAL“ daraus geworden? Sie haben 2000 in Ihren Richtlinien extra betont, dass die Sanierung der gemeindlichen Wegedecken im ländlichen Raum höchster Dringlichkeit unterliegt. Frau Ministerin, tun Sie nicht so, als ob Sie das nicht interessiere. Sie hätten nicht eine müde Mark in die Hand nehmen müssen, um dies kofinanzieren. Sie haben das sträflich vernachlässigt. Im September haben Sie den ÄLR mitgeteilt, in diesem Programm seien nur noch 390.000 € vorhanden. Was ist von Ihren Versprechungen in „ZAL“ geblieben? Nichts, also eine Luftblase! Sie vernachlässigen den ländlichen Raum. Dies nennt man im klassischen Sinne Abbruchpolitik, Abbruchpolitik auch bei LSE. - Die Lampe blinkt. Wenn mir die Zunge ein bisschen schnell geht, kann ich noch ein klassisches Beispiel nennen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, auch bei einer schnellen Zunge ist bitte die Redezeit zu beachten.

(Heiterkeit)

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Ja. - Sie haben hoch gelobte Dienstleistungszentren im Land errichtet. Ich kann Ihnen aus meinem Kreis Beispiele nennen, die vor der Pleite stehen, wo heute noch einmal nachgeschoben wird. Sie haben kein vernünftiges Konzept auf den Weg gebracht. Gleichzeitig behindern Sie private Investitionen im ländlichen Raum bis zum Gehntichtmehr. Diese Tatsache können wir Ihnen hundertfach im Land belegen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Geißler.

(Lothar Hay [SPD]: Jetzt geht's um die Reiterstaffel! - Unruhe)

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Mein sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie, dass ich Ihre Aufmerksamkeit einen Moment auf die Anträge meiner Fraktion zum Einzelplan 09 lenke.

Im Anschluss an den 11. September haben Sie in Ihrem so genannten Sicherheitspaket einige personelle Verbesserungen im Bereich der Justiz angekündigt und wollen Sie jetzt auch durchführen. Aber das Ganze ist natürlich keine Reaktion auf den 11. September. Es geht ja nicht darum, jetzt etwa bereits in Untersuchungshaft befindliche Terroristen in Schleswig-Holstein schneller abzuurteilen, sondern sie beseitigen im Grunde nur auf unsere jahrelange Kritik hin die Defizite und die Mängel, die sich über viele Jahre hin angestaut haben. Diese Wahrheit muss hier einmal deutlich ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Aber Sie greifen zu kurz. Wenn Sie beispielsweise am Landgericht Kiel eine neue Strafkammer einrichten wollen, begrüßen wir das. Wir haben das jahrelang gefordert. Aber auch am Landgericht Lübeck gibt es eine erhebliche Belastungssituation. Ich möchte Sie dringend darum bitten, diesen Mangel mit uns gemeinsam heute zu beseitigen.

Es reicht auch nicht, beispielsweise angesichts der aktuellen Sicherheitslage die Staatsanwaltschaft um einige Stellen zu verstärken. Was wir dringend brauchen, ist beispielsweise eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Von dieser Art der Kriminalität gehen erhebliche Gefahren für unsere Gesellschaftsordnung, für unser Gemeinwesen aus. Sie wären gut beraten, unseren Anträgen heute zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Einige Anmerkungen zum Justizvollzug! Frau Ministerin, Sie wissen, dass wir Ihr Programm zur Modernisierung der Justizvollzugsanstalten unterstützen, wengleich wir auch weiterhin eine haushaltsmäßige Verankerung zahlreicher Maßnahmen, die Sie angekündigt haben, vermissen.

Wir werden das im Innen- und Rechtsausschuss konsequent weiter thematisieren.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte! - Jeder Abgeordneter hat das Recht zu einem Kurzbeitrag. Ich möchte Sie darum bitten, dem Redner dieses Recht auch zu gewähren. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Thorsten Geißler [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Wir werden diese Maßnahmen weiter intensiv im Innen- und Rechtsausschuss vertiefen und wir werden verfolgen, ob die Ankündigungen wirklich durch entsprechende Taten konsequent umgesetzt werden.

Was wir auch nicht außer Acht lassen dürfen, sind die Probleme im Justizvollzug selbst. Wir haben nach wie vor einen erheblichen Anteil von Gefangenen mit Drogenproblemen, Drogenabhängige. Wir möchten Mittel zur Verfügung stellen, damit dieses Problem konsequenter gelöst werden kann. Das ist ein Beitrag zur Resozialisierung. Sie wären gut beraten, dem zuzustimmen.

Zu den um Stellenhebungen im allgemeinen Justizvollzugsdienst kann ich nur sagen: Auch da haben Sie einige Anträge der Opposition abgearbeitet. Es gibt einige Akzente, aber dennoch greifen Sie hier zu kurz. Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie unseren Anträgen auch hier zustimmen könnten.

Letzter Punkt zum Justizvollzug! Nicht alles ist professionell leistbar und zu bewältigen. Wir haben glücklicherweise Einrichtungen der freiwilligen Straffälligenhilfe und ehrenamtliche Helfer im Justizvollzug. Diese haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass sie eine höhere Förderung brauchen, um ihre Arbeit fortsetzen zu können. Der Kollege Puls nickt; er war neulich selbst bei einer Veranstaltung dabei. Ich kann Sie nur auffordern: Lassen Sie diese Forderung nicht ungehört verhallen, sondern stimmen Sie unserem Antrag zu!

Setzen Sie ein weiteres Signal! Wir haben Probleme mit der Gewaltkriminalität. Meine Fraktion beklagt von Jahr zu Jahr, dass die Zahlen immer stärker ansteigen. Da ist es nur konsequent, auch im Bereich des Opferschutzes zusätzliche finanzielle Akzente zu setzen. Dafür wollen wir erhebliche weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich: Stimmen Sie unseren Anträgen zu! Sie leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit und gleichzeitig zur Verbesserung der Lage der Justiz in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die ländlichen Räume eingehen und die Finanzierung der vielen Maßnahmen, die man zum Wohle der ländlichen Räume durchführen könnte. In den Vorschlägen von FDP und CDU ist unter anderem aufgeführt, dass Beträge aus der Vergütung für die Inanspruchnahme der Zweckerücklagen der Investitionsbank im Jahr 2002 einzunehmen sind. Im letzten Jahr waren wir sehr kritisch, ob das wirklich geht. Jetzt sind wir ziemlich sicher, dass die entsprechenden Entscheidungen in diesem Jahr kommen werden und dass dann selbstverständlich auch Gelder in den Landeshaushalt gespült werden. Wir sehen es aus parlamentarischer Sicht nicht ein, dass man sich irgendwo eine gute Sparkasse schafft, von der man weiß, dass das Geld irgendwann kommen wird, von der man aber auch meint, diese nicht in den Haushalt einstellen zu müssen. Deswegen werden wir den entsprechenden Anträgen zustimmen.

Weil diese Gelder fließen, kann man diese Gelder natürlich auch nutzen. Man kann sie unter anderem für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nutzen.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Wir gehen ganz, ganz vorsichtig vor und sagen: Was die CDU fordert, 15 Millionen DM einzusetzen, um weitere 10 Millionen an anderer Stelle auszulösen, also insgesamt 25 Millionen DM für das Land Schleswig-Holstein lockerzumachen, diese Gelegenheit sollten wir nutzen.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Denn das Ganze ist nicht nur ein Selbstzweck für uns als Parteien, weil wir gern gut dastehen wollen, sondern es stärkt auch den ländlichen Raum und fördert vor allen Dingen Investitionen. Das ist im Übrigen auch haushaltstechnisch sehr im Interesse der Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Was noch wichtig ist: Es stützt die Bauwirtschaft, weil alles, was im ländlichen Raum geschehen wird, in irgendeiner Weise mit Baumaßnahmen zusammenhängt. Letztlich haben - so sehe ich es - meine Kollegen Klinckhamer und Jensen-Nissen Recht, wenn sie eine Stärkung des ländlichen Raums fordern.

(Zuruf von der SPD: Das tun wir auch!)

- Das fordert ihr auch, aber ihr müsst es auch tun!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU hat bewusst den Vorschlag gemacht, die 25 Millionen DM global einzustellen. Wir können dann auch einen SSW-Vorschlag, den wir in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, Wirklichkeit werden lassen, indem 2 Millionen € für den Küstenschutz eingesetzt werden. Darüber würden wir uns sehr freuen. Wir könnten zum Beispiel aus diesem globalen Titel die LSE-Förderung weiterhin bei 50 % belassen und so die fehlenden 10 % auffüllen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können viele gute Dinge mehr im ländlichen Raum schaffen. Deshalb werden wir vom SSW diesen Vorschlägen zustimmen.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

(Klaus Schlie [CDU]: Endlich! - Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als finanzpolitischer Sprecher ist man einiges gewohnt. Ich glaube, man kann dieses Amt nur ausüben, wenn man ein besonders hohes Maß an Leidensfähigkeit besitzt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

An Ihre Adresse gerichtet muss ich sagen: Nachdem ich die letzten Beiträge aus Ihren Reihen gehört habe, ist bei mir die Grenze der Belastbarkeit nicht nur erreicht, sondern überschritten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie hier seit heute Morgen 10 Uhr bis jetzt betreiben, nannten wir Jungsozialisten früher Doppelstrategie. Herr Kayenburg stellte sich heute Morgen hin und kritisierte die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, dass sie nicht den Mut zum Sparen haben, dass sie zu viele Schulden angesammelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Was erleben wir heute Nachmittag? Was erleben wir jeden Tag, den Gott werden lässt, wenn wir die Zeitung lesen? Hier darf sich jeder einzelne Abgeordnete jeder Fraktion, selbst der Kollege des SSW, hinstellen und sagen: Hier macht ihr viel zu wenig, hier müssen

(Günter Neugebauer)

wir noch mehr ausgeben, da sind die Kürzungen ungerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben offenbar unseren Antrag nicht gelesen!)

Wir lassen es nicht durchgehen, wenn Sie abstrakt fordern, wir sollten mehr sparen, und dort, wo wir es machen, uns hinterher heftig kritisieren.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Besonders hat mich der Hinweis des Kollegen Geerds zum Blindengeld getroffen. Der Kollege Hay hat heute Morgen dargelegt, dass wir es uns mit dieser Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Wir brauchen, was die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen in Schleswig-Holstein angeht, keinen Nachhilfeunterricht, schon gar nicht von der CDU.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Offensichtlich doch!)

Wir wissen, was Sie bis 1998 an Scherben in der Sozialpolitik in Deutschland hinterlassen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Was für das Blindengeld - übrigens eine freiwillige Leistung des Landes - gilt, gilt auch für alle anderen Verbände und Menschen im Lande, denen wir leider haben Kürzungen zumuten müssen. Das jedoch nicht aus Jux und Dollerei, sondern - wie Sie eigentlich wissen müssten - weil uns die Entwicklung der Steuereinnahmen viele Probleme bereitet hat. Wir wollen einen Anteil an der Landesbank auch nicht aus Jux und Dollerei verkaufen!

(Zurufe von der CDU)

Nein, das Geld, das jetzt in den Kassen der Bürger ist, kann doch nicht gleichzeitig in der Kasse des Finanzministers sein. Sie wissen das und behaupten das Gegenteil!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Stritzl hat hier die Solidität der globalen Mehreinnahmen am Beispiel der Landesbank kritisiert. Ich würde ihm empfehlen, er sollte auch einmal in das Antragspaket der CDU schauen. Wie sieht es beim Einzelplan 05 aus? Da zaubern Sie einfach eine Zahl der möglichen Vergütungssätze für das in Anspruch genommene Haftungskapital bei der Landesbank. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, welchen Aufstand Sie vor genau einem Jahr hier im Landeshaus betrie-

ben haben, als wir laut darüber nachgedacht haben, in Vorwegnahme des EU-Gerichtsschieds schon einmal etwas in den Haushaltsplan einzustellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war genau das Gegenteil! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Das sage ich doch gerade! Im ersten Entwurf waren 200 Millionen DM globale Mehreinnahmen enthalten. Sie und der Kollege Kubicki an Ihrer Seite haben sich darüber echauffert, wie wir ohne Rücksichtnahme und Gespräche mit den anderen Anteilseignern so viel Mut haben dürften.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Hören Sie doch einmal zu! Was wir in der Frage des Haftungskapitals erleben, erleben wir bei einem Blick in den Einzelplan 11 der CDU-Anträge. Auch beim Verkauf der LEG oder bei dem Verkauf von Lotto hantieren Sie faktisch mit einer globalen Mehreinnahme. Auch hier gehen Sie davon aus, dass ein bestimmter Betrag zu erzielen ist. Sie machen damit eine Vorgabe für die möglichen Verkäufe. Was bei der Landesbank falsch ist, kann doch bei den CDU-Vorschlägen zu LEG und Lotto nicht richtig sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Klinckhamer hat die Landwirtschaftskammer angesprochen. Da gilt das, was vom Herrn Kollegen Hentschel heute Morgen gesagt wurde. Respekt! Wo bleibt Ihr Antrag im Einzelplan 08 zum Thema Landwirtschaftskammer? Nicht eine Mark hat die CDU eingestellt. Sie laufen durchs Land, bringen die Leute gegen uns und gegen meine Person auf, aber im Landtag bleiben Sie den konkreten Nachweis für eine Mehrausgabe zugunsten der Landwirtschaftskammer schuldig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe noch ein paar Minuten Zeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, heute Morgen habe ich einen Blick in die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ geworfen. Das ist keine Zeitung, die uns nahe steht. Als ich die Überschrift las: „Malaise im Norden“, da dachte ich, das ist typisch „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Die kritisieren mal wieder die Haushaltspolitik der Regierung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gott sei Dank habe ich weiter gelesen. Die nächste Überschrift lautete nämlich: „Schleswig-Holsteins CDU kommt nicht voran“. Der Autor dieses Artikels, der vorgestern erschienen ist,

(Günter Neugebauer)

hat vermutlich die Haushaltsanträge der CDU gelesen. Das ist gut so.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wer - wie ich - die Anträge von CDU und FDP gelesen hat, der kommt nicht umhin festzustellen, dass Sie natürlich davon ausgehen, dass Sie das nicht umsetzen müssen, was Sie in Antragsform gekleidet haben. Wir können Sie nur an Ihren Worten messen, weil Sie erfreulicherweise im Lande nicht regieren. Wir wollen die CDU aber dort an den Taten messen, wo sie regiert oder wo sie regiert hat, zum Beispiel bis 1988 in Schleswig-Holstein. Sie kritisieren die Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein 2002. Sie haben in den letzten sechs Jahren vor dem Regierungswechsel 1988 immer mehr als 950 Millionen - beziehungsweise mehr als 1 Milliarde - DM an Krediten aufgenommen, und zwar bis 1988.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das erzählen Sie seit Jahren, Herr Neugebauer!)

Sie haben real und prozentual wesentlich mehr Schulden gemacht, als wir das heute machen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir hätten nicht die Strukturprobleme im Landeshaushalt, auf die Herr Möller zu Recht hingewiesen hat, wenn wir 1988 nicht 18 Milliarden DM aus Ihrer Regierungszeit hätten übernehmen müssen. Dort, wo Sie regieren, zum Beispiel in Hessen, haben Sie eine niedrigere Investitionsquote, dort haben Sie eine höhere Personalkostenquote und dort ist auch die Steigerungsquote mit 1,9 % höher als in Schleswig-Holstein. Wir messen Sie an den Taten, die nachlesbar sind. Wir können Sie nicht an Ihren Worten messen. Sie sagen heute das eine, versprechen jedem Verband in Schleswig-Holstein das andere und kritisieren uns, wenn wir das eine oder andere sogar noch umsetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nur zur Klarstellung: Dem Herrn Abgeordneten Neugebauer stand noch restliche Redezeit der Fraktion zu.

Mir liegen jetzt noch zwei Kurzbeiträge nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Zunächst Herr Abgeordneter Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz wenige zahme politische Sätze zu einem Thema sagen, das zumindest eine Erwähnung in diesem Landtag notwendig macht, nämlich die Umstellung der Krankenhausfinanzierung in diesem Land. Mehr als 20 Millionen werden künftig nicht mehr als Zuschüsse gezahlt, sondern über Kredite und Zinsen allerdings vom Land auch bezahlt. Darüber wird sich der Finanzminister natürlich freuen, weil er aktuell ein Stück mehr Kredit aufnehmen kann. Es ist ein Stück Wechsel auf die Zukunft. Ich möchte deutlich machen, dass wir dies nicht zum Streitpunkt der Diskussion machen. Wir stellen auch keine eigenen Anträge zu diesem Punkt. Aber wir tun dies in der Erwartung, dass die Regierung nicht in zwei oder drei Jahren ankommt und sagt: Nun haben wir gar nichts mehr an Geld und nun fällt auch dies wieder weg. Mir ist wichtig, dass die Zusage der Umstellung der Finanzierung - auf 12 und 13 Jahre, wie es wohl sein soll - auch tatsächlich eingehalten wird.

Herr Kollege Neugebauer, Sie haben Ihrerseits am Ende Ihrer Rede das i-Tüpfelchen gesetzt. Ich will dazu zwei kurze Bemerkungen machen. Sie haben Wochen gebraucht, um den Imkern 20.000 DM zu geben. Dies ist eigentlich ein peinliches Zeichen von politischer Gestaltungsunfähigkeit, die Sie in diesem Land inzwischen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind auch bei diesem Thema wieder auf die Zeit von vor 1988 zurückgekommen. Lieber Kollege Neugebauer, Sie regieren 13 Jahre in diesem Land. 1988 hatten wir im Land 17 Milliarden, 18 Milliarden DM Schulden. Heute sind wir bei 32 Milliarden DM. Lassen Sie sich an Ihrem eigenen Handeln messen und versuchen Sie nicht, uns in eine falsche Ecke zu setzen! Dieses eigene Handeln sagt: Sie haben politisch versagt. Was Sie zustande bringen, ist weniger, als heute ein Kreistag bewegen kann.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Summ, summ, summ, Bienchen summ herum!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem letzten Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss eine Äußerung des Kollegen Neugebauer zu-

(Wolfgang Kubicki)

rückweisen, die entweder von partieller Amnesie oder von Altersstarsinn zeugt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Kollege Neugebauer - ich bitte einfach, dass man sich daran erinnert; das kann man nachlesen, wir können es auch dokumentieren, wir machen dies gern einmal -, wir waren diejenigen, die immer gesagt haben, dass die Haftkapitalvergütung bei der Landesbank eigentlich zu niedrig ist und es kein Geschäft für das Land ist.

(Beifall bei der CDU)

Dann stellte die Regierung im letzten Haushaltsentwurf eine Erhöhung der Haftkapitalvergütung ein. Da haben wir schlicht und ergreifend gefragt: „Das finden wir komisch. Ist das mit den anderen Anteilseignern abgesprochen worden?“ Die Konsequenz unserer Frage war, dass Sie offensichtlich das erste Mal danach gefragt haben. Denn anschließend haben Sie bei der Nachschiebeliste mit der Erklärung nach unten korrigiert, die anderen Anteilseigner hätten sich geweigert, dies mitzumachen. Wenn man auf diese Art und Weise parlamentarische Beratungen betreibt, muss man sich nicht wundern, warum es in unserem Land so aussieht, wie es aussieht.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Jedenfalls hat keiner randaliert. So viel zu Ihren Vorwürfen der mangelnden Differenzierungsfähigkeit, bei den Oppositionsfractionen.

Nun zur Frage: Was machen eigentlich andere Länder? Ich kann mich an Folgendes erinnern. Als die schwarz-gelbe Regierung in Hessen mit der Erklärung angetreten ist, man wolle 1.400 zusätzliche Lehrerstellen schaffen, ist von beiden Fraktionen dieses hohen Hauses gesagt worden, dies sei überhaupt nicht darstellbar. In dem Haushalt 1999/2000 sind 1.400 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen worden. Wenn ihr ehrlich seid und bei der GEW in Hessen nachfragt, dann sind sie jedenfalls sehr darüber begeistert, dass der bisherige Unterrichtsausfall so nicht mehr stattfindet, weil die Lehrerstellen tatsächlich besetzt worden sind und dort Unterricht stattfindet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Damit dies ausdrücklich nicht falsch verstanden wird: Ich will damit keine Lobrede zugunsten der Regierung in Hessen halten - das müssen die Hessen selbst entscheiden -,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Schade! Das kann ruhig sein!)

weil wir hier in Schleswig-Holstein sind. Aber am heutigen Tag - damit auch dies klar ist -, an dem wir hier darüber beraten, wie es mit uns und unserer Polizei weitergeht, vermelden die Hessen Folgendes: 3.000 Polizeibeamte können prüfungsfrei aufsteigen; nach fünf gesetzlichen Anläufen ist jetzt die zweigeteilte Laufbahn in Hessen umgesetzt.

(Minister Klaus Buß: 700 Stellen nicht besetzt!)

- Herr Minister, fangen Sie nicht mit der Geschichte an, 700 Stellen seien nicht besetzt. Wir können auch darüber philosophieren, dass bundesweit 30.000 Stellen beim Bundesgrenzschutz und der Polizei nicht besetzt sind. Dies hat mit der hessischen Situation überhaupt nichts zu tun, sondern damit, dass das entsprechende Personal nicht da ist. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen aussehen wird, wenn Sie nicht endlich wieder anfangen, Polizeikräfte auszubilden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, der mich wirklich berührt. In aller Ruhe und ohne die Hektik des heutigen Tages können wir intensiv darüber nachdenken, Herr Minister, ob der von Ihnen auch heute wieder skizzierte Weg wirklich ein ökonomisch sinnvoller ist, was den Ankauf oder Verkauf des Landesbankanteils angeht. Wir haben die Anteile an die WestLB und die SüdwestLB zu einem Preis veräußert, bei dem, übrigens auch in einem Wertgutachten, von einer mangelnden Volatilität der Anteile ausgegangen worden ist. Damals hatte man die Vorstellung, dass es immer ein öffentlich-rechtlicher Sektor bleiben werde. Spannenderweise müssten wir aus heutiger Sicht fragen:

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, das ist der letzte Satz. - Was wären die Anteile damals eigentlich Wert gewesen, wenn schon damals unter Konditionen einer Aktiengesellschaft bewertet worden wäre? Da kommen Sie zu ganz anderen Ergebnissen. Die spannende Frage muss doch sein: Kann das Land die Anteile nicht zurückerwerben, sodass die Windfall Profits aus dieser Veräußerung bei uns verbleiben, anstatt sie künftig an NRW oder Baden-Württemberg abzugeben? Ich erkläre Ihnen das Ganze noch einmal ohne Taschenrechner, weil es eine Frage der Logik und keine Frage der Zahlen ist. An sich müssten die Windfall Profits bei uns bleiben und dürften nicht woanders landen. Dafür setze ich mich ein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich nach der Wortmeldung des Kollegen Kubicki veranlasst, in Erinnerung zu rufen, was wir in diesem Hause am 27. September vor einem Jahr zum Thema „Vergütung des Haftungskapitals der Landesbank“ diskutiert haben. Ich will nicht zitieren, was Kollegen von SPD, SSW oder CDU gesagt haben, sondern ich will zitieren, was der Kollege Kubicki ausweislich des Protokolls gesagt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber dann vollständig!)

- Ich zitiere vollständig.

„Noch unseriöser ist die Veranschlagung der zweiten großen Einmaleinnahme. 200 Millionen DM sind im Zusammenhang mit der EU-Entscheidung über die Inanspruchnahme von Haftkapital durch die Landesbank veranschlagt. ... Aber die Zahlen des Finanzministers sind völlig aus der Luft gegriffen.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt doch!)

- Ruhig!

„Herr Finanzminister, was sagen eigentlich die anderen Anteilseigner der Landesbank zu dieser Vorwegnahme der Entscheidung ...?“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist die Frage!)

- Moment, Moment!

Später, Kollege Kubicki, sagen Sie:

„Ich sage Ihnen: Das, was Sie mit diesem Haushalt in der Frage des Haftkapitals gemacht haben, ist eines Bankrotteurs im privaten Bereich würdig.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Sie sprechen davon, dass, wenn ein privater Unternehmer Forderungen in der Bilanz ausweist, die er nicht hat, das ein Straftatbestand ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt doch!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jensen-Nissen?

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich habe nur ganz wenige Minuten zur Verfügung.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ein klares Nein genügt.

Günter Neugebauer [SPD]:

Was machen Sie, Kollege Kubicki? Sie bringen gemeinsam mit der CDU einen Antrag zum Haushaltsplan mit der Feststellung ein, wir erhöhen den Vergütungssatz von 0,6 % einfach einmal auf 3 %.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo haben wir das denn gemacht?)

- Das ist doch nachlesbar.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben im Finanzausschuss doch zugestimmt! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben wieder einmal keine Ahnung, Frau Heinold! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, parlamentarische Zwischenrufe beziehen sich auf die Reden, die gehalten werden, dürfen aber nicht zwischen den Bänken ausgetauscht werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Straftatbestand!)

Günter Neugebauer [SPD]:

Die FDP erhöht diesen Ansatz durch eine Erhöhung des Vergütungssatzes um 8 Millionen € und die CDU erhöht ihn um 18 Millionen €.

(Zuruf von der CDU: Das ist eines finanzpolitischen Sprechers unwürdig!)

Legen Sie mich jetzt nicht auf den letzten Cent fest. Sie haben die Anteilseigner nicht gefragt, ob sie einverstanden sind, dass der Vergütungssatz erhöht wird. Sie wissen genau, dass darüber erst entschieden werden kann, wenn der Europäische Gerichtshof sein Urteil gefällt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist so was von richtig!)

Wenn der Kubicki des Jahres 2000 Recht hatte, ist das

(Günter Neugebauer)

ein Straftatbestand, zumindest ein politischer Straftatbestand.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der römische Geschichtsschreiber hat gesagt:

(Zurufe von CDU und FDP)

Mit der Größe der Aufgabe - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Neugebauer, kommen Sie bitte zum Schluss!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Neugebauer, wenn die SPD nicht einmal klatscht, ist das so was von peinlich!)

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich komme ja zum Schluss. Herr Präsident, wenn ich abschließend noch ein Wort sagen darf! - Der Kollege Kubicki hat eben von der Amnesie gesprochen. Nach Studium der Lektüre des Stenographischen Berichts aus dem Jahr 2000 ist feststellbar, wer hier unter Amnesie leidet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt erklären Sie mal, warum Sie bei dem Wort „Straftatbestand“ geklatscht haben, wo das doch Ihre Anträge sind! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Heinold, Sie sind so was von pingelig! Wir können über jeden einzelnen Antrag einzeln abstimmen! - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich habe Herrn Abgeordneten Kayenburg das Wort erteilt.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich nicht mehr zu Wort gemeldet haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Klatschen Sie nicht zu früh! Ich denke, eine Haushaltsdebatte wäre unwürdig, wenn sie mit so einem Wortbeitrag zu Ende ginge.

(Beifall bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Wir befassen uns hier mit dem Landeshaushalt für das nächste Jahr. Hier geht es um Probleme. Hier geht es um ernsthafte Sorgen derjenigen, die aus diesem Landeshaushalt bedient werden sollen. Dann derartige Dinge! Herr Neugebauer, egal ob mit Worten oder mit Taten - Sie sind mit Sicherheit immer zu leicht befunden worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch wenn die Frau Ministerpräsidentin im Moment nicht im Raum ist, will ich sagen: Das, was heute vorgelegt worden ist, ist wahrlich kein Weihnachtsgeschenk. Es ist eine schöne Bescherung, mit der wir uns im nächsten Jahr abzumühen haben.

Frau Simonis vergleicht hier Äpfel mit Birnen oder gibt Hinweise darauf, dass wir beispielsweise bei den Landeskrankenhäusern oder anderen Einrichtungen ein Outsourcen nicht akzeptiert hätten. Ich will hier einmal sagen: Es geht hier nicht um Outsourcen; hier ist nackte Rechtsformprivatisierung gemacht worden. Wir haben an keiner Stelle gesagt, dass wir das nicht akzeptierten, sondern lediglich, dass das Personal, das dort beschäftigt wird, natürlich dem Land zuzurechnen sei. Wie man sich als studierte Volkswirtin hier hinstellen und sagen kann: „Aber bei den Investitionen ist das anders, da müssen wir Investitionen der LEG oder der Investitionsbank natürlich dem Land zurechnen“, frage ich mich: Was ist das eigentlich für eine Argumentation - ich will kein schlimmeres Wort benutzen -, die auf der einen Seite völlig verkennt, was an Daten da ist, und sich auf der anderen Seite Dinge zurechnet, die dem Land überhaupt nicht zuzurechnen sind?

(Beifall bei CDU und FDP)

Ähnlich sieht es im Übrigen bei den Unternehmensgründungen und bei dem Vergleich zu den anderen Bundesländern aus. Frau Simonis soll doch einmal sagen, wie viele Ein-Mann-Unternehmen hier gegründet wurden, wie viele Ausgründungen es gab, die von den Arbeitsämtern gefordert wurden, und wie viele Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist die spannende Frage!)

Ich frage: Ist es mir nicht lieber, weniger Unternehmen zu haben - wie in Baden-Württemberg -, aber eine niedrigere Arbeitslosenquote, statt zehn Betriebe mehr

(Martin Kayenburg)

und eine höhere Arbeitslosenquote? - Das ist doch völliger Unsinn.

(Beifall bei CDU und FDP - Uwe Eichelberg [CDU]: Sehr richtig!)

Das gilt im Übrigen auch für die Facharbeiter, die angeblich nicht entlassen werden dürfen. Wenn HDW irgendwo in Deutschland Ingenieure gefunden hätte, die entlassen worden wären, würden die nicht nach Schweden gehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

Die Ingenieure und die Facharbeiter fehlen bei uns. Das ist der eigentliche Mangel.

(Beifall bei CDU und FDP)

Letzte Bemerkung zu den hochgelobten Windenergieanlagen! Mancher von Ihnen ist beim Grünkohlessen der Unternehmensverbände gewesen. Haben denn eigentlich alle vergessen, dass dort vorgerechnet worden ist, dass jeder Arbeitsplatz in der Windenergie das Dreifache an Subventionen kostet, was ein Kohlearbeitsplatz in Deutschland kostet?

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer so wie Sie Haushalts- und Finanzpolitik betreibt, hat wirklich abgewirtschaftet und gehört abgelöst - 2002 im Bund und 2005 hier.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kayenburg! Ich habe auf Empfängen der Unternehmensverbände, der IHK schon mehrere Energiemanager gehört:

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach, das ist ja schön für Sie!)

Herrn von Bennigsen-Foerder, Herrn Harig und Herrn Hartmann. Sie haben sie vielleicht auch gehört.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

Eine so plumpe, falsche Argumentation, wie sie Herr Hartmann vorgetragen hat,

(Zuruf von der CDU: Die hat Ihnen nur nicht in den Kram gepasst!)

habe ich noch nicht gehört und ist eines Managers des Jahres eigentlich nicht würdig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Was ist das für ein Stil? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mix it, Baby!)

Ich wundere mich allerdings auch, wie kritiklos Sie Zahlenspielerien übernehmen und hier vortragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wollen Sie sagen, dass er gelogen hat?)

- Ja.

(Martin Kayenburg [CDU]: Vielen Dank!)

Er hat Zahlenbeispiele von angeblichen Subventionen der Windindustrie genannt und so getan, als sei die ganze Einspeisevergütung eine Subvention, sagt aber nicht, dass Strom, wenn man ihn anders erzeugt, auch etwas kostet. Es ist absurd, was er da vorgetragen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Da wir eine neue Debattenrunde eröffnet haben, erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu dieser Vorstellung von Herrn Finanzminister Möller etwas sagen. So stellt man sich die Werbung für Schleswig-Holstein vor, was Investitionsbereitschaft in diesem Land angeht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will jetzt gleich etwas zum Abstimmungsverhalten sagen, auch wenn Frau Heinold das möglicherweise nicht versteht. Das können Sie dann Ihrer nicht mehr vorhandenen Basis mitteilen. Wir als FDP-Fraktion werden den Anträgen der Union, auch wenn wir sie im Einzelfall für nicht ausreichend begründet erachten, zustimmen, um das Abstimmungsverfahren zu vereinfachen.

(Lachen der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das können wir machen. Wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie das hier. Dann stimmen wir bis 20 Uhr über jeden einzelnen Antrag ab. Das können wir alles tun.

In der Vergangenheit bestand bei uns - übrigens auch im Finanzausschuss - immer die Vereinbarung, dass man wechselseitig unterschiedliche Auffassungen akzeptiert und uns das nicht zurechnet. Wenn das

(Wolfgang Kubicki)

aufhört, verlängern wir das Verfahren. Die Zeit habe ich heute.

(Beifall bei FDP und CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wir haben 240 Einzelanträge! Wollt ihr die einzeln abstimmen? - Lothar Hay [SPD]: Wir akzeptieren das so! - Weitere Zurufe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kubicki, ich beantrage nicht, dass wir über alle Anträge der CDU einzeln abstimmen. Aber ich beantrage, dass über einen Antrag, den Sie für einen Straftatbestand halten, einzeln abgestimmt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Welcher ist das?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen über den **Haushalt 2002**. Ich werde zunächst den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1437, zur **Abstimmung** aufrufen, da dieser Antrag den gesamten Haushalt betrifft. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1437, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Ich rufe den **Einzelplan 01** auf; zunächst zwei Einzelabstimmungen über folgende Kapitel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, Kapitel 0103, Wegfall der Bürgerbeauftragten, 0104, Wegfall des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen.

Ich rufe die Kapitel einzeln auf. Wer dem Antrag auf Wegfall der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Kapitel 0103, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Wer dem Antrag auf Wegfall des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Kapi-

tel 0104, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das war unklar; ich lasse die Abstimmung wiederholen.

(Heiterkeit)

Wer also dem CDU-Antrag auf Wegfall des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen kann ich nicht mehr feststellen. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, Titel 0101-534 06, Stipendien für Praktikanten aus Osteuropa, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 1 bis 11, Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung jetzt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir den Einzelplan 01 einstimmig beschlossen.

Ich rufe den **Einzelplan 02** auf; Änderungsanträge liegen mir nicht vor. Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir auch den Einzelplan 02 einstimmig beschlossen.

Ich rufe den **Einzelplan 03** auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, über die Titel 0301-412 02, Aufwandsentschädigung für den Kinder- und Jugendbeauftragten, und 0301-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU und überwiegend der FDP bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Garg abgelehnt.

(Heiterkeit und Beifall - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war etwas Persönliches!)

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 12 bis 18, Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung jetzt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 04** auf. Es gibt zunächst fünf Einzelabstimmungen über Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436: 0401-535 01, Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes. Wer diesem Antrag der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Nächster Titel 0410-422 01, Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe den Titel 0410-422 03, Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich will die Abstimmung nicht wiederholen lassen, bin mir aber über das Abstimmungsbild im Klaren. Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ja, einige haben vergessen, die Hand zu heben, aber es war deutlich, was sie wollten.

(Heiterkeit)

Letzter Titel bei diesen Einzelabstimmungen: 0416-883 09, Zuschüsse für das Landesprogramm für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir hatten wieder ein

klares Abstimmungsbild: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW haben den Antrag gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, von Titel 0401-685 05, Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, bis Titel 0416-684 01, Zuschüsse an Vereine, mit Ausnahme der eben abgelehnten Einzelanträge abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Einzelabstimmung lasse ich jetzt herbeiführen über folgenden Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1442, Nummer 39: Titel 0410-422 01, Bezüge der Beamtinnen und Beamten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP diesen Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 19 bis 47, Drucksache 15/1442, mit Ausnahme des eben abgelehnten Antrages abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer jetzt dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 04 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 05** auf. Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, Titel 0501-121 01, Einnahmen aus der Vergütung für die Inanspruchnahme der Zweckrücklagen der Investitionsbank, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP gegen die Stimmen von CDU und SSW abgelehnt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Präsident Heinz-Werner Arens)

- Wir können nachher vielleicht einen Schlussbeifall geben.

(Heiterkeit)

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 48 bis 63, Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP den Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 06** auf. Zunächst führe ich wieder zwei Einzelabstimmungen durch. Wir werden als Erstes über den Titel 0604-753 01, Deckenerneuerung auf Landesstraßen, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir diesen Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zum Titel 0604-TG 63, Um- und Ausbau von Landesstraßen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/1436 von Titel 0601-971 01, zur Umschichtung von Bindungen zur Vermeidung von Ausgaberesten, bis Titel 0604-521 66, Unterhaltung und Instandsetzung der Fahrbahnen und Nebenanlagen, mit Ausnahme der beiden eben abgelehnten Einzelanträge abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 64 bis 74, aus der Drucksache 15/1442 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind

mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1451, Titel 0602-892 05, Werftenhilfe, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 07** auf und führe hier zunächst drei Einzelabstimmungen aus der Drucksache 15/1436 der Fraktion der CDU durch. Wir kommen zunächst zum Titel 0710-684 18, Ganztagsangebote. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe den Titel 0713-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zum Titel 0740-684 63, Kulturarbeit und kulturelle Integration der Aussiedler. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/1436 von Titel 0710-684 01, Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten, bis Titel 0740-MG 05, Ars Baltica, mit Ausnahme der eben abgelehnten drei Anträge abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Wir kommen jetzt zu den Einzelabstimmungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1442. Wir kommen zunächst zur Nummer 90, Titel 0711-422 01, Bezüge der Beamten, Hauptschullehrer. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderung ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zu Nummer 91, Titel 0714-422 01. Jetzt sind die Beamten an den Gymnasien dran, die Gymnasiallehrer. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderung ist ebenfalls mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Die Nummer 92 soll ein neuer Titel werden, nämlich 0716-427 09, Unterrichtsergänzungsfonds. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen zu einer weiteren Einzelabstimmung, nämlich über die Nummer 101, Kapitel 0720-TG 79, Berufungs- und Bleibeverhandlungen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 75 bis 133 aus der Drucksache 15/1442 - mit Ausnahme der eben abgelehnten Anträge - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1450, Titel 0720-425 78, Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlos-

senen Änderung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch der Einzelplan 07 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 08** auf. Wir führen zunächst Einzelabstimmungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, durch. Der erste Änderungsantrag bezieht sich auf den Titel 0802-681 04, Entschädigung für Ertragsausfälle durch Vogelfraß.

(Zurufe von der CDU)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt worden.

Ich komme zum Kapitel 0803, Einnahmen, und zwar hier zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Wir kommen zum Kapitel 0803, Ausgaben, wiederum die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag wurde mit dem gleichen Stimmverhältnis, nämlich mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW, abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/1436 von Titel 0802-684 01, An den Landesbund der Kleingärtner, bis Titel 0812-534 04, Treibselbeseitigung, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 134 bis 149 aus der Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsan-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

träge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 08 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 08 ist in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 09** auf. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/1436 von Titel 0901-534 02, Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, bis zur Einfügung eines neuen Titels, Einrichtung eines „Jugendservers“, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Es erfolgt eine Einzelabstimmung über folgenden Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1442, Nummer 153, Titel 0902-681 03, Freiwillige Straffälligenhilfe. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 150 bis 158 aus Drucksache 15/1442, mit Ausnahme des eben abgelehnten Antrages abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einzelplan 09 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 10** auf. Zunächst wiederum eine Einzelabstimmung über einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/1436 zu Titel 1005-633 02, Landesblindengeld. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?

- Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über einen weiteren Einzelantrag zur Einfügung eines neuen Titels, Landeserziehungsgeld im dritten Erziehungsjahr, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/1436 von Titel 1005-TG 65, Sozialhilfe, bis zur Einfügung eines neuen Titels, An das Institut für Klimatologie und Bäderforschung an der CAU für badermedizinische Forschung, mit Ausnahme der beiden eben abgelehnten Anträge abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 159 bis 175 aus Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einzelplan 10 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 11** auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/1436 von Titel 1111-131 01, Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken, bis Titel 1112-325 01, Kredite vom inländischen Kapitalmarkt, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Nummern 176 bis 180 aus Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?

(Präsident Heinz-Werner Arens)

- Die Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 11 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 12** auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich kann also gleich über Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen lassen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einzelplan 12 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 13** auf und lasse zunächst aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1436, über Titel 1309-TG 64, Betrieb von Jugendwaldheimen, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Außerdem beantragt die CDU, einen neuen Titel, Entschädigungen für Ertragsausfälle durch Kormoranfraß, auszubringen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei Enthaltung von Poppendiecker, Herr Präsident!)

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 15/1436 von Titel 1301-533 04, Werkverträge zur Erarbeitung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie, bis zur Einfügung eines neuen Titels, Handbuch Naturschutz, mit Ausnahme der beiden eben abgelehnten Änderungsanträge abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 181 bis 223 aus Drucksache 15/1442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen

von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der FDP aus Drucksache 15/1448, Auflösung der Staatlichen Umweltämter, abstimmen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung des Herrn Abgeordneten Schlie abgelehnt.

Herr Abgeordneter Neugebauer, zur Geschäftsordnung!

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass Sie noch Drucksache 15/1456 aufrufen müssen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wenn Sie mich zu Ende reden gelassen hätten, hätten Sie erfahren, dass wir genau das jetzt vorhatten.

(Heiterkeit)

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1456, dankbarerweise angeschoben vom Abgeordneten Neugebauer, zu Titel 1310-425 70 und 1301-425 72, heute als Änderungsantrag auf den Tisch gelegt, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich lasse über Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben wir Einzelplan 13 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe das **Haushaltsbegleitgesetz 2002**, Drucksache 15/1150, auf. Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, enthalten in der Drucksache 15/1442, abstimmen, und zwar über die Änderungsanträge 1 bis 7 aus dem ersten Teil. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1449, Studiengebührengesetz, abstimmen. Das war so gewollt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich weise darauf hin, dass sich durch die Annahme von Änderungsanträgen folgende Situation des Haushaltsvolumens ergibt:

Erstens. Der in Artikel 1 § 1 in Einnahme und Ausgabe festgelegte Betrag von 9.537.005.000 € wird auf 9.537.030.600 € festgelegt. Der für Verpflichtungsermächtigungen festgelegte Betrag von 725.485.000 € bleibt unverändert.

Zweitens. Der in Artikel 1 § 2 für den Höchstbetrag der Kredite festgelegte Betrag von 2.161.289.800 € wird auf 2.161.315.400 € festgestellt.

Drittens. Der bei Titel 1116-325 01 (MG 01) ausgewiesene Ansatz von 512.527.900 € wird auf 512.553.500 € erhöht.

Wer dem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen ist.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Wer dem Haushaltsbegleitgesetz 2002, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung mit den heute beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Haushalt 2002 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich darf mich an dieser Stelle für das Parlament bei den Mitgliedern der Regierung, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierung, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsverwaltung und nicht zuletzt bei den Mitgliedern des Finanzausschusses ganz herzlich bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir haben Tagesordnungspunkt 6 abgeschlossen. Ich denke, es sollte kein neuer Tagesordnungspunkt aufgerufen werden. Herr Abgeordneter Neugebauer, ich

habe aber noch einen Tagesordnungspunkt aufzurufen, und zwar Tagesordnungspunkt 10:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/1413

Ich denke, wir sollten diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Sonderausschuss zur Beratung überweisen, sodass die Möglichkeit besteht, auch in zweiter Lesung noch darüber zu entscheiden.

Wer diesem Geschäftsordnungsvorschlag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass dieser Vorschlag einstimmig angenommen wurde. Wir werden so verfahren.

Ich möchte den Beratungstag heute nicht schließen, ohne Sie darauf hinzuweisen, dass draußen eine Gruppe von Kindern aus Kaliningrad wartet, die die Abgeordneten mit ein paar Weihnachtsliedern in deutscher und russischer Sprache erfreuen wollen. Das ist ungefähr ein 15-minütiges Programm. Ich denke, das können wir uns anhören.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Wir sehen uns morgen wieder.

(Wortmeldung des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Abgeordneter Hentschel zur Geschäftsordnung!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben den Tagesordnungspunkt zur Sonntagsöffnung von Videotheken noch nicht in erster Lesung behandelt. Es tut mir Leid, sonst kriegen wir die zweite Lesung nicht hin.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bitte helfen Sie mir bei der Tagesordnungsnummer.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tagesordnungspunkt 3!)

- Gesetz über Sonn- und Feiertage! Wir haben die zweite Lesung durchzuführen. Das können wir auch noch morgen oder übermorgen machen. Es bleibt dabei: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:48 Uhr